

RÈMELENGER CALEPIN

Bulletin communal édité par le collège des bourgmestre et échevins de la Ville de Rumelange



N° 184

42. Jahrgang
Ausgabe Juli 2016

Inhaltsverzeichnis ■ Sommaire

| | |
|--|----|
| Bericht über die Gemeinderatssitzung vom 15. April 2016 | 04 |
| Rapport sur la séance du conseil communal du 15 avril 2016 | 40 |
| D'Gemeng Rëmeleng La Commune de Rumelange | I |
| Administration communale Heures d'ouverture | IV |

IMPRESSUM

Herausgegeben vom: Schöffenrat der Gemeinde Rümelingen
2, pl. G.-D. Charlotte ■ L-3710 Rumelange ■ T. +352 56 31 21 - 1 ■ F. +352 56 57 04
Redaktion: Romain Kirsch
Photos: Claudio Sbarra
Konzeption und Gestaltung: F'CREA
TIONS



Die Gemeinderatsmitglieder sind gebeten, sich am Freitag, den 15. April 2016 um 8.30 Uhr, im Sitzungssaal des Stadthauses einzufinden, um über nachfolgende Punkte zu befinden:

In öffentlicher Sitzung:

1. Gutachten betreffend vereinfachten Forsteinrichtungsplan 2015-2024 für die kommunalen Wälder; (Besprechung und Beschlussfassung);
2. Absichtserklärung betreffend „Europäische Kulturhauptstadt 2022“
3. Genehmigung der ordentlichen und außerordentlichen Subsidien für die lokalen Vereinigungen; (Besprechung und Beschlussfassung);
4. Genehmigung eines außerordentlichen Subsidiums für humanitäre Zwecke; (Besprechung und Beschlussfassung);
5. Genehmigung eines Verkaufskompromisses; (Besprechung und Beschlussfassung);
6. Genehmigung von Mietverträgen; (Besprechung und Beschlussfassung);
7. Genehmigung von Konventionen; (Besprechung und Beschlussfassung);
8. Genehmigung des lokalen Aktionsplanes (PAL) des C.I.G.L. für das Geschäftsjahr 2016; (Besprechung und Beschlussfassung);
9. Bestätigung von zeitweiligen Verkehrsreglements; (Besprechung und Beschlussfassung);
10. Genehmigung von Einnahmeerklärungen; (Besprechung und Beschlussfassung);
11. Vor Gericht auftreten; (Besprechung und Beschlussfassung);
12. Schaffung von Arbeiterposten; (Besprechung und Beschlussfassung);
13. Fragen an den Schöffenrat;
14. Verschiedene Korrespondenz;

In geheimer Sitzung:

15. Demission eines Funktionärs; (Besprechung und Beschlussfassung);
16. Ernennung eines Vertreters für den Gemeindesekretär; (Besprechung und Beschlussfassung);
17. Ernennung eines Gemeindeagenten; (Besprechung und Beschlussfassung);
18. Definitive Ernennung eines Funktionärs; (Besprechung und Beschlussfassung);

Les conseillers communaux sont priés de se réunir dans la salle du conseil communal de l'Hôtel de Ville, le vendredi, 15 avril 2016 à 8.30 heures afin de délibérer sur les points suivants:

En séance publique:

1. Avis concernant le projet d'aménagement abrégé 2015-2024 pour les forêts communales; (discussion et décision);
2. Déclaration d'intention «Capitale Européenne de la Culture 2022»
3. Approbation de subsides ordinaires et extraordinaires pour les associations locales; (discussion et décision);
4. Approbation d'un subside extraordinaire à vocation humanitaire; (discussion et décision);
5. Approbation d'un compromis de vente; (discussion et décision);
6. Approbation de contrats de bail; (discussion et décision);
7. Approbation de conventions; (discussion et décision);
8. Approbation du plan d'action local (PAL) pour l'exercice 2016 du C.I.G.L.; (discussion et décision);
9. Confirmation de règlements temporaires de circulation; (discussion et décision);
10. Approbation de titres de recettes; (discussion et décision);
11. Ester en justice; (discussion et décision);
12. Création de postes de salarié à tâche manuelle; (discussion et décision);
13. Questions au collège échevinal;
14. Correspondance diverse;

En séance à huis clos:

15. Démission d'un fonctionnaire; (discussion et décision);
16. Désignation d'un remplaçant pour le secrétaire communal; (discussion et décision);
17. Nomination d'un agent municipal; (discussion et décision);
18. Nomination définitive d'un fonctionnaire; (discussion et décision);

Rumelange, le 8 avril 2016

Le collège des bourgmestre et échevins,
pour le secrétaire, Yves Noesen le président, Henri Haine



Gemeinderatssitzung vom Freitag, den 15. April 2016

Sitzungsbeginn: 8.30 Uhr

Sitzungsschluss: 12.05 Uhr

Sitzungsdauer: 3 Stunden 35 Minuten

Anwesend:

Bürgermeister Henri HAINE (LSAP),
Schöffin Viviane BIASINI, (LSAP) und Schöffe Guy KIRSCH (LSAP),
sowie die Räte André THEISEN (CSV), Carole MARX (LSAP),
Marco HEIL (LSAP), Kevin ZECHES (LSAP), Gérard JEITZ (LSAP)
Jean COPETTE (CSV), Edmond PEIFFER (KPL) und Francine
LANG-LAUX (CSV).

Gemeindesekretär in Vertretung:

Yves NOESEN

Urne:

Schöffe Guy KIRSCH (LSAP)

Bürgermeister Henri Haine eröffnet die öffentliche Sitzung und begrüßt alle Anwesenden recht herzlich. Ehe man mit der eigentlichen Sitzung beginne, wolle er aber auch Madame Juliana Reichert und Herrn Michel Leytem von der Naturschutzverwaltung recht herzlich begrüßen, die den ersten Tagesordnungspunkt vorstellen werden. Es sei dem so, dass man von der Naturschutzverwaltung im Januar 2016 den vereinfachten Forsteinrichtungsplan bis 2024 zugeschickt bekommen habe. Es sei das erste Mal, dass man solch ein Instrument hier im Gemeinderat habe und er sei froh, dass man Fachleute hier habe, um den Ratsmitgliedern die nötigen Erläuterungen zu geben, da der Plan sehr viel Zahlenmaterial beinhalte.

Sodann wolle er darum bitten, zur Urne überzugehen, damit man auch wisse, wer bei sämtlichen Abstimmungen seine Stimme zuerst abgebe. Das von Kevin Zeches, jüngstes Gemeinderatsmitglied, gezogene Los bestimmt Schöffe Guy KIRSCH.

Bürgermeister Haine gibt dem diensttuenden Gemeindesekretär das Wort, um den Bericht über die Gemeinderatssitzung vom Freitag, den 2. Februar 2016, vorzutragen.

Bürgermeister Haine möchte wissen, ob keine Beanstandung zu diesem Bericht zu machen sei, ansonsten man darüber abstimmen könne.

**** Der Bericht des diensttuenden Gemeindesekretärs über die Sitzung vom Dienstag, den 2. Februar 2016 wird mit 10 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung (Rat Jean COPETTE, CSV) angenommen.**

PUNKT 1 DER TAGESORDNUNG

Gutachten betreffend vereinfachten Forsteinrichtungsplan 2015-2024 für die kommunalen Wälder (Besprechung und Beschlussfassung)

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig mit 10 Stimmen (Rätin Francine LANG-LAUX [CSV] nahm nicht am Votum teil) genehmigt der Gemeinderat dieses Gutachten.

DISKUSSION

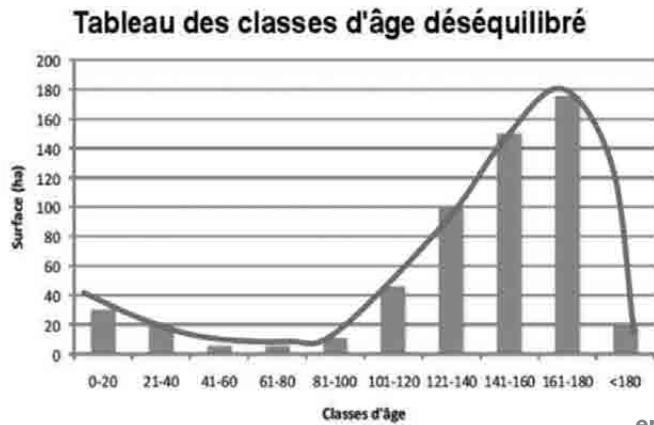
Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass man nunmehr mit der eigentlichen Tagesordnung beginnen könne. Jedes Ratsmitglied habe die Einladung und die Unterlagen zur Sitzung fristgerecht erhalten. Er schlage vor, dass man dann sofort zu den Erläuterungen des Forsteinrichtungsplanes kommen sollte, ehe er selber etwas dazu sage. Somit könne man dann die vielen Zahlen erläutert bekommen. Er wolle Herrn Leytem das Wort geben.

Herr Michel Leytem, Chef d'Arrondissement Sud des Service des Forêts entschuldigt vorerst Förster Dan Sannipoli, der in den wohlverdienten Urlaub sei, und somit nicht hier sein könne.

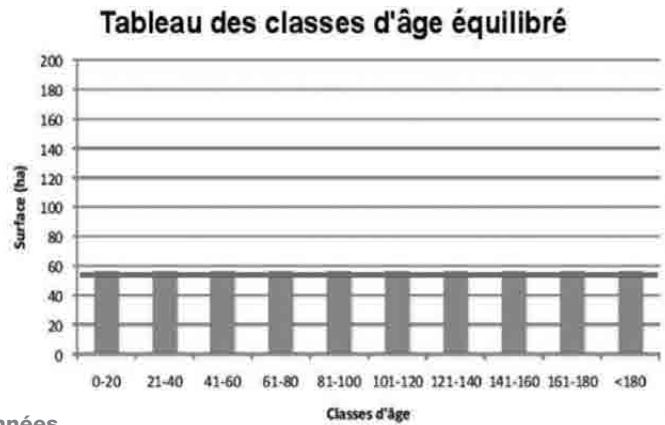
Der Rümelingen Gemeindewald umfasse rund 130 ha und die Gestion der Wälder werde von der Naturverwaltung wahrgenommen. Einmal im Jahr bekomme der Gemeinderat den sogenannten Forstwirtschaftsplan, der Aufschluss darüber gebe, was die Forstverwaltung in den Wäldern arbeite. Das, was man in den Wäldern arbeite, unterliege einer langjährigen Planung und die langjährige Planung gehe hier über 10 Jahre und es sei das Dokument, das hier vorliege. Es sei ein technisches Dokument, das sehr viele Zahlen enthalte. Das bedeute, dass es wirklich etwas sei, das wissenschaftlich aufgebaut sei und diese wissenschaftliche Arbeit werde von dem Service des Forêts ausgeführt, der der Naturverwaltung zur Seite gestellt wurde. Dieser Service des Forêts mache diese Planungen landesweit, so dass man dann eine Linie in der Verwaltung der Wälder über das ganze Land habe. Ehe man jetzt ins Detail gehe, wolle er Madame Reichert darum bitten, die dort gemachten Berechnungen vorzustellen. Wie gesagt, das möge am Anfang erschrecken, wenn man all diese Zahlen sehe, aber deshalb sei man ja hier vor Ort, um den Ratsmitgliedern das zu erklären und das etwas näher zu bringen, wie diese Rechnungen aussehen. Das sei das, was für die Gemeinde im Nachhinein in der Praxis wichtig sei.

Madame Juliana Reichert dankt Herrn Michel Leytem für diese Einführung. Wie vorhin gesagt worden sei, sei diese Forsteinrichtung für die Dauer von 10 Jahren vorgesehen. Hauptziel davon sei eine nachhaltige Waldbewirtschaftung. Ein anderes großes Ziel sei, dass man versuche, ein Gleichgewicht in den Altersstrukturen des Waldes hineinzubekommen. Anhand von Graphiken zeigt sie die augenblickliche Lage der

Rümelinger Wälder, wo die Lage unausgeglichen sei, was die Altersklassen anbelange.

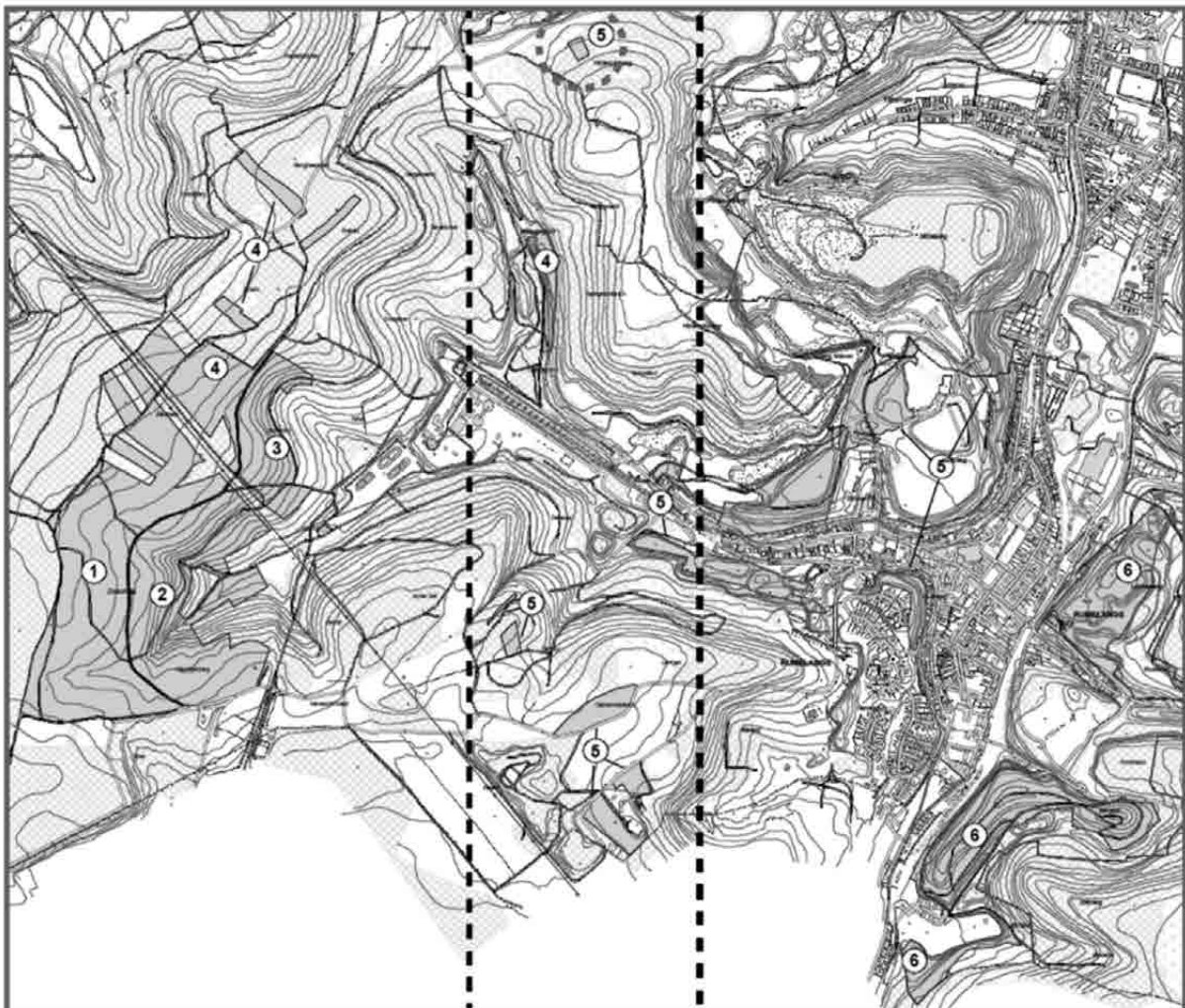


en années



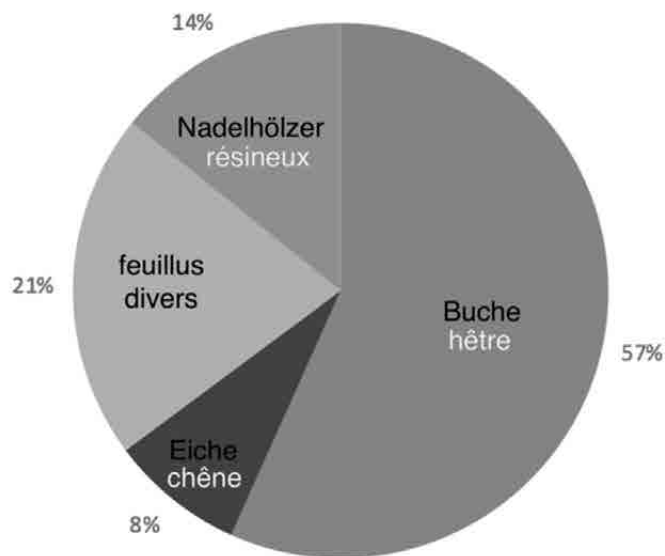
Auf der Graphik sehe man links die jungen Wälder und rechts die alten Wälder, wo ein großes Ungleichgewicht bestehe. Wenn man jetzt 100 Jahre in die Zukunft schaue, habe die Gemeinde nicht mehr viel altes Waldgelände. Das bedeute, dass man nicht viel Holz fällen könne und es müsste viel investiert

werden. Ziel sei es, nach Jahren von allen Baumarten die gleiche Quantität Holz im Wald stehen zu haben, damit man nie in eine Lage komme, wo man nicht mehr über eine Holzart verfüge.



In dem Dokument, das jedes Ratsmitglied vorliegen habe, sei auch ein Inventar, das Aufschluss über den Rümeling Wald gebe, der aus ziemlich vielen kleinen Teilen bestehe, die verstreut liegen würden. Wie in der Einführung gesagt wurde, seien es 130 ha. Im Inventar sei untersucht worden, was bewaldet und nicht bewaldet sei. Letzteres sei Brachland („friches“), wo kein Wald wachse, nur Sträucher. Es seien dies nur 6 ha, die in den Tagebaugebieten liegen. Das bedeute, dass der Wald, der haubar sei, demnach rund 120 ha umfasse.

Sodann komme man zu den Holzarten, wo man jeder Art eine andere Farbe gegeben habe.



Man stelle fest, dass man rund 60% Buchen habe. Was hier auffalle im Vergleich zu anderen Gemeinden hier im Lande, sei dass man 20% „feuillus divers“ habe. Das sei auf die Tagebaugebiete zurückzuführen, deren man viele hier in der Südregion habe, wo andere Laubbäume wachsen. Man habe sodann auch noch 14% Nadelhölzer und ein wenig Eichen.

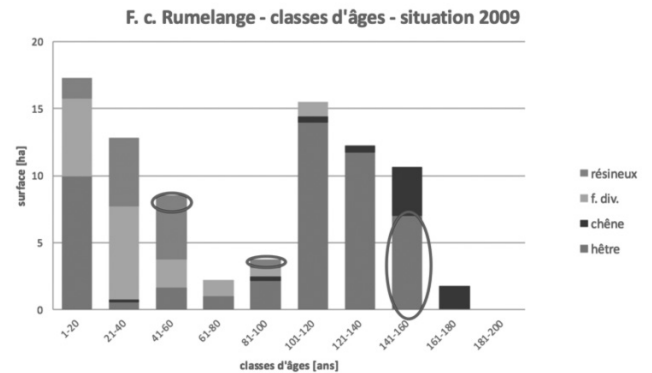
Sodann habe man die Altersklassentabelle, wo man dann auch sehen könne, wie die Altersstruktur eines Waldes sei. Man sehe, dass man viel alten Wald habe, aber dass auch viel junges Holz nachkomme. Es seien aber auch viele „feuillus divers“ dabei, so dass ein schon nicht so schlechtes Gleichgewicht vorhanden sei.

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen, wann die Buchen haubar seien.

Madame Juliana Reichert antwortet ihm, dass sie gleich darauf zu sprechen komme. Das sei durch die rote Kringel gekennzeichnet. Das seien die Bäume von 140-160 Jahre, die hiebsreif seien. Natürlich fälle man die nicht alle auf einmal, sondern nur einen Teil davon, um dann hier wieder einen jungen Wald anzusetzen. Eichen, die unter dieser Altersklasse figurierten, seien noch nicht hiebsreif, die könnten ruhig 180 bis 200 Jahre alt werden, bis sie hiebsreif seien. Dann habe man noch 2 Kringeln bei den blau gefärbten Teilen. Das

seien hauptsächlich Buchen, die mit 60 bis 80 Jahren hiebsreif seien.

➤ Répartition des classes d'âges pour toute la forêt

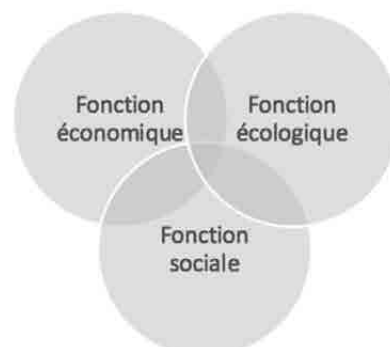


Wichtig sei, wie viel Holz man zur Verfügung habe. Das seien rund 25.000 m³. Das sei ziemlich abstrakt. Hektarmäßig seien das knapp 200 ha. Wichtig sei, welches der jährliche Zuwachs an Holz sei: das seien insgesamt 763 m³, was rund 6 m³ pro ha ausmache. Das sei nicht furchtbar viel.

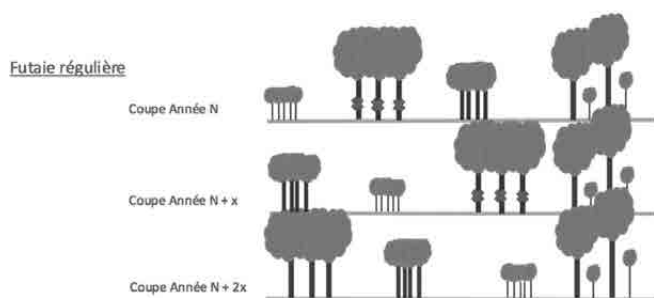
| Inventaire forestier | | |
|-----------------------------------|-----------|-----------|
| Surface forestière totale | 129,66 ha | |
| Volume sur pied (sur écorce) | 24.760 m³ | 191 m³/ha |
| Accroissement annuel (sur écorce) | 763 m³ | 5,9 m³/ha |

Sodann analysiere man bei der Forstverwaltung auch, was in der Vergangenheit gemacht worden sei. Da gebe es auch immer wieder große Unterschiede. Es sei nicht viel umgehauen worden, denn es sei einfach kein großer Wald. Da habe man nicht so die Kontinuität mit dem Fällen. Da gehe man nicht jedes Jahr in den Wald fällen. Wichtig sei der Durchschnitt („Moyenne“). 2014 sei es etwas höher, weil man in der Umgebung des Friedhofs gesäubert habe. 2015 sei dann nichts gemacht worden, so dass im Durchschnitt rund 400 bis 500 m³ aus dem Wald genommen wurden. Auf diese Zahl gehe man nachher nochmals ein. Wie sie vorhin gesagt habe, respektiere die Forstverwaltung die nachhaltige Funktionalität des Waldes. Die ökonomische, ökologische und soziale Funktion des Waldes würden respektiert.

➤ Ligne directrice = Multifonctionnalité

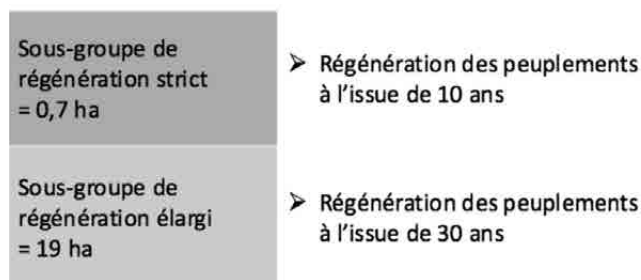


Das Prinzip, das sei jetzt auch sehr theoretisch, da gehe man mehr ins Detail mit dem Vorgehen im Waldbau. Beim regelmäßigen Hochwald („Futaie régulière“), d. h. wenn ein alter Wald vorhanden sei, werde der zeitlich etappenweise gehauen, damit der junge Wald wieder nachwachsen könne. Gleichzeitig sei dann wieder ein anderer Wald von den vielen kleinen Wäldern, die man hier habe, alt geworden. Das sei dann so eine Art Mosaik, wo man abwechselnd fällen könne.



Wie sie vorhin bereits von dem Gleichgewicht gesagt haben, müsse man eben wissen, welche Fläche man in den nächsten Jahren verjüngen müsse. Zuerst müsse der alte Wald fortkommen, damit wieder junge Bäume nachwachsen können. Gemäß den Berechnungen komme man auf 7 ha in 10 Jahren. Dann schaue man vor Ort, welche Wälder dazu geeignet seien, welche schon alt seien, wo schon Verjüngung sei oder wo die Verjüngung bereits in Angriff genommen worden sei.

Dann komme man zu den verschiedenen Waldarten.



Da gebe es die Untergruppe der strikten Regenerierung, d. h. in einem Zeitraum von 10 Jahren sollen die alten Bäume weg sein und junge Bäume ihnen folgen. Das sei sehr wenig, das seien 0,7 ha. Das seien Hohlhölzer und die könne man schneller verjüngen.

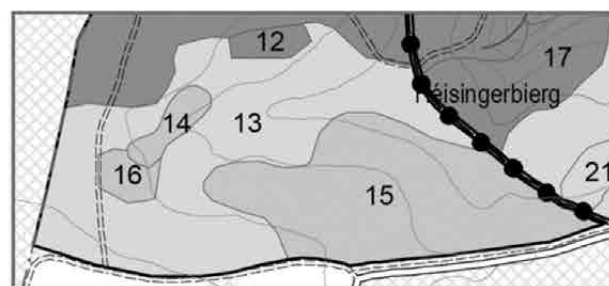
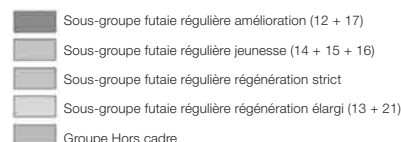
Dann gebe es noch die Untergruppe der erweiterten Regenerierung. Das ziehe sich über einen Zeitraum von 30 Jahren, wo da verjüngt werde. Das seien dann die Laubhölzer. Das seien dann auch mehr als 7 ha, das seien 19 ha. Da werde dann über 30 Jahre langsam etappenweise verjüngt.

Dann gebe es noch andere Zweckbestimmungen



Da gebe es die Untergruppe der Verbesserungen, wo man Durchforstungen vornehme.

Dann habe man die Untergruppe der jungen Wälder, wo man Pflegearbeiten vornehme. Schlussendlich gebe es noch eine Spezialgruppe, die als außer dem Rahmen bezeichnet werde. Das bedeute, dass dort kein Produktionswald stehe, weil man es einerseits nicht könne wegen des schwierigen Geländes, weil es zu nass sei, oder da wachse nichts oder wenn man nicht wolle, z. B. aus Naturschutzgründen. Hier habe man fast 50 ha. Einerseits seien das Tagebaugelände, wo kein richtiger Wald mehr wachse. Dann habe man auch den Schießstand, der hierzu gehöre oder das kleine Areal für den Waldfriedhof. Das bedeute aber nicht, dass man darin nicht arbeiten könne, z. B. aus verkehrssichernden Gründen, aber im Prinzip werde in diesen Wäldern keine Produktion gemacht. Auf der nachfolgenden Karte sehe man wie man da vorgehe.



Da sehe man so ein Mosaik. Auf den Flächen 13 + 21 habe man erweiterte Regenerierung, die sich über 30 Jahren hinziehe. Auf den Flächen 14 + 15 + 16 seien bereits Holzfällungen vorgenommen worden und hier wachse der junge Wald heran. Hier verschwinde der alte Wald langsam und werde durch den jungen Wald ersetzt. Auf den Flächen 12 + 17 werden Verbesserungen vorgenommen.



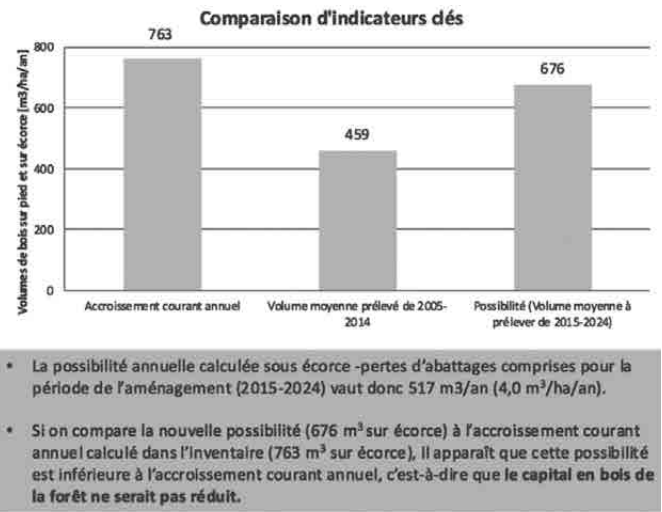
Sodann wolle sie zu dem Zahlenmaterial übergehen.

| Groupe | Surface (en ha) | Possibilité annuelle (m³/an) | Possibilité annuelle en m³/ha |
|--------------------------|--------------------|---------------------------------|----------------------------------|
| Groupe de régénération | 19,86 | 487,84 | 24,6 |
| Groupe d'amélioration | 62,18 | 188,26 | 3,0 |
| Groupe hors cadre | 47,62 | - | - |
| Total | 129,66 | 676,10 | 5,2 |
| Total surface productive | 82,04 | 676,10 | 8,2 |

• Afin de pouvoir maintenir des îlots de vieux bois et des arbres biotopes dans les peuplements, la possibilité est à chaque fois réduite de 5 %.

Die Berechnungen würden sich nur auf die produktive Fläche ohne die spezielle Gruppe „hors cadre“ beziehen. Dann habe man rund 82 ha, auf denen wirklich produziert werde, mit einer Möglichkeit, rund 680 m³ zu produzieren. Das seien rund 8 m³ pro ha. Dabei seien bereits 5% abgezogen worden, um Altholzinseln und Biotope in den Wäldern zu belassen. Das bedeute, dass man den alten Wald nicht vollständig fälle, man lasse einzelne Inseln stehen, damit man dort Lebensraum für spezielle Tierarten behalte, wie z. B. Spechte, Insekten, usw.

Sodann komme sie zu ihrer letzten Folie, die auch die wichtigste sei.



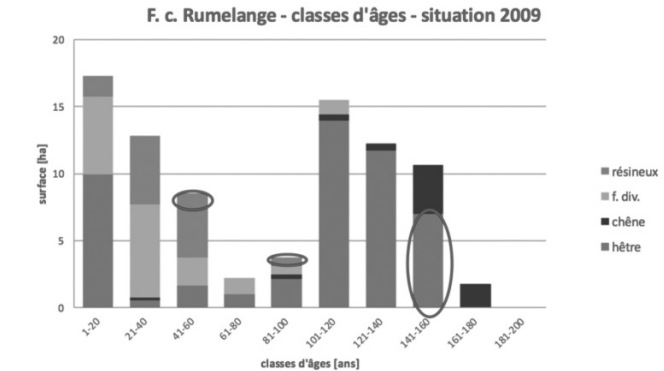
Hier könne man die Zahlen vergleichen. Vorhin habe sie bereits gesagt, dass man einen jährlichen Zuwachs von rund 760 m³ habe. Wenn man jetzt sehe, was man geplant hatte, seien das rund 680 m³ gewesen. Man bleibe also unter dem Zuwachs. Demnach werde nicht mehr Holz aus dem Wald genommen als nachwachse. Wenn man aber in den vergangenen Jahren sehe, was gefällt worden sei, sei das ein wenig mehr. Es bleibe aber im Grunde genommen noch immer in der gleichen

Größenordnung. Es sei auch wie gesagt nur eine Richtlinie für den Förster. Wenn der einmal auf die 680 m³ komme, sei das noch kein Verbrechen. Wie gesagt, es sei wichtig, dass das Holzkapital, das im Wald stehe, nicht reduziert werde und dass Holz im Walde bleibe. Dies sei einmal der Vorschlag, den man mit dem Förster mache, den man mit ihm ausgearbeitet habe. Es sei jetzt am Gemeinderat zu beschließen.

Herr Michel Leytem möchte einmal kurz die Charakteristiken zusammenfassen, die Madame Reichert gesagt habe. So wie Madame Reichert gesagt habe, sei dies eine der wichtigsten Folien. Auf dem linken Balken sehe man das, was im Rümelinger Wald wachse. Der rechte Balken gebe das an, was man berechnet habe und was man nutzen könnte, d. h. man nutze weniger als das, was nachwachse. Das sei wichtig für eine nachhaltige Bewirtschaftung, wie man sie hier habe. Das heiße, dass wie unten in der Folie stehe, das Holzkapital nicht reduziert werde, im Gegenteil, es komme sogar noch Kapital hinzu. Das bedeute, dass man weniger nutze als das was nachwachse.

Was auch noch wichtig zu sagen sei, sei Folgendes. Da wolle er nochmals auf diese Folie zurückkommen.

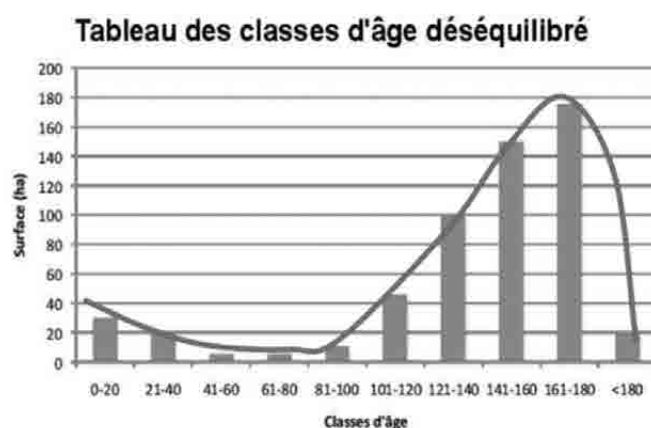
➤ Répartition des classes d'âges pour toute la forêt



Vorhin seien die Altersklassenstufen des Waldes erklärt worden. An sich müsse man sich vorstellen, dass es nichts anderes sei wie die Demographie der Gemeinde. Von 1-20 die Kinder, die in die Schule gehen und dann gehe das bis hinten zu den Alten und Rentnern. Ungesund sei, wenn man den Überhang habe, so dass man nur Altes oder nur Junges habe. Auch in einer demographischen Struktur in einer Ortschaft wäre das nicht gut. Man sehe hier in der Kategorie von 60 bis 80 Jahre sei ein Loch gewesen. Da habe man aber Gott sei Dank reagiert, so dass man das bereits aufgefangen habe in den Altersklassen 1 bis 20 und 21 bis 40. Das bedeute, dass die Altersstruktur der Rümeling-Wälder absolut in Ordnung sei.

Was vielleicht noch interessant sei, um das als Ratsmitglied zu wissen, wo man schon hier im „Minette“ sei. Da werde man sehr oft gefragt, wie der Gesundheitszustand der Wälder hier in Luxemburg sei. Vielleicht habe man das mitbekommen, denn vor 2 oder 3 Monaten sei nochmals der Gesundheitszustand des Waldes veröffentlicht worden und da sehe es eigentlich nicht rosig aus. Da sei man zu der Schlussfolgerung gekommen, dass noch 1 Drittel unseres Waldes gesund sei, 1 Drittel sei angegriffen und 1 Drittel sei geschädigt. Er fragt, weshalb dem so sei. Im Allgemeinen könne man sagen, dass der Wald hier in Luxemburg viel zu alt sei. Woher komme das? Wenn man sich das ansehe, stelle man fest, dass man sehr viele Bäume habe, die um die 140 Jahre alt seien. Das heiße, dass man die nun fällen müsste. Wenn man nun zurückrechne, vor 140 Jahren, als diese Bäume gepflanzt wurden, sei das genau die Zeit gewesen, wo die Eisenerzindustrie begann, hier zu boomen und damals seien die Hochöfen noch nicht mit Steinkohle, sondern mit Holzkohle betrieben worden. Das heiße, dass es da einen enormen Bedarf an Holzkohle gegeben habe und da seien unsere Wälder relativ devastiert gewesen. Da sei dann angepflanzt worden und das seien die Bäume zwischen 100 und 140 Jahren, die man hier habe. Das seien Bäume, die danach wieder angepflanzt wurden. Die habe man noch da stehen und die habe man auch immer gut gehegt, weil gesagt worden war, der Wald dürfe nie mehr so devastiert werden, wie das damals der Fall war. Das bedeute aber, dass unsere Wälder heute relativ überaltert seien. Das Holz, das benötigt wurde, um die Hochöfen zu speisen, sei nicht nur aus dem „Minette“ gekommen, aber dieses Phänomen sehe man bis in die Merscher Gegend, wo wirklich viel Buchenholz genommen wurde, um es für Energiezwecke hier zu benutzen.

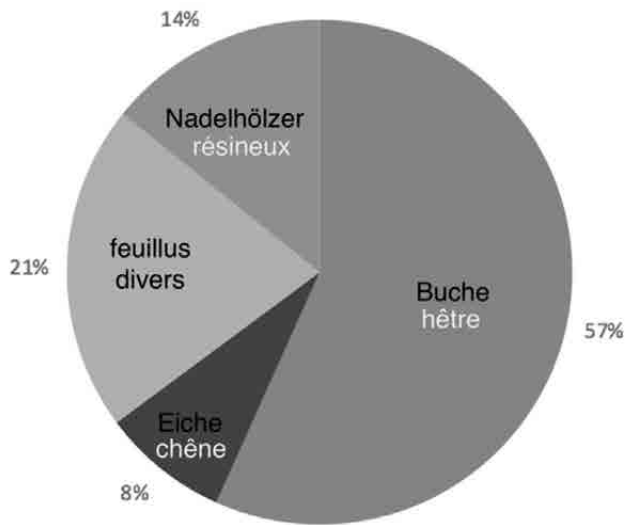
Madame Juliana Reichert meint, an der nachfolgenden Graphik sehe man noch besser, wie es in den meisten Luxemburger Wäldern aussehe.



Es gebe fast nichts im jungen Bereich, aber sehr viel in den alten Kategorien. Im Rümeling-Wald dagegen sehe man wirklich, dass das junge Holz gut nachkomme. (Graphik auf Seite 8)

Herr Michel Leytem bestätigt, dass man hier eine wirklich relativ gesunde Lage habe, weil man noch viel junges Holz habe. Das sei etwas, was ihn sehr positiv für den Rümeling-Wald stimme und das sei auch eine gute Basis, um in diesem Wald absolut nachhaltig zu arbeiten. Wenn man nachhaltig sage, dann sage man Holz nutzen, aber man sage auch gleichzeitig, dass man auch im Walde Naturschutz machen wolle. Deshalb habe man das Ganze auch schon reduziert, damit wie Madame Reichert auch bereits gesagt habe, alte Bäume stehen bleiben können, die auch absterben könnten, damit sich dort Spechte, Insekten und andere Arten ansiedeln könnten. Man habe Alterungsinseln im Walde, die man auch alt werden lasse. Das bedeute, dass der Rümeling-Wald wirklich alle Funktionen erfüllen könne, und eine Funktion, die besonders in Gegenden hier unten im „Minette“, wo sehr viele Leute wohnten, äußerst wichtig sei, sei die Funktion der Erholung. Das brauche er den Ratsmitgliedern nicht zu sagen, wenn man sehe, wie viele Leute hier in den Wäldern unterwegs seien. Das sei auch enorm wichtig und dieser Funktion sei auch bei diesen Berechnungen Rechnung getragen worden.

Was noch wichtig zu sagen sei, sei die Verteilung der Baumarten. Man habe hier in den Wäldern rund 60% Buchen. Angesichts dessen, was der Boden hergebe, passe die Buche auch hierhin. Man setze aber jetzt auch darauf, dass man versuche etwas mehr verschiedene Arten in den Wald zu bekommen und deshalb sei er auch froh, dass man die 21% „Feuillus divers“ hier habe, denn man arbeite hier mit einer Materie, die eigentlich erst in 100 Jahren reif sei. Man wisse aber nicht, wenn eventuell Klimaänderungen oder solche Angelegenheiten auftreten, wie das Klima in 100 Jahren aussehe. Deshalb sei es wichtig, dass man, auch von der Artenvielfalt her, breit aufgestellt werde, damit, falls irgendeine Krankheit die Buchen



befalle, noch genügend andere Bäume zur Verfügung stehen, die das dann ausgleichen könnten. Man erwarte sich eigentlich, dass die Temperatur ansteige und man erwarte sich auch, dass man mehr extreme Trockenperioden erhalte, und das seien leider Gottes Faktoren, mit denen die Buche nicht so richtig zurechtkommen werde. Wie gesagt, da müsse man dann zusehen, dass man auch für die kommenden Generationen den Wald fit mache und deshalb setze man auch darauf, dass man noch mehr variierte Baumbestände bekomme. Deshalb habe man eigentlich dieses Viertel an „Feuillus divers“ in der Graphik. Das sei auch sehr wichtig, um den Wald für die Zukunft vorzubereiten.

Wenn er jetzt das Ganze zusammenfasse, könne man sagen, dass es ihm für den Rümelinger Gemeindewald nicht bange sei, dass man gut aufgestellt sei, sowohl von der Altersverteilung wie auch von den Baumarten her. Man nutze weniger als das, was nachwachse. Da sei man also auch sehr nachhaltig und für den Rest, sei man gerne bereit alle Fragen zu beantworten, denn dafür sei man hier, um das zu tun.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm und fragt, ob jemand Fragen zu stellen habe.

Rat Gérard Jeitz tut dar, er habe eine Frage. Was die 6 ha an „Terrain non-boisé“ anbelange, wolle er wissen, ob man da nichts unternehmen könne, um das zu verbessern.

Herr Michel Leytem weist darauf hin, dass das nicht unbedingt erfordert sei. Diese 6 ha, die „non-boisé“ seien, das klinge etwas dumm, wenn man das sage, aber das sei ein Wald, in dem keine Bäume stehen. Das gebe es aber, denn das könnten Stellen sein, wo der Förster sein Holz lagere und hier im „Minett“ seien das auch ganz oft ehemalige Tagebaugelände, die dann in diesem Inventar mitenthalten seien, auf denen dann eher Hecken oder Gestrüpp stehe, aber keine Bäume. Diese Flächen seien aber für die Biodiversität extrem hochwertig. Deshalb behalte man die auch so bei und in dem Mosaik der Biodiversität sei das sehr interessant, wenn dort keine Bäume

stehen, sondern Heckenstrukturen. Deshalb sei das eigentlich ganz in Ordnung.

Was man auch bedenken müsse, wenn man den Wald ansehe, sei auch noch schön, dass neben dem Gemeindewald auch noch der Staatswald mit hineinkomme und dann werde das wirklich ein Ganzes. Das sei auch ein wenig die Chance, die man habe, dass man sowohl den Staatswald wie auch den Gemeindewald verwalte, so dass man da wirklich zusehen könne, all diese Funktionen miteinander zu bekommen. Man habe hier nicht nur das einzelne kleine Besitztum des Gemeindewaldes im Blickfeld, sondern man schaue hier das Ganze wirklich global. Die Gemeinde Rümelingen habe jetzt abgesehen vom Wald mit den Tagebaugeländen auch Perlen der Biodiversität wie man sie in Mitteleuropa nicht oft finden könne.

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen, weil diese Analyse doch bis 2024 reiche und als „abréégé“ bezeichnet werde, wie oft die „Analyse élargie“ gemacht werde.

Madame Juliana Reichert weist darauf hin, dass bei ihrer Dienststelle das Problem auch ein wenig beim Budget liege. Das sei umfangreicher und da werde viel mehr ins Detail geschaut. Da würden die Ziele wirklich noch schriftlich festgehalten werden. Bei dieser Analyse hier sei das auch nicht optimal, datiere das Inventar doch von 2008 und sei relativ alt. Es werde aber neu gemacht und das werde alle 10 Jahre erneuert und wenn das neu gemacht werde, werde auch die Forsteinrichtung wieder gemacht. In Zukunft solle nur mehr die etwas umfangreichere Version gemacht werden.

Diese kürzere Version sei gemacht worden, denn es sei auch eine europäische Gesetzgebung herausgekommen, die besage, wenn ein Besitzer keine Forsteinrichtung für seinen Wald habe, dürfte man nur einen gewissen Prozentsatz an Zuwachs haben. Das sei aber viel weniger als man hier in Zukunft nachhaltig nutzen könne.

Bürgermeister Henri Haine meint, dass, wenn er das jetzt richtig verstehe, dass das ungefähr 90 m³ weniger als der jährliche Zuwachs sei. Da wolle er wissen, ob das jetzt trotzdem jedes Jahr einmal kurz bemessen werde oder ob das bis 2024 so sei, dass man dieses Volumen von 676 m³ aus dem Wald nehme.

Herr Michel Leytem bemerkt dem sei so, dass die 676 m³ das Volumen sei, dass man im Kopf habe, wenn man die jährlichen Kulturpläne aufstelle und da versuche man dabei um diese Zahl zu liegen. Es sei dem aber so wie Madame Reichert auch gesagt habe, dass es sein könne, dass man ein Jahr vielleicht das Doppelte habe und im Jahr danach weniger. Es gehe doch darum, dass man in den 10 Jahren ein Mittel (Moyenne) bekomme. Manchmal wolle man auch Waldteile haben, wo es mal 2 Jahre ruhig sei, was dann auch wichtig sei. Im Augenblick trete man an, diese 676 m³ jährlich über die 10 Jahre zu nutzen. Danach sei er sehr optimistisch, dass man eine neue Forsteinrichtung bekomme. Dann werde es noch einmal be-

wertet und neu angeglichen. Vom Gefühl her könne er jetzt aber fast bereits sagen, dass in der Periode von 2024 noch etwas mehr behalten werden könne, weil man hier die Chance habe, dass viel junger Baumbestand vorhanden sei, aber diese 676 bis 700 m³ werde hier in Rümelingen der Hiebsatz sein, der immer zu erwarten sei.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, wenn man den Brief vom Januar vom Direktor so lese, spreche der von einem Gesetz von 1920. Er frage sich, ob man vor 10 Jahren auch einen solchen Plan hatte.

Herr Michel Leytem macht Bürgermeister Haine darauf aufmerksam, dass er damit den Finger in eine sehr tiefe Wunde lege, wo er aber gar kein Problem habe, ganz ehrlich darauf zu antworten. Madame Reichert habe das vorhin sehr, sehr lieb ausgedrückt indem sie sagte, dass man nicht sehr viel Budget hatte, um das zu machen. Das sei jetzt auch kein Geheimnis, denn dem sei so gewesen, d. h. für die Forsteinrichtungen, die in den 118 Gemeinden, die man hatte, gemacht werden sollten, war ganz einfach das Budget nicht vorhanden. Da sei einfach zugeesehen worden, wo man eine Forsteinrichtung brauche und wo nicht. Da hatte noch lange nicht jede Gemeinde ihre Forsteinrichtung. Er zitiere hier das Beispiel von Düdelingen, die jetzt ihre allererste Forsteinrichtung im vergangenen Jahr bekamen. Da habe dann das Gesetz, das vorhin erwähnt wurde, mitgespielt, wo Luxemburg gesagt bekam, wenn es keine Forsteinrichtungen habe, dürfe das Land kein Holz mehr auf den Markt bringen, nur noch 75% von dem, was zuwachsen würde, ansonsten wäre es illegal. Das sei genauso wie wenn jemand im Amazonas illegal Holz fällen würde. Gleichzeitig sei dem doch auch so, dass unsere Wälder zertifiziert seien und die Zertifikatoren hätten der Verwaltung jedes Mal gesagt, dass man eine Forsteinrichtung bekommen müsse. Man habe auch immer geantwortet, dass man das ja auch gerne machen würde, aber dann müsste man die nötigen Mittel haben. Das war dann 2014, wo der Druck so hoch war, dass gesagt wurde, es reiche jetzt. Man müsse zusehen, dass man die Forsteinrichtungen für das gesamte Land bekomme. Da habe man im wahrsten Sinne des Wortes zusehen müssen, um da durch den Wald zu kommen und da seien auch die vereinfachten Forsteinrichtungen („Aménagement abrégé“) entstanden. Das heiße, um einmal zu starten, seien diese vereinfachten Forsteinrichtungen gemacht worden. Das sei ein Dokument, das für die Praktiker der Forstverwaltung absolut ausreiche, damit man im Wald arbeiten könne. Ab der nächsten Periode sollen dann die etwas umfangreicheren Forsteinrichtungen aufgestellt werden, die dann alles enthalten. Man brauche jetzt auch nichts schön zu reden, aber für Rümelingen könne er sich nicht erinnern, dass die Gemeinde in den vergangenen 30 Jahren eine solche Forsteinrichtung hatte, in der eine zehnjährige Planung festgehalten wurde. Man habe sich das wohl immer ausgerechnet. Das sei aber kein Dokument gewesen, das vom Gemeinderat oder vom Minister abgesegnet wurde. Also wie gesagt, so Herr Leytem, für die letzten 30 Jahre könne er sich nicht an einen Plan für Rümelingen erinnern. Deshalb sei man doch auch so froh und so stolz, um das jetzt hier vorstellen zu können.

Rat Marco Heil flucht ein, es sei eine „Première“.

Bürgermeister Henri Haine weist darauf hin, dass dem allerdings so sei, dass Madame Reichert und Herr Leytem Fachleute seien. Man sei hier mit sehr vielen Zahlen konfrontiert und man solle als Gemeinde heute ein Gutachten abgeben. Das, was man heute hier gehört habe, sei relativ positiv, dass unser Wald in einem guten und gesunden Zustand sei und dass die Zusage vorliege, dass junge Bäume vorhanden seien. Das sei ja auch mal wichtig zu wissen. Er habe auch vor kurzem einmal mit Madame Reichert am Telefon geredet, weil man sehe, dass im Augenblick auch relativ viele Arbeiten im Wald gemacht worden seien, einfach um zu verstehen, weil man draußen ja auch immer wieder viele Fragen gestellt bekomme. Man sehe auch, dass überall große Schneisen seien, um in den Wald hineinzukommen. Das sei in den letzten Jahren so gemacht worden. Es falle aber auf, zumindest bei verschiedenen Parzellen - Er wisse nicht ob das bei allen Baumarten so sei - wenn darin gearbeitet werde und Holz gefällt werde, dass da viel liegen gelassen werde, oder ob man nur den Eindruck habe, dass dem so sei, oder werde das in den nächsten Wochen entfernt. Es sehe trotzdem so aus, dass Baumbestände respektive auch Äste einfach liegen gelassen werden. Er wolle wissen, ob das so gewollt sei.

Herr Michel Leytem erklärt, dem sei so: Wenn man Bäume fälle, unterscheide man bei einem Baum zwischen 3 bis 4 Kategorien. Wenn man einen Baum fälle, dann habe man einen Stamm. Das sei eigentlich das Beefsteak, das Filetstück. Das sei auch das erste, das aus dem Wald komme und dann als Wertholz verkauft werde, d. h. da werden Möbel oder Furnierstücke davon angefertigt. Das sei das Beefsteak. Das Stück darüber, wo man dann eher zur Krone hin gehe, das sei dann eher Industrieholz. Das werde genutzt sei es für Papier oder für andere Industrien. Das komme ganz oft in einer zweiten Phase heraus. Ein drittes Sortiment sei dann das Brennholz. Das 4., das seien Äste die weniger dick als 7 cm Durchmesser haben. Die lasse man im Wald liegen. Auch das sei wichtig für den Wald und den Waldboden, aber auch für die Biodiversität. Die Äste die weniger als 7 cm dick seien, sollen verrotten; das werde wieder neuer Humus und das sei eine Erneuerung des Bodens. Wenn man diese Äste auch noch aus dem Wald entfernen würde, hätte man einen Nährstoffentzug im Walde, und auch das wolle man nicht.

Das, was der Herr Bürgermeister aber erwähnt habe, seien die Stämme, die man bereits aus dem Wald genommen habe und das Industrieholz und Energieholz liege effektiv noch da; das komme immer erst in einer zweiten Phase aus dem Wald. Bei den Holzfällungen sei es wichtig - die seien bekanntlich immer in der Winterzeit, in der Periode, wo der Wald eigentlich ruhe, d. h. wo keine Vögel fliegen, wo man im Walde arbeite - dass die Buchen, die gefällt werden, relativ schnell verarbeitet werden sollen, ansonsten die in der Qualität relativ schnell schlecht werden. Deshalb nehme man die Stämme immer zuerst aus dem Wald und danach erst das Industrieholz und Brennholz. Er verheimliche den Ratsmitgliedern aber auch nicht, dass man

heute draußen bei den Leuten in einer Mentalität sei, dass das Verständnis für die Holznutzung nicht immer vorhanden sei. Er wolle sich einmal vorsichtig so ausdrücken.

Bürgermeister Henri Haine meint, das sei nicht nur bei der Holznutzung so.

Herr Michel Leytem erwidert, er habe Recht. Er selber vergleiche das immer ein wenig mit dem Schlachthofeffekt. Die Leute würden immer ein bisschen auf der Wiese eine schöne Kuh, „e schéine léiwe Băzi“ sehen, sie würden auch danach, wenn sie ins Restaurant gehen, das schöne Beefsteak sehen, das da liege, aber den Schlachthof wolle niemand sehen. Davon wolle niemand reden. Im Wald habe man manchmal das gleiche Problem. Jeder sei froh mit dem Wald, mit den Bäumen. Jeder sei froh mit einem schönen hölzernen Möbelstück, aber die Bäume müsse man stehen lassen. Man versuche das wirklich schonend und nachhaltig für den Wald zu machen, so gut wie das nur möglich sei, aber natürlich, wenn dort gearbeitet werde, habe sich ihr Bild vom Wald geändert. Sie seien das nicht gewöhnt und immer ein wenig erschrocken.

Was auch bereits erwähnt worden sei, sei, dass man heute mit einem System arbeite, wo man nur noch mit den schweren Maschinen auf Schneisen fahre, d. h. alle 40 m fahre man auf einer Schneise und ansonsten komme keine schwere Maschine mehr in den Wald. Da konzentriere man den Druck auf diese Schneisen und der Rest des Waldbodens werde geschont. Aber wie gesagt, für die Leute sei das manchmal schwierig zu verstehen. Man sei dabei zu überlegen, ob man nicht mit den Gemeinden zusehe, auf den Weg zu kommen, dass man die Holzfällungen ankündige, z. B. wenn die Gemeinde ihren Kulturplan im Gemeinderat votiert habe, den dann im Gemeindeboten veröffentliche und den Leuten mitteile, wo man im Winter eine Holzfällung vornehme. Damit bekomme man vielleicht einen Teil der Leute beruhigt, aber er wolle sich da nichts vormachen, denn es gebe einfach Leute, die von vornherein dagegen seien, dass man irgendeinen Baum fälle. Diese Leute bekomme man nie beruhigt.

Er könne mit ruhigem Gewissen behaupten, dass so wie in den Wäldern gearbeitet werde, das fachmännisch sei. Der Förster überwache das sehr gut, aber wie gesagt, das Verständnis unserer urbanen Bevölkerung für das Arbeiten im Walde nehme nicht zu.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass das mit der Information ihm wirklich wichtig zu sein scheine, obschon es nicht immer einfach sei, diese Information zeitgerecht herauszugeben. Man habe ein wenig ähnliche Probleme als Gemeinde, weil man in den gemeindeeigenen Flächen hier im Perimeter arbeite und auch da manchmal auf das Unverständnis der Leute stoße. Es wäre im Vorfeld vielleicht auch besser da mehr Informationen zu geben. Das stimme schon.

Bürgermeister Haine möchte wissen, ob noch jemand eine Anmerkung zu machen habe oder eine Frage zu stellen habe.

Rat André Theisen tut dar, er habe noch diese Frage. Es sei klar, dass, wenn ein Wald neu angepflanzt werde, Generationen danach davon profitierten. Seine Frage sei folgende: Er habe Madame Reichert es auch schon gesagt, das gehe jetzt auf 10 Jahre. Da solle man sich einmal vorstellen, der Borkenkäfer gehe doch sehr gerne in den Tannenwald, denn man habe doch auch viel Tannenwald und Kiefern, und wenn der Käfer da hineinkomme, das sei doch auf 10 Jahre verteilt, und es könne auch ein Sturm sein, so könne das aber in 10 Jahren ändern.

Das andere, das er noch fragen wollte, sei, wie das denn nun mit den Privatwäldern sei. Man rede hier von Staatswäldern und Gemeindewäldern, was sehr gut sei, aber er meine, es gebe auch sehr viele Privatwälder. Es sei bekannt im Land, dass ein guter Teil Privatwald sei. Da wolle er wissen, wie die verwaltet werden, ob die auch von der Forstverwaltung unter die Lupe genommen werden, um es einmal so auszudrücken, oder nicht. Dort könne nämlich auch ein Schaden entstehen, der sich auf den anderen Wald übertrage. Das sei natürlich jetzt nur eine Angelegenheit. Er meine, das sei eine Nachhaltigkeit, was den Wald anbelange. Das solle auch so geführt werden, das sei alles in Ordnung, aber das sei im Grunde genommen seine Besorgnis, was die anderen Wälder anbelange. Man habe hier in Rümelingen unheimlich viele kleine Parzellen. Er habe deren hier aufgeschrieben, die nur 13 Ar, usw. hätten. Früher hatte man die Felderzusammenlegung, usw. Er wisse, dass es sehr schwer sei mit ein paar Eigentümern, das Ganze zusammenzuschließen, aber er meine mit 13 Ar, ... und dann liege diese Parzelle auf einer vollständig anderen Stelle. Das sei natürlich auch sehr schwer zu verwalten. Das könne er sich sehr gut vorstellen.

Er wolle noch fragen, dass im Inventar z. B. „Terrains vaines“ stehen, deren gebe es überall. Die erwähnten seien die Cité Hierzesprong, der Kirchberg, der Steinberg. Er wolle wissen, ob das die Parzellen seien, die hinter den Häusern seien und bis an den „Front de taille“ stoßen oder ob das andere Parzellen seien.

Herr Michel Leytem zeigt ihm auf einem Plan, wo diese Parzellen liegen.

Rat André Theisen tut dar, dann seien es die Parzellen, die er gemeint habe. Er meine, die Natur nehme sich wieder ihr Recht zurück. Das sehe man ganz genau am Tagebau der früheren Grubenbetriebe. Die seien doch auch hier mit einbezogen. Der größte Teil sei doch von Bäumen bewachsen, die so schnell wachsen... das seien Birken, Pappeln, usw. Die seien doch auch hier mit einbezogen.

Herr Michel Leytem zeigt ihm wiederum auf einem Plan, wo man die Tagebaugelände habe. Es sei dem so, dass man für die Bewirtschaftung der Tagebaugelände nochmals einen speziellen Wirtschaftsplan habe. Er habe vorhin gesagt, und das sei wirklich nicht übertrieben, dass die Tagebaugelände von Péttingen bis nach Düdelingen, was die Biodiversität an-

belange, wirklich ein Juwel in Mitteleuropa seien. Deshalb sei es der Forstverwaltung auch enorm wichtig, die homogen zu pflegen. Im Arrondissement Süden habe man eine Fachkraft, die sich nur darum kümmere. Das könne man auch gerne einmal besichtigen. Wenn man in den Tagebaugebieten arbeite, habe man nochmals einen speziellen Wirtschaftsplan. Hier sei man konzentriert auf die Stellen, wo hauptsächlich Wald sei. Es seien eigentlich nur noch die 6 ha „non-boisé“, die verbleiben.

Madame Juliana Reichert antwortet Rat Theisen auf seine Frage zum Sturm, dass man in Simmern-Koerich einen Mini-Tornado hatte, wo alles platt gemacht wurde. Da habe man alles erneuert. Man musste den Schwerpunkt auf die Verjüngung setzen. Hier sei die Verjüngung durch einen Sturm erfolgt.

Was die andere Angelegenheit mit dem Privatwald anbelange, könne man keine Verwaltung machen. Die Angelegenheiten mit dem Ausbruch einer Krankheit, z. B. da mache man bei seinen eigenen Wäldern einen Schutz. Da mache man z. B. die Monitoring-Angelegenheiten, Quarantäneschädlinge, die irgendwie auftreten und sich ausbreiten. Das sei solch ein schwieriges Thema. Da werde jetzt auch mit einem neuen Gesetz überlegt, wie das gemacht werden könnte. Wenn der Privateigentümer angeschrieben wurde und auf Schäden aufmerksam gemacht wurde, darauf aber nichts unternahm, konnte der Staat theoretisch eingreifen. Das sei eine heikle Angelegenheit. Die Autorität, was die Quarantäneschädlinge betreffe sei die ASTA. Bei einigen Angelegenheiten, wo man nicht wisse, was es sein könne, die relativ rar seien, könne man sich vorstellen, dass einfach eine Holzfällung um das geschädigte Gebiet vorgenommen werde, damit rundherum alles sauber sei.

Rat André Theisen findet, dass das schon richtig sei. Auf der anderen Seite müsse er sagen, dass es in Eschdorf den Sitz der Institution gebe, die sich um die Privatwälder kümmere und er habe angenommen, dass die Forstverwaltung eine Zusammenarbeit mit denen habe.

Herr Michel Leytem erwidert, dass man mit dem „Privatbësch“ sehr eng zusammenarbeite, aber hier in Luxemburg sei dem so – er runde jetzt auf – dass es hier rund 50% öffentlichen Wald und rund 50% Privatwald gebe. Allerdings sei dem so, dass man hier in Rümelingen was den Privatwald anbelange, einen schwindelnd geringen Prozentsatz habe. Daneben habe man hier dann einen großen Haupteigentümer, und das sei noch immer ArcelorMittal. Was die Wälder von ArcelorMittal anbelange, sei dem so, dass ein Privatwaldbesitzer, wenn er mehr als 20 ha Wald besitze auch eine Forsteinrichtung wie die Gemeinden machen müsse und die müsse auch von der Forstverwaltung abgesegnet werden.

Hier in der Gemeinde verlaufe das eigentlich sehr pragmatisch. Man habe mit ArcelorMittal eine sehr gute Zusammenarbeit, sowohl in den Tagebaugebieten wie auch bei der Verwaltung ihrer Wälder. ArcelorMittal sei dabei, eine Forsteinrichtung mit der Uni von Nanzig aufzustellen. Das verfolge man auch mit ihnen zusammen. Wie Madame Reichert gesagt habe, stehe

das Privateigentum hier in Luxemburg ganz oben. Man habe dabei höchstens eine beratende Funktion, die man auch gerne wahrnehme, aber man mache nicht die Bewirtschaftung des Privatwaldes.

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen, ob sonst noch eine Frage zu stellen sei. Es scheine alles perfekt zu sein. Er wolle nochmals die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass man mit der Naturschutzverwaltung und natürlich auch mit dem Förster eine sehr gute Zusammenarbeit habe. Man danke den beiden Fachleuten auf jeden Fall, dass sie sich bereit erklärten, heute Morgen schon so früh in den Gemeinderat zu kommen, um den vereinfachten Forsteinrichtungsplan hier vorzustellen und zu erläutern, denn für den Laien sei das trotzdem ein technisches Dokument mit vielen Zahlen. Man verlasse sich da auch auf die Fachkenntnisse unserer Naturschutzverwaltung und er denke, dass es gut war, dass man diese Erklärungen auf diese Weise erhalten konnte.

Er dankt nochmals Herrn Leytem, dem Chef des Bezirks Süden und auch Madame Reichert, dass sie sich hierhin bemüht haben und man könne sie jetzt schon befreien.

Prinzipiell könne man auch darüber abstimmen, um zu sehen, ob man auch mit dem Plan einverstanden sei.

**** Einstimmig mit 10 Stimmen (Rätin Francine LANGLAUX [CSV] nahm nicht am Votum teil) genehmigt der Gemeinderat dieses Gutachten.**

PUNKT 2 DER TAGESORDNUNG

Absichtserklärung betreffend „Europäische Kulturhauptstadt 2022“ (Besprechung und Beschlussfassung)

Beschluss des Gemeinderates

Mit 8 Ja-Stimmen (LSAP+KPL) bei 3 Enthaltungen (CSV) genehmigt der Gemeinderat die Absichtserklärung betreffend Europäische Kulturhauptstadt 2022.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine weist darauf hin, dass man unter diesem Punkt über die Absichtserklärung betreffend „Europäische Kulturhauptstadt 2022“ zu befinden habe. Ehe man das auf die Tagesordnung setzte, habe man bekanntlich schon in der Presse, in den Medien im Allgemeinen in den vergangenen Tagen relativ viel davon gehört. Er wolle nur darauf hinweisen, dass man vor 2 Monaten im Rahmen des Syndikats PROSUD eine Diskussion darüber hatte, gelegentlich der die Escher Kollegen auch mitteilten, dass sie interessiert wären und vorhätten, ihre Kandidatur zu stellen, um Europäische Kulturhauptstadt 2022 zu werden und sie hätten dabei auch gesagt, dass es schön wäre, wenn man das als ganze Region

Süden machen könnte. Es sei dem nun aber einmal so, dass die Kriterien vorsehen, dass eine Stadt ihre Kandidatur stellen müsse. Man könne das nicht als Region machen.

Bei den ersten Gesprächen, die man dann im PROSUD geführt habe, sei eigentlich jeder positiv gestimmt gewesen, um sich daran zu beteiligen. Die Vertreter hätten den Eschern auch gedankt, dass sie sich darum kümmern würden, um das gesamte Dossier vorzubereiten. Es sei bis Mai, wo die Kandidatur und das gesamte Dossier der europäischen Kommission unterbreitet werden und deshalb sei auch vor 1 oder 2 Monaten von den Escher Kollegen jedem Schöfferrat hier aus dem Süden geschrieben worden, dass man bis zum 22. April die Absicht mitteilen sollte, ob man sich daran beteilige oder nicht.

Wie gesagt, die ersten Positionen im PROSUD seien sehr positiv gewesen. Es sei dem aber so, dass die Kayler Kollegen nicht mehr in den Sitzungen des PROSUD dabei seien. Jeder habe sicherlich gehört oder gelesen, dass die Kayler sich definitiv nicht daran beteiligen.

Man habe im Schöfferrat darüber diskutiert und auf der Grundlage der Reglements, die man auch noch nachträglich von den Escher Kollegen bekam, ... Es habe eine gewisse Aufregung in den Gemeinden gegeben, was den finanziellen Aspekt anbelange, weil auch da der Betrag von 62 Mio. Euro genannt worden sei, wo der Staat auch zugesichert habe, er werde da 2 Drittel beisteuern. Wenn man das Drittel, das übrigbleibe auf die Einwohnerzahl der Südregionsgemeinde verrechnet hätte, wäre man auf 125 Euro pro Einwohner gekommen. Das sei aber auch nie so zu verstehen gewesen und die Escher hätten auch da nachträglich, nachdem die Gespräche mit der Regierung stattgefunden hatten, nochmals Informationen gegeben, wo sie dann auch sagten, dass man das so sehen sollte, dass es maximal 50 Euro pro Einwohner wären.

Es sei aber auch wichtig zu wissen, dass man all das, was man als Ortschaft mit in den Topf der A.s.b.l. gebe, doppelt wiederbekomme. Wenn man z. B. 100.000 Euro beisteuere, werde im Rahmen der Konvention, die nachträglich noch gemacht werden müsse, wenn diese Kandidatur zurückbehalten worden sei, werde dann eben nachträglich festgehalten, dass daraus 200.000 Euro für die lokale Organisation zur Verfügung stehen. Also von 100.000 Euro komme man dann auf 200.000 Euro aus dem Topf, wenn er das mal so sagen dürfe.

Es sei dem auch so, dass eben diese Entscheidung getroffen worden sei, dass das Dossier von der Escher Gemeinde vorbereitet werden sollte und es sei auch festgehalten worden, dass man sich da mit Experten umgeben sollte, und deshalb habe man da dieses „Bureau d'études“ oder „Bureau d'experts“ von „Écoute le Paysage“ herangezogen, das auch schon die belgische Ortschaft Mons und die französische Ortschaft Lille damals bei ihrer Kandidatur beraten und auch begleitet habe. Sie seien auch in Sitzungen mit den einzelnen Gemeinden zusammengekommen – auch die Gemeinde Rümelingen sei in eine Sitzung eingeladen worden und man hatte Kontakt mit

ihnen. Für den Schöfferrat sei es auch sehr wichtig gewesen, zu sagen, dass man Esch in dem ganzen Vorhaben unterstütze. Es sei aber auch wichtig für die Gemeinde Rümelingen, ihre Identität in dem gesamten Kontext zu finden. Angesichts der Tatsache, dass man auch in den letzten Jahren rund um unser Nationales Museum der Eisenerzgruben sehr viele Ideen und Konzepte entwickelt habe und auch dabei sei, Investitionen zu machen, wollte man, auch wenn man sich bewusst sei, dass es hier nicht um die Industriekultur gehe, sondern um Kultur im Allgemeinen, dass man das gesamte Konzept um unser Museum gestalten wolle, weil das eben für den Schöfferrat ein Hauptanziehungspunkt sei, vor allem deshalb, weil man in letzter Zeit bereits kleine Anstrengungen unternommen habe, um Kultur ins Museum, respektive bei das Museum zu bekommen. Daraus solle eben für das Kulturjahr 2022 hier in Rümelingen auch das Konzept entstehen, dass man im Kontext des Museums auch die Kulturveranstaltungen respektive die Kulturinfrastrukturen bekomme, weil man eben da rundum das Thema der Minette das entwickeln würde. Es sei dem auch so, dass im Laufe der Zeit, wo dieses Dossier vorbereitet wurde, da auch zugesehen werde, welches die Hauptthemen da sein könnten.

Es sei auch jetzt von den Eschern gesagt worden, wie sie das rundum den gesamten Süden sehen. Es sei dem Schöfferrat z. B. auch gesagt worden, dass eines der Themen auch „Étincelles“ sei. Rundum dieses Thema „Étincelles“ solle man dann auch etwas entwickeln können. Er meine, da sei man doch auch sicherlich betroffen, weil man in dem gesamten Kontext nicht nur unsere Gruben hatte, sondern man hatte auch unsere Stahlindustrie. Man habe heute noch die Firma Kihn die Weichen für Straßenbahnen produziere, und wo auch das Thema „Étincelles“ selbstverständlich komme. Er wolle nur sagen, es sei zwar nur eine Kleinigkeit, aber auch unsere Harmonie municipale habe bereits ein Konzert in den Gebäuden der Firma Kihn organisiert. Seiner Meinung nach wäre es auch schön, wenn man das rundum das Museum machen könnte, wo man auch bereits einmal eine initiale Idee hatte, um beim „Caveau“ des Museums eine Infrastruktur zu entwickeln, wo man auch größere Kulturorganisationen in Zukunft eben entwickeln könnte. Der Schöfferrat sehe das in diesem Kontext, weil auch in unserem PPF für die nächsten 5 Jahre Geldmittel vorgesehen sind, um das Museum auch rundum das „Caveau“ auszubauen. Die nächste Etappe, wenn die Werkstatt bis fertig sei – jeder habe sicherlich gehört, dass die neue Lokomotive eingetroffen sei. Im Mai kämen die neuen Wagen – werde der Empfang des Museums sein, um diesen größer und schöner zu gestalten. Dann könne man eben bis 2022 in die Richtung planen, dass man auch hinten am „Caveau“ das mache, was man eigentlich auch schon einmal als Idee hatte. Er denke, dass das sehr interessant sei, im Kontext des europäischen Kulturjahres dann davon zu profitieren, weil man dabei auch von außen ein gewisses Knowhow hereinbekomme, das mit-helfen könne dieses Konzept auf die Beine zu stellen.

Er wolle auch mitteilen, dass er sich gestern Morgen mit den Leuten von „Écoute le Paysage“ getroffen habe, die sich vor Ort

das Museum anschauen und bereits dort sagten, sie würden jetzt versuchen diese Ideen zu entwickeln im Innern wie auch außen, so wie man das einmal so angedeutet habe, dass man das machen wolle. Es sei aber auch klar, dies sei vorerst einmal die initiale Idee. Es sei nun am Schöfferrat mit seinen Diensten das in den nächsten Monaten und Jahren mit der Hilfe von „Écoute le Paysage“ und der Gemeinde Esch zu entwickeln. Die Gemeinde Esch habe auch einen relativ großen Kulturdienst. Wie gesagt, man hatte selbstverständlich auch Gespräche mit der Gemeinde Esch und der Schöfferrat würde auf jeden Fall vorschlagen, dass man hinter dieser Kandidatur stehe und auch als Gemeinde Rümelingen da mitmache. Er meine, das würde auch für die Gemeinde auf kultureller Ebene viel bedeuten. Es werde sicherlich der Gemeinde Rümelingen in dem Kontext viel bringen, wissend, dass man im Augenblick hier in Rümelingen nicht allzu viel Strukturen, und vor allem keine großen Strukturen habe, um große Ereignisse zu organisieren. Man werde immer, wie man so zu sagen pflege, unseren Kapazitäten und unseren finanziellen Mitteln gemäß sich da mit einbinden und er meine, das werde sicherlich für unsere Ortschaft etwas sehr Schönes, etwas sehr Interessantes und er denke schon, dass dies auch eine initiale Zündung sein könne, um in Zukunft hier in Rümelingen mehr Kultur eben rund um die Industriekultur mit zu entwickeln.

Er möchte wissen, ob es dazu Stellungnahmen gebe.

Rat André Theisen fragt, was das der Stadt Rümelingen bringe, wie das Programm aufgestellt werde, ob in dem Programm auch der frühere „Site industriel musée national des mines de fer“ mit darin enthalten sei. Es sei schon zu bedauern, wenn Kayl nicht mitmache, denn sie hätten das „Monument national des mineurs“. Wenn das industrielle Patrimonium nicht in dem Maße mit einbezogen werde, dann könne Rümelingen doch kein Interesse an dieser Absichtserklärung für eine europäische Kulturhauptstadt haben, denn die finanzielle Beteiligung der Stadt Rümelingen liege doch aber voraussichtlich bei 273.100 Euro, was 50 Euro pro Einwohner ausmache, das verteilt auf 5 Jahre pro Jahr 54.620 Euro ergebe, wie das aus dem Dokument hervorgehe.

Es gebe doch aber bereits mehr Gemeinden, die ihre Bedenken angemeldet hätten und wollten eventuell wie Kayl nicht daran teilnehmen oder abwarten, Petingen, Bascharage, Differdingen, usw. Wenn die sich nicht daran beteiligten, wolle er wissen, wie dieses finanzielle Loch aufgefüllt werde und ob die anderen teilnehmenden Gemeinden dann dieses Loch auffüllen müssten. Demnach kämen noch viele Überraschungen auf die Gemeinde zu.

Bürgermeister Haine sei doch Vize-Präsident von PROSUD und deshalb zähle man auf ihn, dass die Stadt Rümelingen in diesem europäischen Kulturjahr seinen Platz einnehme, den sie verdiene. Weil aber bis jetzt kein Gesamtkonzept vorliege und nur eine Absichtserklärung stehe und man sich nicht zurückziehen könne, wenn z. B. das Programm Rümelingen nicht genügend mit einbezogen worden sei in den Veranstaltungen dieses

Kulturjahres... Er meine, man sollte aufpassen, dass man keine Katze im Sack kaufe und man sollte abwarten, bis der Gemeinderat ein fertiges Konzept vorliegen habe. Dann könne man diskutieren.

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen ob es sonst noch Stellungnahmen gebe.

Rat Edmond Peiffer tut dar, dass seine Partei die Absichtserklärung des Schöfferrates für die Partnerschaft der europäischen Kulturhauptstadt Esch 2022 unterstütze. Man sei der Meinung, dass das der gesamten Region hier im Süden zum Nutzen gereiche. Voraussetzung sei, dass die notwendigen finanziellen und kulturellen Aufstellungen stimmen, damit die teilnehmenden Ortschaften auch etwas davon hätten. Für Rümelingen in diesem Falle müsste ein Kulturprogramm ausgearbeitet werden, das unsere Stadt der roten Erde in den einzelnen Etappen darstelle, wodurch touristisch gesehen, Rümelingen attraktiver werden könnte. Wenn regional mehr zusammengearbeitet werde, werde unser Gegend im Allgemeinen auch touristisch interessanter, denn jede Ortschaft habe ihre historische Geschichte.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm und möchte wissen, ob es sonst noch eine Anmerkung oder Stellungnahme gebe.

Rat Theisen habe eine Reihe Fragen gestellt, die bereits beantwortet waren, als er sie stellte, denn er, Bürgermeister Haine, habe doch klar und deutlich erklärt, wie man das um unser industrielles Patrimonium sehe, wo man bereits versucht habe, das noch attraktiver zu gestalten, indem man auch die Kultur bei dieses und rundum dieses Patrimonium bringe. Man habe den Escher Kollegen das auch so erklärt und das habe man auch klar den Experten, wenn er die so nennen dürfe, erklärt und die hätten das eigentlich auch so gesehen. Als sie gestern Morgen hier in der Ortschaft waren, habe man ihnen die Ortschaft auch ein wenig gezeigt, damit die sich ein Bild machen könnten, was Rümelingen sei, wie es hier aussehe und wie es früher war. Die hätten auch gesagt, das müsste man nutzen. Man habe dieses Museum, das sei genial, und man habe da sehr viele Möglichkeiten, um im Museum und davor etwas zu machen. Es stimme schon, es habe noch keine Gemeinde ein Konzept. Es gehe doch jetzt hauptsächlich darum, ein Dossier aufzustellen um die Kandidatur zu stellen und dann zuzusehen, ob die Kandidatur zurückbehalten werde und bis 2022 müsse das dann alles aufgestellt werden. Im Augenblick gebe es da nur Ideen, die man mit einbringe und die auch im Vorfeld festgehalten werden, um zu sehen, was alles ins Dossier einfließe, das im Mai nach Brüssel geschickt werde. Die Ideen, die er jetzt hier vorgebracht habe, die seien auch mit auf den Weg bei die Escher Kollegen gegangen. Es sei dem auch so, und er meine, das gehe doch auch aus der Absichtserklärung hervor, das hätten die Escher Kollegen auch dem Schöfferrat geschrieben und er meine, das müsste auch im Dossier gelegen haben, zumindest sei es in seinem Dossier, dass das direkt noch keine finanzielle Verpflichtung sei. Es sei doch der Vorschlag der Escher Gemeinde, dass der maximale Beitrag pro Gemeinde

50 Euro pro Einwohner sei und er meine, es sei selbstverständlich, dass der Teil, den man lokal mit einbringe, auch lokal verarbeitet werden müsse. Wenn dann eine Ortschaft beschließe, nicht teilzunehmen, dann bedeute das, dass in der Ortschaft auch keine Veranstaltungen organisiert werden. Man verpflichte sich auf jeden Fall nicht über das hinaus, was die 50 Euro pro Einwohner für Rümelingen bedeute. Das sei für den Rümelinger Schöffenrat ganz klar. Es sei auch am Schöffenrat im Rahmen der Definition zu beschließen, was man schlussendlich finanziell da festhalte, aber wie gesagt, das Maximum, wo man bereit sei mitzumachen, liege bei 50 Euro pro Einwohner. Darüber hinaus gehe man ganz einfach nicht. Es sei auch am Schöffenrat auf Basis von dem, wenn die Kandidatur festgehalten sei, ein klares Konzept auszuarbeiten, selbstverständlich mit den Leuten hier aus Rümelingen, mit dem Museum z. B. und mit den Vereinen, der Harmonie municipale, den Vereinigungen, die kulturell tätig seien, auch mit den Künstlern und Artisten, die es in Rümelingen gebe, um die mit einzubinden, und so weiter und so fort. Er denke, dass das Hauptthema, er sage es nochmals, rund um das Museum, rund um die „Minette“ sein werde, wissend, dass es sich um kulturelle Ereignisse handeln solle. Es gehe nicht darum, das Museum weiter auszubauen, aber es gehe darum rund um das Museum Kultur mit hereinzubringen. Seiner Meinung nach würden sich da auch für Rümelingen interessante Aspekte ergeben. Man sehe in diesem Kulturjahr eigentlich den notwendigen „Push“, um diese Idee schlussendlich zu realisieren, für die man bisher vielleicht immer etwas zurückhaltend war, auch unter anderem aus finanziellen Gründen, wo man trotzdem aber bereits sehr mutige Beschlüsse gefasst habe, was die Investitionen betreffend das Museum im Allgemeinen anbelange. Hier habe man dann aber zusätzlich noch was die Kultur anbelange eine Möglichkeit, mehr dabei herauszubekommen, als wenn man das allein nur auf lokaler Ebene beschließen würde. Wichtig sei vor allem, dass man hier nochmals ein großes Knowhow mit hineinbekomme, von Leuten, die bereits solche großen Ereignisse mit organisierten.

Er müsse auch zu PROSUD sagen, er sei zwar Vize-Präsident, aber jeder wisse, dass noch immer jede Gemeinde allein entscheiden könne, hieran teilzunehmen. Er sei nur ein wenig überrascht über die Reaktion von Kollegen, die in verschiedenen Medien waren, denn er habe damals, als die erste Sitzung im PROSUD war, für Rümelingen eigentlich gar nichts gesagt, weil man zu dem Zeitpunkt noch gar nicht wusste, dass Esch mit der Südregion Kandidat sei. Im Schöffenrat hatte man zu dem Zeitpunkt eigentlich noch gar nicht darüber geredet. Er sei eigentlich der Einzige gewesen, der sich dazu nicht geäußert hatte, während all die anderen sich sehr positiv dazu geäußert hatten, auch Rat Theisens Kollege aus Bascharage. Deshalb sei er auch ein wenig überrascht, dass gerade der jetzt das ganz negativ sehe. Nun gut, so Bürgermeister Haine, das brauche einen vielleicht auch gar nicht zu überraschen.

Rat André Theisen flicht ein, es sei doch Bascharage nicht allein.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, er habe das doch nur als Beispiel genommen, weil gerade der ihn überrascht habe, weil...

Rat André Theisen unterbricht ihn damit, dass er noch Differdingen erwähnte. Das seien alles Gemeinden, die im Grunde genommen... Denn das hier, da bewege man sich im Vagen. Das sei doch klar. Man gebe hier eine Zustimmung und man wisse nicht richtig, was komme. Das sei das Problem.

Bürgermeister Henri Haine entgegnet ihm, dass das Konzept doch bis 2022 erstellt werden müsse. Er wolle aber trotzdem sagen, dass jede Gemeinde und jeder Gemeindevertreter zu Sitzungen gerufen worden seien und das bereits seit Januar. Bei der ersten Sitzung sei Rümelingen zwar noch nicht dabei gewesen. Man werde regelmäßig über alle Angelegenheiten informiert, die laufen und jede Gemeinde solle doch auch eine Kontaktperson bestimmen, die dann auch immer wieder die notwendigen Informationen erhalte. Das sei klar und es sei von Anfang an gesagt worden, dass eine A.s.b.l. da gegründet werde, vor allem schon, um das Dossier vorzubereiten, um die Kandidatur überhaupt zu stellen. Da sei es hauptsächlich darum gegangen, die notwendigen finanziellen Mittel zu bekommen. Da sei es auch wichtig, das Engagement der Regierung erhalten zu haben, die sich bereit erklärte 2 Drittel davon zu übernehmen. Es sei auch klar, dass ein Sponsoring gesucht werden müsse, um die anderen Aspekte der Ausgaben mit decken zu können. Es würden doch wohl auch bei Veranstaltungen, hoffe er auf jeden Fall, Einnahmen gebucht werden können, so dass im Endeffekt die Summen, die jetzt genannt werden, schlussendlich nicht die sein werden, zu denen man sich hier jetzt verpflichte. Es sei doch auch klar, dass die Zeit genutzt werden müsse, um die gesamten Konzepte im Detail zu entwickeln. Das habe man doch nicht 5 Jahre im voraus bereit. Das sei doch aber sicher. Das Konzept des Jahres 2021 kenne im Augenblick auch noch niemand. Die Ortschaft, die die Kandidatur gestellt habe, sei auch dabei, ihre einzelnen Veranstaltungen zu schaffen und auf die Beine zu stellen. Je nachdem, was man da organisiere, müssten Künstler gefragt werden, um mit zu machen. Wenn man Konzerte veranstalten wolle, müsse jemand diese Konzerte spielen. Es sei doch aber klar, dass man das alles organisieren müsse, so wie man 2014 – das sei jetzt zwar nicht mit dem zu vergleichen, aber er sage halt mal – das „Centre de promesse“ von „Télévie“ organisiert habe. Da habe man auch ein Jahr lang planen müssen, bis man alles auf den Beinen hatte.

Falls sonst keine Anmerkungen mehr zu machen seien, könne man die Absichtserklärung votieren.

**** Mit 8 Ja-Stimmen (LSAP+KPL) bei 3 Enthaltungen (CSV) genehmigt der Gemeinderat die Absichtserklärung betreffend Europäische Kulturhauptstadt 2022.**

(Den genauen Wortlaut findet man in der französischen Zusammenfassung auf Seite 41)

PUNKT 3 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung der ordentlichen und außerordentlichen Subsidien für die lokalen Vereinigungen (Besprechung und Beschlussfassung)

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die ordentlichen Subsidien für die lokalen Vereinigungen.

Subsidies ordinaires pour 2015

1) Article 3/320/648110/99001/P

- Sapeurs-Pompiers 495 €

Total 495 €

2) Article 3/120/648110/99001

- Croix Rouge, section locale 847 €

Total 847 €

3) Article 3/229/648120/99001

- Amiperas, section locale 425 €

Total 425 €

4) Article 3/140/648110/99001

- Harmonie Municipale 8.500 €
 - Minettsdäpp 1.050 €
 - Cercle Symphonique 1.520 €
 - Chorale Ste Cécile 950 €
 - Photo-Club Rëmeleng 125 €
 - De Minettsdapp „Kultur Am Süden“ 440 €
 - Theaterfrënn Keeldall 1.000 €
 - Rëmelenger Theaterfrënn 500 €

Total 14.085 €

5) Article 3/825/64821/99001/P

- Société de gymnastique 1.900 €
 - Boxing-Club 400 €
 - Vélo-Club 780 €
 - Handball-Club 880 €
 - Tennis-Club Rëmeleng-Keeldall 440 €
 - Société de jeux de quilles „Roude Fiels“ 250 €
 - Billard-Club 350 €
 - Société du champ de tir 450 €
 - Football-Club Rumelange 2.300 €
 - Fëscher-Club „Keeldall“ 125 €
 - Makréil aus dem Minett 1984 250 €
 - Bow-Club „Kiowa“ 420 €
 - Rouden Dapp 200 €
 - Kickerclub Playboy 200 €

Total 8.945 €

6) Article 3/410/648110/99001/P

- Ligue du Coin de Terre et du Foyer 400 €

Total 400 €

7) Article 3/120/648110/99001

- Elterevereenegung 450 €
 - Fraen- a Mammeveräin Rëmeleng 300 €
 - Foyer de la Femme, section locale 475 €
 - Union des Femmes, section locale 250 €
 - Amitiés françaises „Keeldall“ 143 €
 - ADRAD (Radio-Amateurs) 250 €
 - Lëtzebuurger Dampbunnclub Rëmeleng 300 €
 - Déireschutz Hand an Hand Asbl 125 €

Total 2.293 €

8) Article 3/790/648330/99001

Toutes les associations rumelangeoises organisant des colonies de vacances pour enfants reçoivent 50,- € par enfant participant.

Montant total des subsides 27.490 €

Subsidies extraordinaires

Le collège échevinal propose l'allocation d'un subside extraordinaire à l'occasion du centenaire de l'«Harmonie Municipale de Rumelange» (2.500 euros) et du «Tennis Club Rëmeleng-Keeldall» (2.500 euros)

Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die außerordentlichen Subsidien von jeweils 2.500 Euro für die «Harmonie Municipale» und den «Tennis Club Rëmeleng-Keeldall».

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man hier etwas habe, das jedes Jahr wiederkehre, das seien unsere Subsidien für die Vereine und Vereinigungen. Außerdem habe man 2 außergewöhnliche Angelegenheiten. Die Sport- und Kulturkommission habe da laut ihren Kriterien die Subsidien ausgerechnet. Der Schöffenrat hatte Gespräche mit der Präsidentin und dem einen oder anderen Vertreter der Kommission wie Herrn Jeitz, die dem Schöffenrat das ein wenig erklärt haben. Er wolle Madame Marx das Wort überlassen, um das eine oder andere Detail zu erläutern. Es sei dem aber auch so, dass man als Schöffenrat auch immer etwas zusehe um vielleicht Anpassungen zu machen. Es sei dem auch so, wenn man das strikt befolge, dass man solche Beträge erhalte wie z. B. 432 Euro. Dann runde der Schöffenrat das auf oder ab.

Es gebe auch neue Umstände mit der Chorale municipale Heemecht, die eigentlich jetzt kein Subsid mehr benötige, bis sie wieder Aktivitäten entwickle. Es sei dem auch so, dass

bei kleineren Subsidien durch die Berechnung der Kriterien das Subsid auf einmal unter 125 Euro gefallen sei. Man hatte festgehalten, dass jeder Verein, der noch Aktivitäten habe, der noch lebe, ein minimales Subsid von 125 Euro erhalte. Deshalb habe man diese Angelegenheiten, wo ein Verein auf 60 oder 70 Euro heruntergefallen sei wieder auf 125 Euro angehoben.

Dann gebe es noch 2 neue Ereignisse. Das sei zum einen die 125-Jahrfeier der «Harmonie Municipale», die aber bereits im Juni 2015 begonnen habe und 2016 das Jahr des 125 jährigen Bestehens sei. Dann habe man auch noch die 100-Jahrfeier des «Tennis Club Rémeleng-Keeldall» in diesem Jahr. Deshalb habe man dann wie man das einmal festgehalten hatte, dass man für diese Festlichkeiten 2.500 Euro erhalte. Im vergangenen Jahr sei es die «l'Étoile Rümelingen» gewesen, die diese 2.500 Euro erhalten habe und jetzt schlage man diese beiden außergewöhnlichen Subsidien vor.

Er fragt Rätin Marx sodann, ob sie dazu noch etwas sagen wolle.

Rätin Carole Marx möchte vor allem ihren Mitgliedern der Kommission danken, dass man immer so gut und konstruktiv zusammenarbeite, alles immer wieder analysiere und nachfrage, bis man alle Formulare zurückbekommen habe. Sie stimme dem zu, dass der Schlüssel, den man da festgelegt habe, sie habe es bereits ein paar Mal hier erklärt, dass man auch noch immer an dem Reglement bastele, das dazu geschrieben werden solle. Was der Kommission besonders wichtig sei, sei die Jugendarbeit. Man wisse, dass das so viel mehr Aufwand sei, um die Jugend zu betreuen, sei das im kulturellen oder sportlichen Bereich. Das sei einfach ein Mehrwert, den man respektieren müsse. Wo man aber auch sehr stark darauf halte und wo man immer wieder Diskussionen bekomme, das sei einfach die Präsenz der Vereine, wenn die Gemeinde etwas organisiere. Das sei nach wie vor ein Punkt, auf den man stark halte, den man auch stark bewerte, denn die Gemeinde tue sich wirklich nicht schwer, um die Infrastrukturen immer in Stand zu halten und immer wieder Neues zu machen, hier etwas zu verbessern und dort etwas zu verbessern. Dann finde sie es wirklich ein Minimum von einem Verein, dass falls eine Einladung komme, um sich an einem Umzug zu beteiligen und dort Präsenz zu zeigen, dass man dann auch der Gemeinde entgegenkomme und sich als Dank mit seiner Präsenz da zeige, wenn die Gemeinde einlade oder einen Umzug veranstalte. Es sei nicht schön einen Umzug zu haben, an dem sich nur ein paar Leute beteiligen. Deshalb wolle sie nochmals einen Aufruf machen, dass die Vereine sich da wirklich ein wenig bemühten und etwas mehr Präsenz zeigten. Effektiv sei das gut nach außen hin zu repräsentieren und dann sei es ein Posten, wo man einen großen Teil von einem Subsid darauf verlege. Sie wisse, dass das nicht immer so ganz ankomme, und dass gesagt werde, dass mehr geschaut werden sollte, was im Verein selber gearbeitet werde. Das werde auch alles gemacht, sowohl im Erwachsenenbereich wie auch im Jugendbereich und auch für spezielle hervorragende Leistungen. Da habe man eine „Cagnotte“ zur Verfügung gestellt bekommen, wo

man dann verlege, je nachdem was da Außergewöhnliches geleistet werde. Es tue der Kommission natürlich auch leid, dass, mal Vereine wegfallen, wie das im Augenblick mit der „Heemecht“ sei. Das sei trotzdem ein Verein, der vor kurzer Zeit seine 100 Jahre gefeiert habe und in diesem Jahr leider nicht mehr auf der Liste stehe. Man hoffe, dass da trotzdem irgendwann wieder einmal etwas aufkomme, so dass man die dann wieder mit hinzunehmen könne. Ansonsten sei man wirklich froh - man sehe auch die Entwicklung - dass in den Vereinen viel geschehe. Man sei auch durch die Formulare, die man verschicke, immer auf dem letzten Stande, was die Komitees usw. anbelange. Auch das sei wichtig zu haben. Man hoffe natürlich, dass die Lizenzen und die Mitglieder in den Vereinen noch immer zunehmen, aber leider sehe man, dass das nicht so zunehme wie die Bevölkerung hier in Rümelingen wachse. Da hoffe man, dass man noch mehr Leute bekomme, die neu hier in Rümelingen hinzuziehen, eben durch die „Journée de bienvenue“, die veranstaltet werde. Es wäre schön, wenn noch mehr Leute sich in einem Verein engagieren würden, denn ihrer Meinung nach sei das noch immer die beste Möglichkeit, um sich zu integrieren, ins Leben einer Stadt oder dort, wo man neu hinzukomme.

Sie wünsche sich, dass das in dem Sinne auch so weitergehe. Man sei endlich auf dem Punkt angekommen, wo das mehr oder weniger respektiert werde, was bei diesen Schlüsseln herauskomme und dass das eben auf- oder abgerundet werde. Sie hoffe, dass man in dem Sinne weiterarbeiten könne.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihr für diese Erklärungen und die gute Arbeit der Sport- und Kulturkommission. Er möchte wissen, ob es da Fragen oder Stellungnahmen gebe.

Rat André Theisen erinnert daran, dass seine Partei beim Budget darauf hingewiesen habe, ebenfalls in der Sitzung vom 2. Februar, weshalb die Vereinssubsidien für 2015 nicht votiert worden seien. Er wisse, dass Madame Marx als Präsidentin mit ihrer Kommission ihre Arbeit beizeiten abgeschlossen hatte. Die Vereine stellten ihr Budget auf, denn man sei oft in den Generalversammlungen der Vereine dabei gewesen und da wisse man, dass die Subsidien der Gemeinde einen wesentlichen Faktor in ihren Konten spielten. Sie konnten aber nicht den richtigen Betrag von 2015 eintragen. Unsere Vereine seien auf dieses Geld angewiesen. Er möchte wissen, welches die Ursachen dieser Verspätung seien, denn es gebe keine wesentlichen Änderungen von diesem Jahr im Vergleich zum Jahr 2014. In dem Jahr seien 27.885 Euro ausbezahlt worden und 2015 seien es 27.440 Euro, die man hier vorliegen habe, um zu genehmigen. Er fragt, ob das gerecht gegenüber den Vereinen sei, denn er meine, man habe in unseren Vereinen, wie man das in den Generalversammlungen alle mitbekommen habe, sehr oft Vereine, die finanziell gesehen, nicht so solide da stehen würden und froh seien, wenn das Subsid beizeiten eintreffe.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm. Er habe auch erklärt gehabt, dass man noch mit Madame Marx Gespräche hatte,

um erklärt zu bekommen, was die Sport- und Kulturkommission ausgearbeitet hatte. Das habe man auch schon länger, das stimme. Er denke, dass die Vereine nicht so schlecht da stehen, dass, wenn sie bis April ihr Subsid noch nicht bekamen, nicht mehr arbeiten könnten. Man habe grosso modo das festgehalten, außer ein paar Anpassungen nach unten oder nach oben, wie die Sport- und Kulturkommission das ausgerechnet habe. Die einzige große Ausnahme, sei, wie gesagt, die „Chorale Heemecht“, die nicht mehr da sei. Da habe auch die Sport- und Kulturkommission bereits eine Null eingesetzt. Die andere Ausnahme sei, dass man den Betrag wieder auf 125 Euro gesetzt habe, wenn er darunter gelegen habe. Dann komme noch die Union sportive, die laut Berechnung der Sport- und Kulturkommission noch etwas mehr bekommen hätte, als das was man eingesetzt habe. Man sei aber der Meinung gewesen, dass, mit all dem, was man in den vergangenen Jahren im Stadtpark investiert habe, auch wenn das nicht sofort etwas mit dem Subsid zu tun habe, dass vielleicht hier gegenüber den anderen etwas weniger herauskommen sollte. Die würden dann von 2.100 auf 2.300 angehoben anstatt auf 2.900 Euro anzuheben wie die Sport- und Kulturkommission das vorgeschlagen hatte. Jetzt votiere man das und dann könnten die Vereine ihr Subsid erhalten.

Rat Edmond Peiffer erklärt, seine Frage gehe dahin, dass ihm bei den ordentlichen Subsidien aufgefallen sei, dass eine Reihe Vereine weniger an Subsid erhalten haben als das 2014 noch der Fall war. Er wolle fragen, nach welchen Kriterien das bestimmt werde, wenn ein Verein seine Subsidien gekürzt bekomme. Durch die Erklärungen, die vorhin vorgebracht wurden, sei seine Frage bereits ganz beantwortet. Er danke.

Bürgermeister Henri Haine dankt Rat Peiffer. Das habe man bereits seit einer Reihe von Jahren, wenn man nicht beschließe die gesamte Liste anzuheben, das mache man allerdings nicht jedes Jahr. Ab und zu werde das angehoben. Das seien halt immer 10% gewesen und auch wenn man das mache, gebe es immer Vereine, die weniger und andere die mehr erhalten, weil man nach den Kriterien, die die Sport- und Kulturkommission ausgearbeitet habe, verfare. Jetzt werde eben von Jahr zu Jahr geschaut, welches die einzelnen Aktivitäten und die Resultate waren. Madame Marx habe außerdem die Jugendarbeit und so weiter und so fort erwähnt. Zum Beispiel gebe es auch Vereine, die keine Jugendarbeit mehr machten, weil sie keine Sektionen mehr zusammen bekämen oder sie kämen nicht zu den Aktivitäten der Gemeinde. Das sei doch auch ein wichtiger Aspekt, den die Sport- und Kulturkommission auch immer begutachte, ob der Verein die Gemeinde auch unterstütze. Dann selbstverständlich auch die sportlichen Resultate. Wenn man 10 Mal hintereinander Champion von Luxemburg war und auf einmal nicht und man nehme ab, dann bekomme man wahrscheinlich etwas weniger an Subsid, nehme er halt mal an.

Rat Gérard Jeitz tut dar, dass man die Subsidien im vergangenen Jahr im März bekommen habe.

Rat André Theisen unterbricht ihn mit dem Hinweis, dass sie beim Budget votiert wurden.

Rat Gérard Jeitz wiederholt, dass man die Subsidien jedes Mal im März von der Gemeinde überwiesen bekommen habe. Wenn sie heute votiert werden und danach überwiesen werden, dann sei das 10 Tage später als sonst.

Rat André Theisen wiederholt, die Subsidien seien beim Budget votiert worden. Er rede davon, wann votiert werde. Das sei für ihn wesentlich.

Rat Gérard Jeitz flieht ein, dass es für die Vereine wichtiger sei, wann sie ausbezahlt würden.

Rat André Theisen bemerkt, dass das Ausbezahlen etwas mit der Gemeindekasse zu tun habe. Das sei etwas anders. Das habe mit der Zahlungsanweisung zu tun. Aber das andere, man habe sie hier votiert. Er habe noch nie gesehen, dass Vereinssubsidien so spät votiert wurden.

Rat Gérard Jeitz antwortet an Bürgermeister Haine gerichtet, dass man das jetzt mache.

Bürgermeister Henri Haine bemerkt, man innoviere. Die Vereine bekämen auf jeden Fall ihr Subsid. Dann würden die Vereine ihre Subsidien jetzt Ende April anstatt Ende März erhalten.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die ordentlichen Subsidien für die lokalen Vereinigungen.**

Rat Jean Copette möchte wissen, ob beim Votum des Subsid der «Harmonie municipale» der Präsident den Saal nicht verlassen müsse.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, das habe nichts damit zu tun.

Rat Jean Copette bemerkt, es sei doch die Musikgesellschaft, die dieses Subsid erhalte.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, der habe doch auch jedes Jahr die Subsidien mitvotiert. Der Präsident des Fußballvereins habe doch auch die Subsidien mitvotiert. Das habe nichts mit dem Gemeindegesetz zu tun. Davon abgesehen könne man jetzt sagen, dass man die beiden Subsidien mit den normalen Subsidien mitvotiert habe. Man könne das aber jetzt auch mit einem 2. Votum genehmige und dann schlage er vor, die beiden außergewöhnlichen Subsidien miteinander zu votieren.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die außerordentlichen Subsidien von jeweils 2.500 Euro für die «Harmonie municipale» und den «Tennis Club Rémeleng-Keeldall».**

PUNKT 4 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung eines außerordentlichen Subsidis für humanitäre Zwecke (Besprechung und Beschlussfassung)

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig genehmigt der Gemeinderat dieses Subsidium in Höhe von 2.500 Euro an die Vereinigung „Catch a Smile a.s.b.l.“ für ihre Hilfe an Flüchtlinge.



Firwat "Catch a Smile"?

Et ass genau dat wat d'Mënschen op hire villen Etappe vun de private Volontäre kréien. Nieft Kleeder, lessen a Gedrenks ass et ebe virun allem e "Laachen" dat dëse Mënsche gutt deet. E kleng Geste vu Mënschlechkeet deen näischt kascht, awer enorm wäertvoll ass.

Mir wëllen:

Weider sou dacks wéi méiglech en Hëllefssconvoi op déi néideg Plazen organiséieren a mat Ärer Hëllef ëmmer rëm d'Refugiéen ënnerstëtzen. Sou hunn och nei Volontäre d'Méiglechkeet eng Hand mat unzepaken a sech selwer e Bild vun der Situatioun op deene jeeweilege Plazen ze maachen.

Eis Ideologie:

Mënschen, déi aus wéi enger Ursaach och ëmmer, müssen aus hirer Heemecht flüchten, sinn op Hëllef vu Friemen ugewisen.

A genau déi Hëllef wëlle mir schenken... mir hunn d'Chance n an der Situatioun ze sinn dëst kënnen ze maachen.

Eis Aktivitéiten:

- Hëllefssconvoi an de Balkan/Griichenland
- Hëllefssconvoi op Calais/Duinkerq
- Sammele vu Geld- a Sachspenden
- Informatioun a Sensibilisatioun

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man dann zu dem Subsid für humanitäre Zwecke komme. Da habe man 2.500 Euro für die Vereinigung „Catch a smile“. Das sei eine relativ junge Vereinigung, die aber seit November auch relativ bekannt in den Medien geworden sei, weil sie vor Ort in den Regionen, wo relativ katastrophale Situationen seien, z. B. in Calais, Dunkerque, aber auch in Idomeni. Sie seien auch bereits im Balkan tätig gewesen und man habe sie sicherlich schon im Fernsehen gesehen, respektive in den Zeitungen Reportagen von ihnen gesehen, vielleicht auch im Internet oder auf Facebook, und so weiter und so fort. Man sei auch als Gemeinde Rümelingen angesprochen worden, ob man sie unterstützen wolle. Man habe bereits 2 Mal eine „Camionnette“ zur Verfügung gestellt, um damit in den Einsatz zu fahren. Sie seien einmal nach Calais damit gefahren und einmal nach Dunkerque. Die Autos seien auch immer ganz zurückgekommen, meint Bürgermeister lachend. Das sei auch von relativ jungen Leuten organisiert worden und rundherum kämen immer mehr Freiwillige, um da anzupacken. Wenn man die gesamte Lage in diesen Ländern mit den Flüchtlingscamps sehe, dann meine er, dass das eine gute Angelegenheit sei, wenn man so viele Freiwillige habe, die sich in diese Orte begeben, um den Leuten, wie sie hier schreiben auch ein Lachen zu geben, sowie eine Hilfe in ihrem nicht gerade schönen Alltag, um sich in diesen Camps doch irgendwie zurechtzufinden. Sie führten auch immer Material in diese Camps und da habe man beschlossen, dem Gemeinderat vorzuschlagen, auch hier ein Subsid in Höhe von 2.500 Euro zu gewähren.

Rat André Theisen fragt Bürgermeister Haine, ob jemand einen von dieser Vereinigung kenne, denn wenn man ihnen eine „Camionnette“ zur Verfügung stelle, nehme er an, dass der Schöffenrat diese Vereinigung kenne. Es sei zu begrüßen, wenn Freiwillige sich in den Dienst von Leuten einsetzen, die Hilfe brauchen. Er meine, man sollte aber die Vereinigungen, die Erfahrung auf dem Gebiet haben, nicht vergessen. Er meine, man gebe hier 2.500 Euro. Er habe hier einen Artikel vorliegen. 430 Schulkinder aus Roodt/Syr hätten 6.600 Euro gesammelt für „Catch a smile“, was er begrüße. Es stehe da, dass 9 Freiwillige sich da eingesetzt haben. Er hoffe aber, dass diese Vereinigung noch größer werde, denn mit 9 Freiwilligen könne man sich fragen, ob das eine lange Lebensdauer habe. Selbstverständlich sei seine Partei bereit für alle freiwilligen Helfer und auch für Leute, die Hilfe brauchen.

Bürgermeister Henri Haine wiederholt, es sei eine relativ neue Vereinigung und die habe die Sympathie des Schöffenrates, denn sie arbeite mit sehr wenig Leuten und setze sehr große Energien frei und rund herum könne sie auch immer wieder sehr viele Leute mobilisieren, um ihnen zu helfen. Letzt-hin habe er noch auf Facebook gesehen, er wisse jetzt nicht mehr, wo das war, wo Kisten verpackt wurden, um wieder nach Idomeni zu fahren. Sie würden mit Lastwagen und „Camionnettes“ dorthin fahren. Es seien wirklich sehr spontane Aktionen, die sie unternehmen würden und er denke, dass es

wirklich schön sei, wenn man sehe, dass auch von Luxemburg aus, junge Leute, und manchmal seien auch weniger junge Leute dabei, die ihnen helfen, dorthin zu fahren und vor Ort den Leuten in Not zu helfen, Zelte aufzurichten, Decken zu verteilen, usw. Sie fragten auch immer das, was die Leute vor Ort wirklich benötigten. Es werde nicht gleich was, mit dorthin genommen. Er selber finde das sehr schön, dass wirklich dort eine solche große Welle von Sympathie entstehe wie eben dort in den Schulen. Sie hätten dem Schöffenrat auch gesagt, sie wären bereit hierhin zu kommen. Selbstverständlich lade man sie ein und sie würden auch hier in die Schule kommen, um den Kindern, den Schulklassen zu erklären, was sie machen. Es sei wirklich schön, wie die sich einsetzten, das müsse er wirklich sagen, als neue kleine Vereinigung. Da sehe man aber auch, was junge Leute auf die Beine stellen könnten, wenn sie wirklich helfen wollen. Wenn sonst kein Kommentar mehr vorliege, könne man darüber abstimmen.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat dieses Subsid in Höhe von 2.500 Euro an die Vereinigung „Catch a Smile a.s.b.l.“ für ihre Hilfe an Flüchtlinge.**

PUNKT 5 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung eines Verkaufskompromisses (Besprechung und Beschlussfassung)

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig mit 10 Stimmen (Rat Marco Heil [LSAP] nahm nicht am Votum teil) genehmigt der Gemeinderat den Verkaufskompromiss betreffend eine Immobilie auf Nummer 3 in der Escher Straße.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine weist darauf hin, dass man dem Gemeinderat regelmäßig vorschlage, Gebäude zu erwerben, weil man der Meinung sei, dass das im Sinne der Gemeinde sei. Er denke, dass bei diesem Verkaufskompromiss nach den letzten Diskussionen, die man hatte, gar kein Problem mehr sein dürfe, da man hier doch wiederum die Gelegenheit bekomme – es sei das Haus Nummer 3 in der Escher Straße, sofort neben dem Kulturzentrum – dieses Haus zu kaufen. Jeder wisse, dass man auch das Haus auf Nummer 5, gleich nebenan erworben habe. Früher hatte man einmal diesen Schuppen erworben, der bereits abgerissen sei, und er denke, dass es wirklich richtig und sinnvoll sei, wenn man auch dieses Haus hier erwerbe, um dann wirklich rundum das gesamte Viertel die Abänderungen, die man mit dem PAP votiert habe, umzusetzen. Man habe jetzt keine großartigen Gutachten hierbei liegen. Die Gespräche, die man mit dem Besitzer geführt habe, hätten sich um die 380.000 Euro bewegt. Auch unser technischer Dienst sei der Meinung gewesen, dass man da zugreifen sollte. Deshalb liege nun dieser Verkaufskompromiss vor.

Rat André Theisen weist darauf hin, dass, als das Haus Krantz auf Nummer 5 erworben wurde, seine Partei darauf aufmerksam gemacht habe, dass das nur Sinn mache, wenn man das Haus auf Nummer 3 in der Escher Straße ebenfalls kaufe. Man stelle sich die Frage, was man als Gemeinde mit all den alten Häusern mache. Sie seien alle reparaturbedürftig. Er fragt, ob es nicht fast schon notwendig sei, das Kulturzentrum so bald wie möglich zuerst von unten bis oben zu renovieren. In all den Dokumenten stehe ein Satz „dans un but d'utilité publique“. Wenn dem so sei, wolle er wissen, ob man als Gemeindevertreter erfahren könne, zu welchem Zweck unsere Gemeinde in kurzer Zeit 4 alte Häuser gekauft habe, und das für insgesamt 2.050.000 Euro, denn man sei schließlich doch keine Immobilienagentur die Häuser aufkaufe, und wenn sie dann nicht gerade ins Konzept passten, wieder verkauft würden. Diese beiden Häuser auf Nummer 5 und auf Nummer 3 raienen an unser Kulturzentrum und seine Partei sei der Meinung, dass das der richtige Weg sei, aber bei Nummer 5 sei dem nicht so, dass man gegen das Haus war, sondern das Haus auf Nummer 3 lag dazwischen. Jetzt habe man es hier als Verkaufskompromiss hier liegen. Er müsse aber hinterher reichen, dass man vorher immer bei jedem Haus eine Berechnung von unserem technischen Büro dabei hatte, was jetzt hier nicht dabei sei. Er nehme aber an, dass das der Preis sei. Es seien nur 1,60 Ar. Er wisse, dass kein Beton in dem Haus sei. Dafür sei es einfach, es stoße sofort an das Kulturzentrum, und deshalb gebe man den „Aval“, das zu kaufen.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm und mehr wolle er nicht dazu sagen. Es sei aus einem „but d'utilité publique“, wo man das kaufe. Vorhin habe Rat Theisen auch richtig gesagt, dass es nur sinnvoll sei, wenn man dieses Haus hier bekomme. Man habe kein Gutachten des technischen Dienstes dabei, weil der Preis derjenige sei, der genannt wurde und an dem man nicht vorbeigekommen sei. Es seien auch noch andere Interessenten da gewesen und es sei ein bisschen „à prendre ou à laisser“ gewesen. Hier ergebe sich wirklich die Gelegenheit, das zu machen, damit man dort auch in Zukunft rund herum planen könne. Es gehe jetzt nicht um das Kulturzentrum, es gehe jetzt einfach darum, um dieses Haus zu kaufen und dann die notwendigen Planungen wie man sie auch bei der Abänderung des PAP votiert habe, zu machen. Somit könne man darüber abstimmen.

**** Einstimmig mit 10 Stimmen (Rat Marco Heil [LSAP] nahm nicht am Votum teil) genehmigt der Gemeinderat den Verkaufskompromiss betreffend die Immobilie auf Nummer 3 in der Escher Straße.**

PUNKT 6 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung von Mietverträgen (Besprechung und Beschlussfassung)

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die 7 vorliegenden Mietverträge mit

- a) Herrn José Vieira de Barros (Grundstück auf Hutberg);
- b) Herrn Edmond Peiffer und Madame Chantal Louis (Appartement auf Nummer 5 in der Escher Straße);
- c) Herrn Robert Peiffer (Appartement auf Nummer 5 in der Escher Straße);
- d) Madame Suzanne Kremer (Appartement auf Nummer 87 in der Großstraße);
- e) Herrn Walter Slaby (Appartement auf Nummer 87 in der Großstraße);
- f) Madame Véronique Kemp (Zimmer im Hotel Penning);
- g) Herrn Joe Handschoewercker (Zimmer im Hotel Penning).

Am Votum der Mietverträge unter b) und c) nahm Rat Peiffer nicht teil.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine tut dar, dass in der Folge von dem, was man alles gemacht habe, jetzt auch die Mietverträge mit den Leuten vorliegen, die in den erworbenen Häusern wohnen, im Besonderen das Haus auf Nummer 5 in der Escher Straße und das Haus auf Nummer 87 in der Großstraße. Man habe auch noch den Mietvertrag von einer kleinen Parzelle in der Friedhofstraße, die auch bereits seit den 80er Jahren vermietet war und wo jetzt ein neuer Besitzer gefragt habe, um diese Parzelle mieten zu können. Dann habe man noch die Verlängerung der Mietverträge für 2 Zimmer im ehemaligen Hotel Penning. Das sei jetzt viel auf einmal. Es sei dem jetzt effektiv so, dass bei diesen Mietverträgen eine Person hier im Gemeinderat sei, die bei 2 Kontrakten nicht mitstimmen könne. Die nehme man dann hinter den anderen, würde er, Bürgermeister Haine, mal vorschlagen.

Dann werde man jetzt all die anderen Angelegenheiten vorziehen, zuerst einmal das Haus auf 87 in der Großstraße. Er habe nicht viel dazu zu sagen. Man habe eigentlich, um den Leuten entgegenzukommen, die bereits seit 2011 diese Miete bezahlen, den gleichen Betrag weiter so festgehalten. Es sei dem auch so, dass im Haus 87 in der Großstraße, was für ihn immer Kreuzstraße gewesen sei – das sei das Eckhaus – dass man das aus verkehrstechnischen Gründen kaufen würde falls dort einmal Abänderungen rund um diese Kreuzung kommen. Da gebe es auch verschiedene Mieter, die keinen eigenen Zähler hätten. Man müsse das alles vom technischen Dienst überprüfen lassen. Deshalb schlage man hier vor, mit der Miete fortzufahren wie sie vorher war. Der gesamte Verbrauch solle von der Gemeinde in den nächsten Monaten ausgewertet werden und dann, wenn dort alles klar sei, werde man für nächstes

Jahr einen neuen Vorschlag machen. Sowieso müsse man, normalerweise in den sozialen Wohnungen, die man habe, auch jedes Jahr die Leute immer wieder fragen, ihre Lohnverhältnisse mitzuteilen, weil die Miete immer neu berechnet werde.

Das erkläre dann auch die Unterschiede von diesen Mietverträgen mit denen auf Nummer 5 in der Escher Straße, wo die Leute Vorauszahlungen neben der Miete bezahlen. Es sei dann auch die Miete, die sie bisher zahlten. Nächstes Jahr könne man dann seiner Meinung nach mit all dem anderen diese Mieten nochmals überprüfen, wenn man dann auch den Verbrauch der einzelnen Leute aus dem Hause kenne, wo nicht jeder seinen Zähler habe. Es sei dem auch so, dass unten eine Familie wohne, die bis jetzt noch nicht unterschrieben habe. Dieser Mietvertrag liege noch nicht im Dossier. Man könne den Leuten nur raten, zu unterschreiben.

Rat André Theisen möchte wissen, wo das sei.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, es sei im Eckhaus, wo früher unten die Tankstelle war.

Rat André Theisen möchte da folgende Fragen stellen. Er meine, um dort in das Lokal hineinzukommen, da müsse man nebenan – er fragt, ob es da eine Konvention gebe – hineingehen, dort neben dem Restaurant, das abgebrannt war, und dieser Eingang gehöre doch aber zu dem Appartementhaus. Er möchte wissen, ob da ein neuer Eingang gemacht werden müsse, denn man könne doch nicht durch das Haus des anderen gehen.

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen, was er darunter verstehe, dass man durch das Haus des anderen gehen müsse.

Rat André Theisen erklärt, dass man daneben den Eingang habe und der gehöre zum Appartementhaus. Das gehöre doch nicht zur Nummer 87 Großstraße.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt ihm, dass der Eingang zum Appartementhaus und der Eingang für diese Wohnung identisch seien. Da gebe es eine Servitude. Das sei eigentlich noch immer so gewesen.

Rat André Theisen legt dar, er rate dem Schöfferrat, das zu überprüfen, um den Streitereien aus dem Wege zu gehen, dass das separat werde, dass das ein neuer Eingang werde oder...

Bürgermeister Henri Haine erklärt ihm, dass es bei diesem Haus eher so sei, dass man hier an dieser Ecke als Gemeinde ein Mitspracherecht behalten wolle und nicht dass ein Promotor die ganze Reihe dieser alten Häuser aufkaufe, um dann einen Klotz zu errichten. Es sei aber auch eher aus verkehrstechnischen Gründen erworben worden, damit dort ein „Recul“ (größerer Abstand zur Großstraße) gemacht werde, wenn dort später neu gebaut werde. Man hatte eigentlich nicht vor, in diesem Haus viel zu investieren. Man müsse nur das noch mit dem Verbrauch überprüfen und wenn einige Angelegenheiten

erneuert werden müssen, werde sich das auf dem strikten Minimum bewegen.

Rat André Theisen möchte noch etwas zu den Mietverträgen sagen. Sie seien nicht datiert. Der Vertrag betreffend den Garten sei datiert und alle anderen Verträge würden kein Datum tragen. Er wolle aber auch da darauf aufmerksam machen, dass die ab 1. Februar 2016 laufen. Am 2. Februar habe man hier in der Gemeinderatssitzung erst die notariellen Akten votiert. Demnach sei das am Tag vorher, ehe die Akten genehmigt wurden und da mussten sie doch auch noch gemacht werden. Er will wissen, wie das möglich sei, dass die Mietverträge ab dem 1. Februar laufen.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass man die Mietverträge ab dem Monat gemacht habe, wo man auch die Akten votiert habe. Man sei doch Besitzer dieser Häuser geworden.

Rat André Theisen unterbricht ihn mit dem Hinweis, dass das erst ab dem Augenblick sei, wo die Akte unterschrieben sei, eher nicht. Man hatte die Akte noch nicht unterschrieben, denn man hatte die Akte am 2. Februar im Gemeinderat.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, dass man aber vorher bereits mit den Eigentümern unterschrieben hatte und ab dem Tag, darf man auch die Miete einnehmen. Man sei ab Februar Besitzer dieser Häuser. Man habe auch Versicherungen ab diesem Datum gemacht. Ab dem Monat habe man auch die Schlüssel bekommen. Man habe dadurch auch indirekt, auch für die Leute, die dort wohnten, die Kontrakte gleich ab dem Datum gemacht, denn sonst hätten die doch keinen Mietvertrag gehabt.

Rat André Theisen meint, die hätten einen Mietvertrag gehabt. Man sei solange Besitzer wie die Akte noch nicht unterschrieben sei und dann trete der neue Eigentümer in Kraft. Das sei eine ganz normale Prozedur.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass man die doch jetzt gemacht habe.

Rat André Theisen verneint dies. Man habe die Akten erst hier am 2. Februar votiert, also hätten die Mieter doch danach erst unterschreiben können, oder sie hätten vielleicht schon vorher unterschrieben. Dann habe man die Akte hier vorgelegt bekommen, um die zu genehmigen. Der frühere Gemeinderat und Deputierte pflegte immer zu sagen, dass das dann „moutarde après dîner“ gewesen sei.

Bürgermeister Henri Haine weist darauf hin, dass es mit dem Mietvertrag ebenfalls so sei, denn ab dem Zeitpunkt, wo man den unterschreibe, sei der noch nicht unbedingt im Gemeinderat. Der komme erst nachträglich in den Gemeinderat. Man könne ihn auch vorher in den Gemeinderat bringen, wenn man schon unterschrieben habe respektive wenn die Texte bereits fertig seien. Er meine aber sagen zu können, dass der Mietvertrag ab dem Augenblick laufe, wo die Gemeinde Eigentümer der Häuser geworden sei.

Rat André Theisen möchte wissen, weshalb er denn nicht datiert sei.

Bürgermeister Henri Haine fragt den diensttuenden Gemeindesekretär, weshalb das nicht datiert sei.

Gemeindebeamte Yves Noesen weist darauf hin, da gebe es gewisse Fristen und die müssten innerhalb einer gewissen Zeit eingeschickt werden. Wenn er länger als 10 Tage datiert sei, seien normalerweise Strafen vorgesehen. Die Akten müssten aufs „Enregistrement“ geschickt werden.

Rat André Theisen wiederholt, dass sie aber datiert sein müssten.

Gemeindebeamte Yves Noesen stimmt dem zu, aber wenn sie zu lange datiert seien, seien Strafen da vorgesehen, wenn das nicht innerhalb von 10 Tagen sei.

Bürgermeister Henri Haine bemerkt, Rat Theisen sei nicht damit einverstanden.

Rat André Theisen tut dar, damit sei er auch nicht einverstanden. Ein Mietvertrag, der hier votiert werde, der solle datiert sein. Der vorher, der sei auf den 2. März datiert, aber das sei nur der Garten. Dann nehme er die anderen hier, diese „Avenants“, die seien auf den 1. Februar datiert und die anderen würden kein Datum tragen. Das sei die Frage.

Bürgermeister Henri Haine weist ihn darauf hin, dass das in jeder Ratssitzung so sei. Wenn man sie datiere, dann sage er, Rat Theisen, das Datum stimme nicht, und...

Rat André Theisen unterbricht ihn, dass er jetzt nicht mit Angelegenheiten daherkomme. Er wisse schon...

Schöffin Viviane Biasini findet, das sei schon ermüdend.

Rat André Theisen meint, das sei vielleicht ermüdend, aber bei solchen Angelegenheiten sei dem so.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, er frage jetzt einen Stempel von Herrn Noesen, damit er immer sofort stempelte, wenn er unterschreibe. Er möchte wissen, ob man nun im Allgemeinen mit diesen Mietverträgen einverstanden sei, unabhängig vom Datum, ob das darauf sei oder nicht. Er möchte wissen, ob er über den Mietvertrag der Großstraße abstimmen könne.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die Mietverträge mit Madame Suzanne Kremer (Appartement auf Nummer 87 in der Großstraße) und Herrn Walter Slaby (Appartement auf Nummer 87 in der Großstraße);**

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass man dann zu der Parzelle in der Friedhofstraße komme.

Rat Jean Copette legt dar, er sei froh, dass man auch für solch kleine Parzellen Mietverträge mache, denn er sage das doch bereits seit ein paar Jahren, dass die Gemeinde Pachtverträge dafür machen oder sie verkaufen sollte, um klarzustellen, wenn Eigentümer Gemeindegrundstücke benutzen. Er sei froh, dass das jetzt halt mal gemacht werde.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass es sich wirklich nur um eine kleine Parzelle handele, für die man bereits seit Jahren einen Mietvertrag mit einer anderen Familie hatte. Er möchte wissen, ob man darüber abstimmen könne. Es gehe um 50 Euro pro Jahr.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat den Mietvertrag mit Herrn José Vieira de Barros (Grundstück auf Hutberg).**

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man dann die beiden Zusatzverträge für eine Verlängerung des bestehenden Mietvertrages zu genehmigen habe. Irgendwann werde man wohl einmal einen definitiven Mietvertrag hier genehmigen, aber es gehe darum, diesen Leuten zu helfen.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die Zusatzverträge zu den bestehenden Mietverträgen mit**
a) Madame Véronique Kemp (Zimmer im Hotel Penning);
b) Herrn Joe Handtschoewercker (Zimmer im Hotel Penning).

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass es sich hier um die Mietverträge im Hause Krantz handele, über das man vorhin geredet habe. Er bittet Rat Peiffer darum, den Saal zu verlassen. Man habe die Mieten auch so wie sie waren übernommen mit den Vorauszahlungen, die die Mieter seit 2011 bezahlt haben. Man schlage dann vor, das im nächsten Jahr mit all den anderen Mieten nochmals zu überprüfen.

Rat André Theisen weist darauf hin, dass es da noch ein drittes Appartement gebe.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, dass das leer stehe. Der Mieter der da auszog, scheine entweder die Gemeinde oder den vorigen Besitzer nicht gerne gehabt zu haben, denn dort sei ziemlich viel kaputt.

Rat André Theisen möchte wissen, wie es um die Garagen stehe.

Schöffe Guy Kirsch erklärt, dass, wenn man von hinten hereinfahre, auf der rechten Seite 2 Garagen seien, die einmal beigebaut wurden und die von den Herren Peiffer benutzt werden. Dann sei dahinter noch ein Schuppen und links sei hinzugebaut worden. Darin seien noch Angelegenheiten abgelagert, die Herr Krantz Junior dort stehen hatte. Der leere diese Garage und dann sei die noch frei. Allerdings habe Herr Peiffer gefragt, um die zu bekommen.

D'GEMENG RËMELENG - LA COMMUNE DE RUMELANGE

01. DE GEMENGEROT - LE CONSEIL COMMUNAL

HAINE Henri, Buergermeeschter
BIASINI Viviane, Schächin
KIRSCH Guy, Schächin
THEISEN André, Conseiller
HEIL Marco, Conseiller
MARX Carole, Conseillère
ZECHES Kevin, Conseiller
JEITZ Gérard, Conseiller
COPETTE Jean, Conseiller
PEIFFER Edmond, Conseiller
LANG-LAUX Francine, Conseillère

02. D'SEKRETARIAT - LE SECRÉTARIAT

vacant, Gemengesekretär
NOESEN Yves, Fonctionnaire
WINCKEL Jérôme, Fonctionnaire
STEICHEN Norbert, Fonctionnaire
LOES Romain, Privatbeamten
ARENDE Boris, Préposé vum Populationsbüro
KIRSCH Régis, Fonctionnaire
BOEVER Jill, Fonctionnaire

03. D'GEMENGEKEESS - LA RECETTE COMMUNALE

WEBER François, Receveur
KOROGLANOGLU Paule, Fonctionnaire

04. DEN TECHNESCHEN DÉNGSCHT - LE SERVICE TECHNIQUE

WEISGERBER Frank, Préposé, industriels Ingenieur
BERTRAND Sandra, Fonctionnaire, industriels Ingenieur
LEBRUN Marie-Laurence, Fonctionnaire
MORBÉ Jérôme, Fonctionnaire, Émweltberoder

05. D'GEMENGENOARBECHTER - LES OUVRIERS COMMUNAUX

SERVICE - REGIE:

| | |
|----------------------------|--|
| Chef d'Equipe: | KRIER Gilbert |
| Handwierker: | KÜHLER Marc JUCHEMES Yves MORCINEK Sven WILHELM Kai |
| Gemengenoarbechter: | FERRERO Patrick FRANTZ Nicolas HEIL Robert KERSCHEN Serge MARX Patrick |
| Chauffeuren: | GUDENBURG Johny PASSERI Serge |

SERVICE - PARK:

| | |
|----------------------------|--|
| Handwierker: | DECKER Ramon |
| Gemengenoarbechter: | LAMBERT Fabien SANTIAGO David SBARRA Romain SCHOLTES Christian RICHTER Keven |
| Doudegriewer: | KERSCHEN Emile |

06. D'POMPJEEËN - SERVICE D'INCENDIE ET DE SAUVETAGE

RISSÉ Claude, Chef de service
KRIER Gilles, Chef de service Adjoint

07. FIESCHTER - GARDE-FORESTIER

SANNIPOLI Daniel, Fieschter, Chef vum Revéier Kayl

08. OPSIICHT AN ËNNERHALT VUN DE GEBAIER - SURVEILLANCE ET ENTRETIEN DES BÂTIMENTS

HUMBERT Armand, Concierge
BIEWERS-ZWANK Corinne
BODSON Jean-Luc
BODSON-PALAZZARI Nathalie
CARDOSO LEAL Maria Dalila
DEISKES Denise

FABER-ZIMMERMANN Colette
 GALES Sandra
 GEHLEN-BAMBERG Josiane
 HARDT Edmée
 HOFFMANN-MARTINS Maria
 HOSS-PHILIPPE-MOUREY Germaine
 KAYL-STAMMET Liette
 KAYSER Elvire
 KIRSCH-OANCEA Maria Camelia
 LEJEUNE Carole
 MILLER-PAOLUCCI Marie-Claire
 MURIC Enisa
 OÉ Jacqueline
 REINERS Jocelyne
 SANTIAGO-KNEIP Valérie
 SCHANK Marie-Claire
 SEGURA-PIZZAFERRI Diana
 SERVAIS-KRIER Tamara
 TONI-WELTER Sandra
 TROMBINI-DABÉ Karin
 WEBER-SPEIDEL Marie-Jeanne

09. D'POLICE - LA POLICE GRAND-DUCALE

Kommandant vum Kommissariat:

SCHROEDER Marc, Kommissär-Chef
 vun der Poliss Keeldall,
 MITTEN Romain, Inspekter-Chef
 THILTGEN Christian, Inspekter-Chef
 CHARLET Mandy, 1. Inspekter
 CHARLET Wesley, Inspekter
 VAEI Jérôme, Inspekter
 SAINTE-CROIX Anne, Inspekter
 ZIMMERMANN Sven, 1. Brigadier

10. D'RËMELENGER SCHOULEN - LES ÉCOLES DE RUMELANGE

a) Fréierzéiungsunterrecht - Éducation précoce

NOSBUSCH-OBERLINKELS Nathalie – Hallef Tâche, Spillschoulsjoffer
 a MALANO-TESSARO Carole, Surnuméraire, Hallef Tâche
 RICHARDY-ACHHAMMER Carole, Éducatrice
 DRUART Danny, Spillschoulsjoffer
 WEBER Astrid, Éducatrice

b) D'Spillschoul - Éducation préscolaire CYCLE 1 - TITULAIRES:

GASPAR Melanie – Cycles 1.1 et 1.2
 MARX Tessy – Cycles 1.1 et 1.2
 DIDIER Isabelle – Hallef Tâche – Cycles 1.1 et 1.2
 a WELTER Martine – Hallef Tâche – Cycles 1.1 et 1.2
 KRAWZYK Nathalie – Cycles 1.1 et 1.2
 ZWANK Nathalie, 75% Tâche – Cycles 1.1 et 1.2
 a WEBER Gaby, 25% Tâche – Cycles 1.1 et 1.2
 THILL Jessica – Cycles 1.1 et 1.2
 RIZZI Candide – Cycles 1.1 et 1.2
 KAUFFMANN Estelle – Cycles 1.1 et 1.2
 KIMMEL Sonja – Cycles 1.1 et 1.2

CYCLE 1 - AUTRES INTERVENANTS:

DONDELINGER Tammy, Surnuméraire
 MORRONI Sandra, Surnuméraire – Chargée de cours
 WEBER Gaby, 75% Tâche – Appui – Chargée de cours

c) Primärschoul - École primaire CYCLE 2 - TITULAIRES:

HERMES Martine – Cycle 2.1
 OSWALD Véronique – Cycle 2.1
 ZIRVES Michèle remplacée par LOSCH Séverine, chargée de cours – Cycle 2.1
 MOLINA Caroline – Cycle 2.1
 THOMMES Gisèle – Cycle 2.2
 SABBATUCCI Rachel – Cycle 2.2
 ZECHES Esther – Cycle 2.2
 STEFFEN Malou – Cycle 2.2
 BERNABEI Sandy a FABER Gaby, chargée de cours – Cycle 2.2

CYCLE 2 - AUTRES INTERVENANTS:

SCHANEN Ronald – Appui
 SEYWERT Isabelle, Chargée de cours
 KIRSCH-HEMMER Steffi, Hallef Tâche – Chargée de cours
 QUAGLIANI Delphine, 75% Tâche – Appui

CYCLE 3 - TITULAIRES:

FREYMANN André – Cycle 3.1
 BAUSCH Frank – Cycle 3.1 (rue J.P. Bausch)
 BERNARD Corinne – Cycle 3.1
 TINTINGER Laurence – Cycle 3.1
 KLEBER Kim – Cycle 3.1
 KEISER Lynn – Cycle 3.1
 STEFFEN Joël an DI GIAMBATTISTA Claudia – Cycle 3.2
 GOEDERT Max – Cycle 3.2 (rue J.P. Bausch)
 TINTINGER Manon – Cycle 3.2
 HARDY Atèle Leah a CORAZZOL Christian – Cycle 3.2
 PHILIPPE Lynn – Cycle 3.2
 ESCHETTE Jennifer – Cycle 3.2

CYCLE 3 - AUTRES INTERVENANTS:

KIGGEN Lynn – Chargée de cours
 THILL Sharon – Chargée de cours
 HERRIG Josée – Chargée de cours
 QUAGLIANI Delphine, 25% Tâche

CYCLE 4 - TITULAIRES:

MATHIAS Alain – Cycle 4.1
 MOHNEN Glenn – Cycle 4.1
 KÜHN Steve – Cycle 4.1
 LAROCHE Lynn – Cycle 4.1
 HOFFMANN Georges – Cycle 4.1
 HILBERT Marianne – Cycle 4.2
 WILTGEN Anne-Marie – Cycle 4.2
 JUSTEN Yann – Cycle 4.2
 DAUPHIN Cheryl – Cycle 4.2

CYCLE 4 - AUTRES INTERVENANTS:

GOEBEL Anne
 DUPONT Sarah – Chargée de cours
 MORES Astrid – Chargée de cours

HORS-CYCLES:

LEICK Gwen – Förderzentrum C2
 KRIER Jessica – Förderzentrum C2
 COCARD Steve, Cours d'accueil – Chargé de cours
 THOMA Sacha, 50% Tâche – LRS-Projet (PRS) – Chargé de cours
 KONIECZNY Vanessa, 50% éducatrice remplacée – les 50% restants
 remplacés par KRIER Isabelle, chargée de cours

BIBLIOTHÈQUE:

FREYMANN André 4,5 heures
 BERNARD Corinne 4,5 heures
 RIZZI Candide 3 heures

d) Reliounsunterrecht - Enseignement religieux

DELCHAMBRE Myriam
 EMERINGER Diane
 HOUYOUX Carole
 DUPONT-ZIRVES Edmée

e) Schouldokteschdénsgscht - Service médical scolaire

MATTHEY DE L'ENDROIT-KRIER Mandy, Infirmière
 Dr. ANTON Patrice, Dokter
 Dr. SCHELINSKY Guy, Dokter
 Dr. THOMMES Ferd, Zännndokter

f) Comité des enseignants

STEFFEN Joël, President vum Komitee
 BAUSCH Frank
 DI GIAMBATTISTA Claudia
 GASPARD Melanie
 GOEDERT Max
 HERMES Martine
 KAUFFMANN Estelle
 LEICK Gwenn
 SABBATUCCI Rachel

ADMINISTRATION COMMUNALE -

HEURES D'OUVERTURE

Hôtel de Ville

Central Téléphonique

56 31 21 - 1

Collège échevinal

HAINE Henri, bourgmestre

56 31 21 – 201

BIASINI Viviane, échevin

56 31 21 – 202

KIRSCH Guy, échevin

56 31 21 – 203

Secrétariat (1^{er} étage)

Bureaux ouverts au public du lundi au vendredi
de 8.00 à 12.00 et de 13.00 à 17.00 heures

GALLO-HOLCHER Renée, secrétaire communale

56 31 21 – 204

NOESEN Yves, fonctionnaire

56 31 21 – 206

WINCKEL Jérôme, fonctionnaire

56 31 21 – 219

STEICHEN Norbert, fonctionnaire

56 31 21 – 205

LOES Romain, employé privé

56 31 21 – 218

Bureau de la population État-civil - Indigénat

Bureau ouvert au public du lundi au vendredi
de 8.00 à 12.00 et de 13.00 à 16.30 heures
le samedi et chaque deuxième jour férié de 10.30 à 11.30 heures
pour les déclarations de naissance et de décès

ARENDT Boris, préposé au bureau de la population

56 31 21 – 207

KIRSCH Régis, fonctionnaire

56 31 21 – 208

BOEVER Jill, fonctionnaire

56 31 21 – 200

Recette communale

Bureau ouvert au public du lundi au vendredi
de 9.00 à 12.00 et de 14.00 à 16.00 heures

Comptes: IBAN LU14 1111 0003 2130 0000 (CCPL)

IBAN LU30 0019 7601 0090 8000 (BCEE)

IBAN LU87 0030 0880 0560 0000 (BGLL)

IBAN LU42 0023 1420 0140 0000 (BILL)

WEBER François, receveur

56 31 21 – 209

KOROGLANOGLOU Paule, fonctionnaire

56 31 21 – 210

Service technique (2^e étage)

Bureau ouvert au public du lundi au vendredi
de 8.00 à 12.00 et de 13.00 à 17.00 heures

WEISGERBER Frank, préposé, ingénieur industriel

56 31 21 – 212

BERTRAND Sandra, fonctionnaire, ingénieur industriel

56 31 21 – 211

LEBRUN-Marie-Laurence, fonctionnaire

56 31 21 – 220

MORBÉ Jérôme, fonctionnaire, conseiller en écologie

56 31 21 – 231

Police Grand-Ducale
Commissariat de proximité
«Keeldall»
Rumelange - Tél.: 2 44 64 200
Kayl - Tél.: 2 44 63 200

Bureaux à Rumelange ouverts au public du lundi au vendredi
de 8.00 à 10.00 et de 16.00 à 18.00 heures

Bureaux à Kayl ouverts au public mardi matin et jeudi matin
de 8.15 à 10.15 heures

en dehors des heures de service:

Centre d'intervention d'Esch

Permanence

tél. 4 99 75 500

en cas d'urgence 113

Rat André Theisen weist darauf hin, dass aus der Akte nicht hervorgehe, dass da noch eine Garage dabei sei.

Schöffe Guy Kirsch weist darauf hin, dass die auf dem Katasterplan eingezeichnet seien.

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen, ob man nun über diese beiden Mietverträge abstimmen könne.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die beiden Mietverträge mit**

- a) **Herrn Edmond Peiffer und Madame Chantal Louis (Appartement auf Nummer 5 in der Escher Straße);**
- b) **Herrn Robert Peiffer (Appartement auf Nummer 5 in der Escher Straße).**

Bürgermeister Henri Haine bemerkt, man könne Herrn Peiffer wieder in den Saal bitten.

PUNKT 7 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung von Konventionen (Besprechung und Beschlussfassung)

Beschluss des Gemeinderates

Jeweils einstimmig genehmigt der Gemeinderat nachfolgende Konventionen mit

- a) dem Cent-Buttek (Schöffin Biasini nahm nicht an diesem Votum teil)
- b) „Office social“ Käl/Téiteng-Rümeleng 2016 (Rat Copette nahm nicht an diesem Votum teil).
- c) der Velo-Union Esch (die Räte Zeches und Copette nahmen nicht an diesem Votum teil).
- d) ArcelorMittal.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man hier wiederum einige Konventionen zu genehmigen habe. Vorerst habe man jene mit dem Cent-Buttek. Er erinnert daran, dass man bereits einmal ein kleineres Subsid in Höhe von 2.500 Euro gemacht habe. Mittlerweile sei der Cent-Buttek aus Bettemburg auch die soziale Épicerie unseres „Office social“ aus dem Kayltal. Es sei dem auch so, dass die Sozialhelferinnen die Leute gezielt dahin schickten. Da sei übrigens auch kein Datum auf der Konvention. Die Leute des Cent-Buttek seien an die Gemeinde herangetreten, weil die Leute, die direkt davon betroffen seien, er sage jetzt mal Düdelingen, Bettemburg, Roeser, Frisingen, Rümelingen und Kayl/Tetingen auch eine Konvention mit ihnen hätten, die dann für dieses Jahr laufe und normalerweise jedes Jahr erneuerbar sei, wenn sie nicht gekündigt werde. Es sei dem auch so, dass rund 10% der Kunden anscheinend aus Rümelingen kommen, 15% aus Kayl, so dass praktisch ein Viertel der Leute die dahin gehen, aus

den beiden Kayltal-Gemeinden kommen. Man hatte auch eine Unterredung mit den Kayler Kollegen auch noch über andere Punkte, wo die auch sagten, dass sie 5.000 Euro im Rahmen einer Konvention geben. Deshalb schlage der Schöfferrat vor, ebenfalls 5.000 Euro in der Konvention festzuhalten. Der Cent-Buttek lebe hauptsächlich von den Hilfen, die er von den Gemeinden bekomme, aber daneben bekomme er noch Spenden, usw. Er denke, angesichts der Tatsache, dass die Haushalte, die vom „Office social“ dahin kommen, auch sehr viel geholfen bekämen. Hier sei es anders als bei den sozialen Krämerläden von Caritas und Croix Rouge, weil man hier praktisch nichts zu bezahlen habe außer 2 Euro und dann bekomme man für diese 2 Euro alle Produkte, die man benötige, während in den anderen Läden noch eine Kleinigkeit pro Produkt bezahlt werden müsse. Deshalb würden eigentlich auch so viele Leute aus Rümelingen in den Cent-Buttek gehen. Das sei der Vorschlag des Schöfferrates. Es sei eine gute Angelegenheit und etwas, das man über den „Office social“ hinaus noch mache, was den Leuten zugutekomme.

Rat André Theisen betont, dass auch da die CSV darauf hingewiesen habe, ob es nicht notwendig wäre, um im Kayltal eine Épicerie mit sozialem Charakter zu machen. Deshalb begrüße die CSV diesen Schritt. Er möchte wissen, ob im Augenblick gewusst sei – Bürgermeister Haine habe es gesagt – wie viele Kunden aus Rümelingen vom „Office social“ Kayl/Rümelingen in den Cent-Buttek geschickt werden. Bürgermeister Haine habe gesagt, es seien 10%. Es sei gut, dass es solche Einrichtungen wie der Cent-Buttek oder die „Épicerie sociale“ gebe, wenn man bedenke, dass in unserem Lande 16% der Bürger an der Armutsgrenze liegen. Das sei eine traurige Tatsache. Man sollte ihm nicht böse sein, im Besonderen Madame Biasini, wenn er jetzt sage...

Schöffin Viviane Biasini antwortet ihm, sie sei ihm nicht böse. Sie wisse bereits, was wieder komme, es sei das Tüpfelchen...

Rat André Theisen fährt fort, dass Schöffe Kirsch auch nicht unterschrieben habe. Er sei da sicher in den Ferien gewesen.

Schöffe Guy Kirsch antwortet, es sei doch gleich, wer es war, aber 2 Unterschriften reichten.

Rat André Theisen fragt nach, denn er habe nicht verstanden.

Schöffe Guy Kirsch antwortet, es sei doch gleich, wo er gewesen sei, aber 2 Unterschriften reichten.

Rat André Theisen legt dar, er sei damit einverstanden, aber er sehe immer gerne Schöffe Kirschs Unterschrift darunter. Er sage dann aber nichts vom Datum. Deshalb sei Madame Biasini sicherlich ausgetreten.

Bürgermeister Henri Haine tut dar, er sei dabei zu überlegen, wie man das Datum immer darauf setzen solle. Zumindest laufe diese Konvention ab dem 1. Januar dieses Jahres und

sie laufe auch nächstes Jahr nach dem 1. Januar weiter, wenn man nicht zur Schlussfolgerung komme, dass man mit dieser Kooperation aufhöre, aber er glaube das wohl kaum. Dann könne man darüber abstimmen, wenn niemand mehr etwas zu sagen habe.

Rat Edmond Peiffer erklärt, die soziale Ungleichheit durch die antisoziale Politik unserer Regierung in den letzten Jahren habe sich stark vergrößert. Bis zu 17% der Leute hier in dem reichen Luxemburg seien oder würden unter der Armuts-grenze liegen, wobei die Preise der Lebensmittel, die man für den alltäglichen Gebrauch haben müsse, ansteigen, so dass sozialschwache Personen und Familien auf den Cent-Buttek angewiesen seien. Wie viele Leute es hier in Rümelingen seien, habe Bürgermeister Haine vorhin mitgeteilt. Deshalb sei die Konvention zwischen unserer Gemeinde und dem Cent-Buttek eine gute Angelegenheit und sie sei unterstützungswert. Er danke fürs Zuhören.

Bürgermeister Henri Haine dankt für die positive Stellungnahme, auch wenn es effektiv Leute betreffe, die nicht gut gestellt seien. Dies hier helfe ihnen dann noch zusätzlich. Demnach könne man jetzt zum Votum übergehen.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die Konvention mit dem Cent-Buttek.** (Schöffin Biasini nahm nicht an diesem Votum teil)

Bürgermeister Henri Haine legt dar, die nächste Konvention sei dann ein wenig das gleiche Thema. Es sei die Konvention die man jedes Jahr mit dem „Office social“ habe. Man habe im Dezember im Budget den Betrag festgehalten, den unsere Gemeinde theoretisch betreffe, bis man die definitive Jahresabschlussrechnung habe. Da sehe man ja auch, wenn man die Tabelle auf den letzten Seiten ansehe, was insgesamt das Total in Höhe von 397.351,21 Euro unseres „Office social“ hier im Kayltal ausmache, das man bekanntlich zusammen mit der Gemeinde Kayl habe und der Anteil, der vom Familienministerium übernommen werde, belaufe sich auf 219.975,60 Euro. Die andere Hälfte müsse dann von den beiden Gemeinden getragen werden. Das sei dann so aufgeteilt, wie das dann auch immer im „Office social“ festgehalten werde. Diesen Betrag habe man im Budget stehen. Er habe nicht mehr dazu zu sagen, außer dass die Ausgaben nicht abnehmen. Sodann könne man auch darüber abstimmen.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die Konvention 2016 mit dem „Office social“ Käl/Téiteng-Rëmeleng.** (Rat Copette nimmt nicht an diesem Votum teil).

Bürgermeister Henri Haine erläutert, dass man dann wie jedes Jahr – er hoffe das zumindest – die Konvention mit der Velo-Union Esch für die „Flèche du Sud“ habe. Dieses Jahr habe man wieder eine Etappenankunft. Es sei dies die 2. Etappe der 67. „Flèche du Sud“, die am 5. Mai hier in Rümelingen von Roeser ankomme und dann noch ein paar Runden hier um Rümelingen drehe. Das sei dann für 4.700 Euro. Er

hoffe, dass dann auch am 5. Mai jeder nach Rümelingen komme, um sich das anzusehen.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die Konvention mit der der Velo-Union Esch.** (Die Räte Zeches und Copette nehmen nicht an diesem Votum teil).

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass man dann noch eine Konvention habe. Er wisse nicht, ob er jetzt viel über die Person selber sagen solle. ArcelorMittal sei an die Gemeinde herantreten, weil in Bettemburg TrefilArbed geschlossen werde oder besser gesagt, das Werk sei schon geschlossen. Da habe die Firma sich an die Gemeinden gewandt, in denen Personen wohnen, die bei ihr arbeiteten, um diese Personen über „Prêt de main d'oeuvre“ in diesen Gemeinden unterzubringen. Das werde vom Ministerium unterstützt, aber das müsse jedes Jahr immer wieder neu angefragt werden und das sei jetzt „en cours de route“, wo die Gemeinde gefragt worden sei. Hier habe man dann den „Contrat de Prêt de main d'oeuvre“, der ab dem 1. Mai in Kraft treten solle. Man sehe auch, dass man vom Ministerium die Genehmigung erhalten habe, um dieses Jahr diesen „Prêt de main d'oeuvre“ zu machen. Es sei eine Person, die als Invalide eingestuft sei. Sie dürfe nicht mehr als 25 kg heben. Es sei dem auch so, dass ArcelorMittal dieser Person auch den Lohn garantiere und der Gemeinde nur die „Part patronale“ berechne, die bei 2.307,56 Euro im Monat liege.

Bürgermeister Haine meint, wenn man da helfen könne, solle man das machen. Er wisse auch, dass die Gemeinde Düdelingen eine Reihe ihrer Bürger, die dort arbeiteten, übernommen habe. Hier sei es nur eine Person, die in Frage komme, und da habe der Schöffenrat beschlossen, dem Gemeinderat das vorzuschlagen.

Rat André Theisen lässt sich von Bürgermeister Haine bestätigen, dass diese Person 40 Stunden in der Woche arbeiten müsse.

Bürgermeister Henri Haine erläutert ihm, dass er aber auch die Urlaubstage erhalte, die man hier in der Gemeinde habe. Es sei dem aber so, dass man die Urlaubstage nicht verrechnet bekomme.

Rätin Francine Lang-Laux möchte wissen, in welcher Mission dieser Herr Back hier in die Gemeinde komme.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, das habe man noch nicht definitiv beschlossen. Es sei dem aber auch so, dass man gemeint habe, es sei sinnvoll ihn beim Pförtner unterzubringen, weil das eine Aufgabe sei, wo man nicht unbedingt immer viel schleppen müsse. Es habe keinen Wert ihn in einen Graben zu setzen, wenn er keine schweren Lasten tragen dürfe. Es sei dem auch so, dass im Augenblick der Pförtner, weil er eben noch relativ neu im Amt sei und weil rundum das Gebäude im Augenblick auch viel geschehen sei, sogar schon manchmal Überstunden mache, so dass es da schon sinnvoll sei, dass er

da noch zusätzlich eine Person habe, die ihm in der Anfangsphase in seinem Beruf behilflich sein könne. Falls sonst keine Anmerkung mehr zu machen sei, könne man abstimmen.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die Konvention mit ArcelorMittal.**

PUNKT 8 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung des lokalen Aktionsplanes (PAL) des C.I.G.L. für das Geschäftsjahr 2016 (Besprechung und Beschlussfassung)

CIGL Rumelange asbl
19976101696

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig billigt der Gemeinderat den lokalen Aktionsplan 2016.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine tut dar, dieser nächste Punkt betreffe auch so eine Art Konvention. Es sei der lokale Aktionsplan unseres C.I.G.L.. Auch da habe er nicht allzu viel zu sagen. Seit 1997 habe man diesen C.I.G.L. hier in Rümelingen. Seit 2013 laufe der Betrieb als eigenständigen C.I.G.L., aber auch in sehr enger Zusammenarbeit mit dem C.I.G.L. aus Kayl, weil beide Gemeinden den gleichen „Agent communal“ in der

Budget global pour l'exercice 2016

Charges / dépenses

| Frais relatifs aux bénéficiaires | | Projets MTEESS | Autres activités |
|----------------------------------|--|------------------|------------------|
| 1 | Salaires + cotisations patronales des personnes encadrées | 824 788 | 0 |
| 2 | Autres frais relatifs aux bénéficiaires encadrées | 4 661 | 0 |
| | | 829 449 | 0 |
| Frais directs d'encadrement | | Projets MTEESS | Autres activités |
| 3 | <u>Personnel interne à la structure</u> Salaires + cotisations patronales | 316 306 | 0 |
| 4 | <u>Intervenants externes</u> Honoraires | 39 454 | 0 |
| | | 355 761 | 0 |
| Autres frais de fonctionnement | | Projets MTEESS | Autres activités |
| 5 | Achat de fournitures pour les besoins de l'encadrement | 53 744 | 0 |
| 6 | Frais relatif au matériel technique | 48 528 | 0 |
| 7 | Frais relatif au matériel de transport | 56 009 | 0 |
| 8 | Personnel administratif (refacturation partielle) | 243 384 | 0 |
| 9 | Autres frais de fonctionnement | 64 850 | 0 |
| | | 466 516 | 0 |
| Total des charges | | 1 651 725 | 0 |

Produits / recettes

| Recettes | | Projets MTEESS | Autres activités |
|----------|----------------------------------|----------------|------------------|
| 10 | Recettes provenant des activités | 152 657 | 0 |
| 11 | Subventions | 1 499 638 | 0 |
| | | 1 652 296 | 0 |

Person des Herrn Gerson haben. Man habe im Durchschnitt, wie jeder aus dem lokalen Aktionsplan ersehen könne, rund 40 Lohnempfänger bei unserem C.I.G.L. arbeiten, davon rund 30 „Bénéficiaires“ und die übrigen 10 seien Personen, die ein CDI haben, respektiv Leute, die in der geteilten Struktur mit Kayl arbeiteten. Das seien im Besonderen die „Formatrices“, die man da habe und auch anderes Personal, das man da habe, wie z. B. jene, die die gesamte Kommunikation nach außen machten. Jedes Ratsmitglied kenne die üblichen Projekte, die unser C.I.G.L. habe. Der C.I.G.L. würde der Gemeinde auch sehr viel beim Museum helfen, führe auch den gesamten „Service de proximité“ aus im Winter mit dem Schneeräumen oder jetzt mit dem Heckenschneiden bei älteren Personen oder bei Leuten, die eine Behinderung hätten. C.I.G.L. sei auch dabei, den gesamten Unterhalt der Gemeinde-Spielplätze zu machen. Er habe auch den großen Spielplatz beim Museum angelegt und dann die neuen Bänke, die überall so weit wie möglich installiert werden. Jeder wisse, dass man auch das Budget für die Gemeinde hier in Höhe von 410.000 Euro votiert hatte und man sehe jetzt, dass für insgesamt 1.652.000 Euro hier in der Gemeinde investiert werden und davon trage die Gemeinde dann 410.000 Euro plus noch kleine Unkosten, die man dann übers Gemeindebudget nehme, wenn der C.I.G.L. Hilfe brauche, aber der C.I.G.L. helfe der Gemeinde auch sehr viel. Die Gemeindekommissionen bekämen eine Hand mit angelegt, wenn etwas aufgerichtet werden müsse, und so weiter und so fort. Er denke, wenn man in dem Kontext sehr vielen Leuten helfen könne, das sehe man aus dem Bericht und da wolle er jetzt nicht ins Detail gehen, sei dem so, dass es auch sehr oft schwierig vermittelbare Personen seien, die fast nirgendwo anders unterkommen als immer wieder hier im C.I.G.L., aber aus der Erfahrung der vergangenen 19 Jahre konnten trotzdem von den 350 Leuten, die im C.I.G.L. waren, rund ein Viertel wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkommen und er meine, dass das trotzdem auch nicht unbedeutend sei. Die Angelegenheiten, die hier verwirklicht wurden, seien doch auch im Sinne der Gemeinde Rümelingen und seiner Bürger.

Bürgermeister Haine möchte wissen, ob es dazu Anmerkungen gebe.

Rätin Carole Marx weist darauf hin, dass es sehr gut sei, dass man den C.I.G.L. habe. Es sei eine „Win-Win“-Situation, wenn man das so sehen könne, da diese Leute über diesen Dienst Arbeit finden und auf der anderen Seite die Bürger von diesen Leuten geholfen bekämen. Trotzdem habe sie eine Frage zur Anstellung, d. h. dass man absolut keinen Einfluss darauf habe, wer da angestellt werde. Sie möchte wissen, ob dem so sei. Sie fragt, ob es dann normal sei, dass Rümelinger Leute, die keine Arbeit hätten, von einem C.I.G.L. in Pétingen z. B. angestellt werden, obwohl man hier in Rümelingen Verfügbarkeiten hätte. Das sei das, womit sie sich ein wenig schwer tue. Man habe doch jetzt gesehen, wie viel man als Gemeinde für den C.I.G.L. beisteuere, damit er hier funktionieren könne. Man wisse auch, dass man hier in Rümelingen einen sehr hohen Prozentsatz an Arbeitslosen habe. Sie finde es ein wenig traurig und sie frage sich, ob es da nicht irgendeine Möglichkeit

gebe, um für unsere Gemeinde ein Mitspracherecht zu bekommen, dass man wenigstens auch seine eigenen Leute hier aus Rümelingen im C.I.G.L. unterbringen könnte, wenn sie während einer Zeit keine Arbeit hätten. Sie frage sich, weshalb diese Leute, die schon in einem nicht so günstigen sozialen Umfeld leben, in eine andere Gemeinde fahren müssten, um dann dort bei einem C.I.G.L. zu arbeiten. Es tue ihr leid, aber das könne sie nicht einsehen. Sie möchte wissen, ob es da nicht irgendeine Möglichkeit gebe, um darauf Einfluss zu nehmen.

Bürgermeister Henri Haine weist darauf hin, dass das System seit ein paar Jahren geändert habe. Es sei dem doch auch so, dass man vorher einen Teil der Gehälter mit übernommen hatte und jetzt seien die gesamten Gehälter vom Staat übernommen worden. Das laufe jetzt alles über die ADEM und die ADEM habe Instruktionen, dass sie Leute, die in der Arbeitslosigkeit seien, einen nach dem anderen, so wie sie vorstellig werden, auch in die C.I.G.L. schicken sollen, gleich welcher C.I.G.L. das nun sei. Das gefalle nicht jedem, das stimme schon. Man habe auch letztthin mit den Kayler Kollegen darüber geredet, wo man auch gesagt habe, man werde darüber nochmals beim Ministerium vorsprechen, dass man das nicht richtig finde, weil man doch aber große Anstrengungen auf lokaler Ebene gemacht habe, um diesen Leuten zu helfen. Die Position der ADEM sei eben noch immer, dass sie jedem Arbeitssuchenden die gleiche Chance geben, unabhängig davon, von wo er komme. Was nun aber die Interventionen bringen, die man da mache, auch der „Agent de développement“ hatte Gespräche mit Vertretern des Ministeriums, die das mit auf den Weg nehmen, die auch bereits ein wenig Verständnis für die Position der Gemeinden haben, aber im Augenblick sei die Prozedur noch immer jene, die man auch bereits im vergangenen Jahr hatte, dass die Leute in dem Maße wie sie vorstellig werden, so in die verschiedenen C.I.G.L. geschickt werden. Es sei dem doch auch so, dass man 2 Jahre nacheinander in einem C.I.G.L. bleiben könne. Danach sei man wieder, wenn man keine Arbeit habe 2 Jahre Arbeitsloser. Die Prozedur sehe vor, dass man immer wieder eine Pause von 2 Jahren einlegen müsse, ehe man wieder zum C.I.G.L. geschickt werde könne.

Rat Marco Heil weist darauf hin, dass er dieses Thema auch bereits erwähnt habe und deshalb wolle er das, was Madame Marx gesagt habe, unterstützen. Bürgermeister Haine habe selber gesagt, dass das vielen Leuten nicht gefalle. Er denke, das müsse der Gemeinde auch nicht gefallen. Für ihn gebe es eigentlich nur ein Prinzip, bei allem Respekt für die Prozeduren der ADEM, aber man müsse den Betroffenen einfach einmal klarmachen, dass man sich als Gemeinde finanziell daran beteilige, was doch wirklich nicht nichts sei. Dann müsse man sehr klar auch ein Mitspracherecht haben, um seine eigenen Bürger, dort beschäftigen zu können.

Rat André Theisen möchte von Bürgermeister Haine wissen, ob das denn jetzt durch Gesetz geregelt worden sei, denn vorher sei das doch nicht so gewesen. Vorher hatte man ein Mitspracherecht und der finanzielle Beitrag sei deshalb nicht höher gewesen. Und jetzt auf einmal... Er gebe jetzt ein ein-

faches Beispiel. Gestern habe eine Person ihm telefoniert, die 52 Jahre alt sei und die sei aus Tetingen. Die habe ihn gefragt, um in den C.I.G.L. im Kayltal zu kommen, entweder Kayl oder Rümelingen. Da habe er ihr das Gleiche gesagt, und da habe sie gesagt bekommen, sie solle nach Lintgen in dem PRO-AKTIV während 2 oder 3 Monaten ein Praktikum machen. Diese Person habe kein Einkommen, sie habe 52 Jahre, sie sei in einer sehr prekären Lage, und da sei das, was seine beiden Vorredner sehr richtig gesagt haben, und er frage sich, ob die ADEM bei solchen Fällen mitreden könne. Seiner Meinung nach sei man hier vor Ort und man wisse sehr genau, worum es sich handele.

Was aber jetzt den C.I.G.L. an sich jetzt betreffe, da sei man sich alle einig hier am Tisch, dass das eine gute Angelegenheit sei. Es sei schon allein, um die Leute noch an die Arbeit zu gewöhnen, dass sie morgens aufstehen, usw. Das sei schon eine Wichtigkeit. Auf der anderen Seite müsse er Bürgermeister Haine aber sagen, dass man auch mit dem C.I.G.L. reden müsste. Es reiche nicht aus, dass 2 Leute durch Rümelingen gehen, den Dreck aufheben. „Eng propper Stad“, er meine, da müssten auch Anstrengungen gemacht werden. Er wisse jetzt nicht, ob jetzt mehr Leute kommen sollten, aber Anstrengungen müssten da gemacht werden, um die Stadt Rümelingen sauberer zu bekommen.

Was den „Service de proximité“ anbelange, höre man nur gute Echos. D'Karbitluucht, Bürgermeister Haine habe das Museum erwähnt, aber auf der anderen Seite müsse er auch ein Lob für das Arboretum aussprechen. Das sei wunderbar aménagéiert, das sei ein Juwel. Das sei der richtige Weg. Der C.I.G.L. sei praktisch nicht mehr hier in Rümelingen wegzudenken.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, er hoffe zwar, dass der einmal verschwinde, aber solange man Arbeitssuchende habe, müsse man ihn beibehalten.

Rat André Theisen flicht ein, dass man das nicht wegkomme.

Bürgermeister Henri Haine bemerkt, er wolle jetzt nicht wieder hier eine Diskussion losbrechen über die Sauberkeit von Rümelingen. Er wolle aber trotzdem sagen, dass die beiden Leute zwei Leute des C.I.G.L. seien, aber die Gemeindedienste säuberten trotzdem auch. Man habe doch auch sehr viele Maschinen und Material, um das zu bewerkstelligen. Regelmäßig würden die Straßen und Bürgersteige gesäubert. Dass immer wieder Dreck herumliege, das sei darauf zurückzuführen, dass verschiedene Leute Dreck wegwerfen und es müsse immer mehr gesäubert werden. Im vergangenen Jahr habe man noch zusätzlich Material gekauft, z. B. einen Staubsauger, und wenn das Wetter jetzt wieder besser sei, könne der auch wieder herumfahren.

Rat André Theisen möchte wissen, ob die keinen Tennisarm mehr bekämen.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, die würden alle zu den Muskulationsübungen gehen, deshalb könnten sie manchmal nicht arbeiten. Aber wie gesagt, man wisse das auch und man habe nachher noch ein paar Posten, die man schaffe. Da werde man dann auch noch die Dienste in Zukunft verstärken.

Rat Edmond Peiffer legt dar, es sei jetzt viel über den C.I.G.L. gesagt worden. Er müsse sagen, dass er die Fotos über die verschiedenen Projekte des C.I.G.L. in den vergangenen Jahren für eine Verbesserung der Lebensqualität und einer Verschönerung unserer Ortschaft und die Arbeiten, die eine Erleichterung im Alltag unserer jungen und alten Mitbürger beitragen, wieder einmal angeschaut habe. Er müsse sagen, dass die Beteiligung der Gemeinde für den lokalen Aktionsplan des C.I.G.L. im Interesse seiner Leute sowie für die Rümelinger Allgemeinheit gut angebracht seien.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm und bittet darum zum Votum überzugehen.

**** Einstimmig billigt der Gemeinderat diesen lokalen Aktionsplan 2016.**

PUNKT 9 DER TAGESORDNUNG

Bestätigung von zeitweiligen Verkehrsreglements (Besprechung und Beschlussfassung)

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig verabschiedet der Gemeinderat diese zeitweiligen Verkehrsreglements betreffend die Großstraße und die Wiesenstraße.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine weist darauf hin, dass man über 2 zeitweilige Verkehrsreglements zu befinden habe. Das eine betreffe die Großstraße, wo eine Fassade erneuert werde und das andere betreffe die Wiesenstraße, wo der Bürgersteig teilweise erneuert werde. Falls keine Anmerkung vorliege, könne man zum Votum übergehen.

**** Einstimmig verabschiedet der Gemeinderat diese zeitweiligen Verkehrsreglements betreffend die Großstraße und die Wiesenstraße.**

(Der/die werte Leser/in findet den genauen Wortlaut in der französischen Zusammenfassung.)

*** Zweiminütige Unterbrechung der Gemeinderatssitzung**

PUNKT 10 DER TAGESORDNUNG

Genehmigung von Einnahmeerklärungen (Besprechung und Beschlussfassung)

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmigkeit ebenfalls für die Einnahmeerklärungen in Höhe von 1.389.638,40 Euro.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine bemerkt, dass man ab und zu auch ein paar Einnahmen bekomme. In diesem Falle seien es 1.389.638,40 Euro, wo das Gros aber die erste Vorauszahlung in Höhe von 1.092.321 Euro der staatlichen Dotation sei. Daneben habe man noch Subsidien bekommen für Kanalarbeiten, wo dann endlich jemand sich im technischen Dienst der Angelegenheit angenommen habe, um auch noch das letzte Subsid zu beantragen. Das seien dann die 198.385,61 Euro. Dann habe man noch eine Reihe kleinerer Subsidien wie z. B. jenes der UGDA-Musikschule, wo man fast ein Drittel der Ausgaben vom Staat zurückbekomme. Das seien 32.476 Euro und dann noch einmal 31.880,14 Euro für die Pumpstation. Dann hatte man noch einen kleinen Teil der Kayler Gemeinde, wo man noch zusätzliche Rechnungen hatte, usw. so dass man wie gesagt, allen in allem auf 1.389.638,40 Euro komme. Er möchte wissen, ob es dazu noch Anmerkungen gebe.

Rat André Theisen weist darauf hin, dass man bei „Travaux de mise en conformité dans les galeries du Musée National des Mines“ 20.604,12 Euro erhalte. Da wolle er wissen, ob man das Konzept bezahlt habe, diese „Mise en conformité“.

Bürgermeister Henri Haine bestätigt ihm, dass man das bezahlt hatte. Das seien doch die außergewöhnlichen Arbeiten, die man gemacht habe.

Rat André Theisen möchte wissen, ob das darin enthalten sei.

Bürgermeister Henri Haine verneint dies. Das sei schon ein paar Jahre her, als man die Archive machte und jetzt habe man den Eingang zum Museum erneuert, oder besser gesagt, er sei konform gemacht worden. Es seien auch noch hinten, wenn man jetzt hindurchfahre, Türen gemacht worden, dort wo der Schuppen des C.I.G.L. sei. Das sei alles gemacht worden und da bekomme man 50% vom Staat zurück.

**** Einstimmig genehmigten die Ratsmitglieder die Einnahmeerklärungen in Höhe von 1.389.638,40 Euro.**

PUNKT 11 DER TAGESORDNUNG

Vor Gericht auftreten (Besprechung und Beschlussfassung)

Beschluss des Gemeinderates

Mit 7 Ja-Stimmen (LSAP+KP+CSV-Rätin Francine Lang-Laux) gegen 2 Nein-Stimmen (CSV) und 1 Enthaltung (Rat Heil, LSAP) genehmigt der Gemeinderat dem Schöffenrat vor Gericht aufzutreten.

Rätin Carole Marx verließ den Gemeinderat während der Diskussion und hat nicht am Votum teilgenommen. Rat Marco Heil verließ den Gemeinderat nach dem Votum.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass man dann zu einem weniger erfreulichen Punkt komme. Man sei nicht froh, das zu machen, aber man müsse hier vom Gemeinderat die Genehmigung bekommen, um in einer Angelegenheit vor Gericht zu gehen. Das sei die Angelegenheit mit dem Schuhgeschäft Zanni, wo man schon über 1 Jahr dabei sei zu diskutieren und Schriftstücke zu wechseln. Es sei dem auch so, dass er eigentlich nicht vorhatte, hier allzu viel dazu zu sagen. Im Dossier finde man auch hauptsächlich die letzten Schriftstücke, wo es seit Juni 2015 angefangen habe, als man dort das Stationierungsverbot gemacht habe, um dort die Arbeiten im Rahmen der Straßenarbeiten der Batty-Weber-Straße zu machen, wo man da aber über einen Rechtsanwalt gestoppt worden sei, weil dort Privateigentum sei. Das Ganze habe sich dann auch über Monate dahingeschleppt, so dass die Arbeiten auch lange Zeit dort gestoppt waren. Man habe im Dezember auch noch einmal geschrieben, als man gesehen habe, was sich dort auf dem Grundstück tat, als die Arbeiten abgeschlossen waren, wo schlussendlich Schranken dort waren, damit man die entfernen sollte, weil es keine Genehmigung des Bürgermeisters dafür gegeben habe, und so weiter und so fort. Im Februar habe man nochmals daran erinnert, dass diese Schranken weggenommen werden sollten. Man komme da irgendwie nicht aus dieser Situation und deshalb liege auch jetzt der Vorschlag vor, dem Schöffenrat die Option zu geben, auch gerichtlich vorgehen zu können, wenn man da schlussendlich kein Einvernehmen finde. Er wolle aber sagen, dass er trotzdem zu der Schlussfolgerung gekommen sei, dass er verschiedene Informationen auch an den Gemeinderat weiterreichen müsse, weil im Besonderen in den letzten Tagen, da er ja auch selber Angelegenheiten höre, die gesagt werden, bei denen er aber auch nicht wisse, ob das immer alles der Wahrheit entspreche, wenn er das so höre oder von Leuten gesagt bekomme, dass diese Geschichte, wie gesagt, schon sehr lange sei und wenn man die Schlussfolgerung ziehe, meine man, der Schöffenrat hätte diese Vorschläge gemacht. Es sei auch nicht sehr einfach, denn niemand gehe gerne vor Gericht und man kenne diese Leute auch sehr gut und jeder gehe auch gerne in das Schuhgeschäft seine Schuhe kaufen. Man sei auch

froh, dass man dieses Geschäft habe. Er wisse auch, dass es für verschiedene Ratsmitglieder sehr schwer sei. Er wolle aber sagen, dass das Ganze Anfang 2014 begonnen habe, als Herr Heyardt und Madame Marx sich an den Schöfferrat wandten, um mit dem Schöfferrat über ihre Geschäfte zu reden. Am 7. März 2014, als man eine Unterredung im Schöfferrat hatte – Die Gemeindesekretärin und Herr Frising seien damals auch anwesend gewesen – wollten sie dem Schöfferrat mitteilen, dass sie das Schuhgeschäft von der Familie Zanni übernehmen und dass sie aber auch bereits zu dem Zeitpunkt im Besitz der Häuser auf der anderen Seite seien, wo z. B. das Männer-schuhgeschäft sei, und wo sie dann auch gesagt haben, sie würden gerne den Parkplatz, der vor ihren Häusern sei, privat nutzen, denn das seien ihre Parzellen. Gleichzeitig hatte der Schöfferrat auch die Informationen gegeben, dass man dabei sei, die Arbeiten vorzubereiten, die man in der Batty-Weber-Straße und in der Henri-Lück-Straße vorgesehen hatte. Man sei dabei gewesen, die Submission vorzubereiten und man habe als Schöfferrat Herrn Heyardt und Madame Marx informiert, dass man verschiedene Arbeiten vorziehen wolle, denn zu dem Zeitpunkt sei bekanntlich die Erneuerung des Rollbelags der Großstraße, der 2014 gemacht wurde, vorgesehen gewesen. Man habe sie auch darüber informiert und als man dann im Gespräch mit ihnen war mit diesem Parkplatz, sei die Position der Eheleute Heyardt-Marx die gewesen, dass es Privateigentum sei, und sie wollten das auch gerne privat nutzen. Diese Erkenntnis sei für die Gemeinde auch etwas überraschend gewesen, dass da noch Privatparzellen bis in die Straße reichten, aber man sei der Meinung, dass das immerhin, er sage das einmal so, seit wenigstens 100 Jahren öffentlicher Bereich sei, dass es auch schon so lange genutzt werde und es auch nie Probleme gegeben habe bis jetzt. Es seien in der Vergangenheit immer Arbeiten dort ausgeführt worden. Das sei ursprünglich das Gespräch gewesen und man habe aber auch gesagt, dass man als Gemeinde vorhabe, „Emprisen“ auf diese Parzellen zu machen und dass man auch in dem Maße wie man mit der Baustelle vorankomme, sämtliche Leute, die in ähnlicher Lage seien, anschreiben werde. Es sei dem aber so, dass dies hier eine besondere Situation sei, weil ein relativ großer Teil – es sei bekanntlich 1 Ar – bis in die Straße hineinreiche. Dem sei nicht überall so; normalerweise reiche das nur bis zur Hälfte des Bürgersteiges. Leider sei dem hier so, dass das Privateigentum noch weit in die Straße reiche. Das Problem, das sich stelle, sei, dass es auch noch dahinter auf Nummer 15 geradewegs über die Hälfte der Straße hinausreiche und dann sei man in der Batty-Weber-Straße. Wenn dort die gleiche Lage mit den Eigentümern wäre, dann hätte man keine Batty-Weber-Straße, die offen wäre. Dann wäre halb Rümelingen zu. Das sei auch ein wenig das Problem. Für das Verständnis des Schöfferrates sei dem so gewesen, dass, weil es so lange als öffentlicher Bereich genutzt worden war, man davon ausgehe, dass das auch öffentlicher Bereich bleibe. Es sei dem aber auch so, dass man damals in den Gesprächen angedeutet hatte, dass der Schöfferrat dabei sei, den „Parking résidentiel“ auszuarbeiten, aber man hatte damals auch im Schöfferrat noch keine Einzelheiten, was alles kommen könnte. Da hatte man aber auch angedeutet, dass man sich vorstellen könnte, dass man

z. B. auf den Stationierungsfeldern, die jetzt da stehen, bezahltes Stationieren machen könnte, was ihnen als Geschäft doch entgegenkommen könnte, weil dann ein Kommen und Gehen auf diesen Stationierungsfeldern wäre, auch für ihre Kunden. Er könne sich jetzt auch noch erinnern, dass aus den Notizen der Gemeindesekretärin, die Herr Noesen ihm gegeben habe, hervorgehe, dass sie damals auch sagten, dann würden sie auch mit ihren Projekten – sie hatten den Schöfferrat gefragt, ob sie mit ihren Häusern eine Neuzuteilung („réaffectation“) machen könnten, wo oben noch Wohnungen waren, um dort Geschäftslokale zu machen, um ihre Lagerräume unterzubringen. Sie könnten sich vorstellen, dass sie mit ihren Arbeiten warten würden, bis die Gemeinde ihre Arbeiten abgeschlossen habe, weil sie ihre Fassaden und Fenstern erneuern wollten.

Da habe der Schöfferrat dann auch den Brief geschrieben, in dem er ankündigte, dass man „Emprisen“ machen würde. Das sei Anfang April gewesen und ein paar Tage danach bekam man dann einen Brief von einem Rechtsanwalt. Das sei damals Maître Schweich gewesen, der schrieb, dass die Eheleute Heyardt-Marx sehr erstaunt seien, dass man diesen Brief schreibe, da man wüsste, dass das Privatgelände sei, usw. und dass sie auf keinen Fall diese Parzellen abgeben wollten und dass sie die Gemeinde ausdrücklich darauf aufmerksam machen würden, dass die Arbeiten, die damals für die Großstraße gemacht wurden, aufhören sollten. Es sei dem auch so, dass effektiv Material des Unternehmens zu dem Augenblick auf diesen Stationierungsfeldern lag. Er, Bürgermeister Haine, habe zwar wegen der Diskussionen zum Unternehmer gesagt, der solle das vermeiden. Es sei auch danach weggenommen worden. Man habe auch da aufreißen müssen, um dort einen Schacht für die gesamte Kanalisation und die Leitungsnetze der Gemeinde zu machen, der quer über den Parkplatz bis zum Bürgersteig lief, wo wieder öffentlicher Bereich war. Das sei eben damals die Lage gewesen.

Daraufhin habe man sich auch einen Rechtsanwalt genommen, Maître Tonnar, der dann auch gesagt habe, man müsse eine Unterredung mit der Gegenpartei vereinbaren, die auch im Juni festgelegt wurde. Die sei dann aber annulliert worden und auf den 10. Juli festgesetzt worden, wo man dann auch eine Diskussion hatte. Dann Ende Juli 2014 habe der Schöfferrat einen ersten neuen Vorschlag gemacht, indem man im Rahmen der neuen Amenagierung, die man in der Batty-Weber-Straße mache, vorschlug, ihnen 2 Stationierungsfelder zu überlassen; es müsste aber eine klare und präzise Konvention über die Modalitäten festgehalten werden, denn der Wunsch des Schöfferrates sei es gewesen, die Garantie zu haben, auch in Zukunft ohne größere Probleme bei Arbeiten an die gemeindeeigenen Leitungsnetze zu kommen. Es sei zwar gesagt worden, dass das streng vertraulich sein müsse, aber er sei jetzt zu der Schlussfolgerung gekommen, dass man die Vorschläge, die man gemacht habe, trotzdem aber auch hier mitteile, denn er meine, sonst sehe es immer so aus, als ob man keine Vorschläge unterbreitet hätte. Er habe aber klar sagen wollen, dass man versucht habe, Vorschläge zu unterbreiten. Die seien aber nicht angenommen worden und da habe

man späterhin nach Gesprächen nochmals neue Vorschläge gemacht, indem man die Lieferzone, die der Gemeinde gehöre inklusive 3 Stationierungsfelder vorschlage, dass man aber auch die gesamten Eigentumsverhältnisse für die kommenden Generationen klären müsse, und wie gesagt, um eben im Rahmen einer Konvention auch den Zugang zu diesem Grundstück für die Gemeinde und die Öffentlichkeit zu garantieren. Auch da sei aus dem Schriftstück hervorgegangen, dass selbstverständlich keine Stationierungsfelder verloren gehen, da die Angst der Besitzer auch ein wenig gewesen sei, dass im Rahmen der Amenagierungsarbeiten vielleicht nicht mehr so viele Stationierungsfelder vorhanden seien, als deren vorher da waren. Man habe den Eheleuten Heyardt-Marx das dann auch zukommen lassen. Da sei aber von ihnen gesagt worden, dass das Katasteramt das alles einmal aufzeichne. Das sei nach dem Vorschlag mit der Lieferzone und den 3 Stationierungsfeldern gewesen. Da sei das Katasteramt im Februar 2015 vor Ort gewesen, um das auszumessen. Es sei ein Bericht gemacht worden und da sei auch festgehalten worden, dass „éviter de la volonté des parties, de ne pas fixer actuellement la limite par des clous“. Er wisse jetzt nicht, ob es die Familie Zanni oder die Familie Heyardt-Marx sei, aber in der Zwischenzeit, im Juli 2014 sei es auch so gewesen, dass die Familie Heyardt-Marx dann Eigentümer der Häuser (Nummer 9 und 11) geworden seien und ihre Vorstellung sei die gewesen, dass sie die vorhandenen Stationierungsfelder behalten würden. Ihr Vorschlag sei späterhin gewesen, einen Tausch vorzunehmen zwischen der Lieferzone und der Zone, die vor dem Männerschuhgeschäft sei, das was dann dazwischen sei und die Stationierungsfelder und die Lieferzone zu behalten.

Jeder wisse, dass man auch eine Informationsversammlung über das Projekt im Kulturzentrum hatte. Ursprünglich sei eigentlich vorgeschlagen worden, dass man unten anfangen würde, weil das der tiefste Punkt des gesamten Projektes sei wegen der gesamten Kanalisation, um das dann auch eben dort an das Gemeindennetz zu verbinden, das man in der Großstraße vorgezogen hatte. Die Kirchstraße sollte eigentlich erst ganz am Ende des Projektes gemacht werden, wenn man die gesamte Batty-Weber-Straße und die Henri-Lück-Straße gemacht hätte. Da seien die Eheleute Heyardt-Marx aber an Herrn Weisgerber herangetreten, um ihn darauf aufmerksam zu machen, wenn man dort anfangen würde, dass dann Hochsaison für ihr Geschäft wäre, und ob es nicht möglich wäre, ein wenig umzudenken und eventuell andere Angelegenheiten vorzuziehen. Da sei vom technischen Dienst der Vorschlag gemacht worden, die Kirchstraße dann vorzuziehen, und das habe man dann schlussendlich gemacht. Da sei die Baustelle dann im März 2015 in Angriff genommen worden und sie sei dann Juni 2015 fertig gewesen. Da habe man dann Anfang Juni unten anfangen sollen, da sei man in eine neue Phase gekommen, wo man einen neuen Brief bekommen habe, von einem anderen Rechtsanwalt, von Maître Schiltz, der Maître Schweich ersetzt habe, die andere Verpflichtungen hatte. In diesem Brief sei man wiederum aufgefordert worden, alles zu stoppen. In dem Brief werde auch von „expression de faits“ geredet, weil man da die Stationierungsverbotsschilder gestellt

hatte. Da sei dem Schöfferrat gesagt worden, das gehe nicht, das sei doch Privateigentum, usw.

Das Ganze habe sich dann auch immer dahingeschleppt, bis der Schöfferrat am 28. Juli 2015 noch einen Brief bekam, in dem gesagt wurde, der Schöfferrat sollte jetzt auf die Post vom Juni reagieren, wo gesagt worden war, man sollte die Stationierungsverbotsschilder entfernen. In dem Brief vom 28. Juli 2015 stehe dann auch „je vous remercie maintenant de bien vouloir prendre position dans les tout prochains délais de la réception de la présente faute de quoi je serai contraint de saisir le tribunal compétent.“ Das sei am 28. Juli 2015 gewesen, wo dann die Gegenpartei dann auch gesagt habe, sie werde die Gemeinde vor Gericht nehmen.

Bis jetzt sei das ja noch nicht geschehen und da sei wieder versucht worden, um wiederum eine Unterredung zu haben, die dann am 10. September 2015 stattgefunden habe. Er müsse aber sagen, dass der Schöfferrat darauf verzichtet habe, nochmals dahin zu gehen, denn die Position, die der Schöfferrat in allen Unterredungen nach dem April 2014, wo man den Rechtsanwalt hatte, klar festgelegt worden war. Da habe Maître Tonnar, und er meine Herr Weisgerber sei auch dort gewesen, sich zu der Unterredung begeben. Es werde auch gesagt, Maître Tonnar sei früh aus der Unterredung fortgelaufen, weil er nicht nochmals über all diese Angelegenheiten mit diskutieren wollte, denn da sei der Vorschlag, der bereits im Vorfeld von den Eheleuten Heyardt-Marx gemacht worden sei, nochmals vorgeschlagen worden, die Lieferzone zu bekommen und die Stationierungsfelder dazwischen zu behalten und dass sie der Gemeinde dann das Grundstück vor dem Männerschuhgeschäft überlassen würden, wo sowieso keine Stationierungsfelder waren. Das Gros der Felder sei doch Fußgängerstreifen, wo die Leute die Straße überqueren konnten.

Er sage das jetzt hier, aber im Brief stehe auch, dass das einen streng persönlichen Charakter habe. Dieser Vorschlag sei auch klar von der Gegenpartei gemacht worden. Das Problem sei noch immer gewesen „l'utilisation de ces parkings sera strictement privé et échappera à la réglementation de la voie publique de la Commune“. Bürgermeister Haine meint sagen zu können, dass man das nicht annehmen könne, weil man noch immer der Meinung sei, dass es schon 100 Jahre öffentlicher Bereich sei und weil man die gemeindeeigenen Leitungsnetze darunter habe.

Es sei dem aber auch so, dass man durch all die Schwierigkeiten, die auftauchten, nochmals mit den Studienbüros die gesamte Baustelle umdisponiert habe, dass man versucht habe, so weit wie möglich an diesen Parzellen vorbeizukommen, so dass die Leitungsnetze unter der Lieferzone hindurchlaufen, die schließlich Eigentum der Gemeinde sei. Zumindest da dürfe man arbeiten. Das sei jetzt ein zusätzliches Problem, wenn man dieses Tauschgeschäft machen wolle. Der Vorschlag des Schöfferrates mit der Lieferzone und den 3 Stationierungsfeldern habe doch auch vorgelegen. Für den Schöfferrat sei es auf jeden Fall jetzt sehr wichtig, gleich wie viele Stationierungs-

felder es jetzt seien, dass die Gemeinde einen garantierten Zugang zu dem Grundstück habe. Man habe aber im Laufe der 2 Jahre feststellen müssen, gleich wie oft man miteinander geredet habe, und er meine, die Ratsmitglieder könnten auch gerne Herrn Weisgerber fragen, der auch den Leuten die Baustelle erklärt habe und wie man vorgehen wolle, der auch selber gesagt habe, dass er rate, bezahltes Stationieren dort zu machen, usw., der könne den Ratsmitgliedern das bestätigen.

Man habe eben feststellen müssen, gleich was man gemacht habe, und wenn man nur Stationierungsverbotsschilder gestellt habe, dann sei dem Schöffenrat gesagt worden, er habe nicht das Recht dort solche Schilder aufzustellen, denn das sei kein Gemeindegelände. Die Gemeinde habe dort nicht zu beschließen. Er sei der Meinung, gleich was man hier austauschen würde, habe der Schöffenrat mittlerweile den Eindruck, dass dieses Problem auch in Zukunft weiterbestehen werde, wenn das nicht klar geregelt sei, dass der Zugang einfach möglich sein müsse.

Es sei aber ein bisschen schade, dass es jetzt so weit komme. Er müsse den Ratsmitgliedern ehrlich sagen, auch wenn er das hier jetzt so nett erkläre, sei er nicht so froh, das zu machen, denn er kenne diese Leute auch sehr gut. Er habe auch keine Lust, wenn von ihm gesagt werde, der Schöffenrat habe diesen oder jenen Vorschlag nicht gemacht. Er habe am Mittwochmorgen von einem Arbeitskollegen zu hören bekommen, dass dessen Mutter gesagt habe, sie sei enttäuscht, dass er sie vor Gericht nehmen wolle. Aus dem Grunde habe er jetzt den Brief vom 28. Juli 2015 hier zitiert und da müsse er aber die Gegenpartei daran erinnern, dass sie dem Schöffenrat mit einer Gerichtsklage gedroht habe. Die gesamte Energie, die in diesem Dossier verloren gegangen sei, mache einen so langsam müde und traurig und irgendwie habe man als Schöffenrat hier keine Möglichkeit mehr gesehen und man wolle, dass der Gemeinderat dem Schöffenrat wirklich diese Option gebe, dass man auch die Möglichkeit habe, diese Angelegenheit vor Gericht klären zu lassen, weil man eben habe feststellen müssen, im Besonderen, er meine, das sei seit Dezember 2015 gewesen, dass auf einmal bewegliche Schranken dort standen, und dass dann als die weg waren auf dem Boden „Parking privé“ stand. Im Dezember habe man auch den eigenen Rechtsanwalt gebeten, er solle der Gegenpartei schreiben, dass die diese Schranken wegnehmen sollten, denn sie hätte keine Genehmigung des Bürgermeisters. Er selber, Bürgermeister Haine, dürfte nicht einmal ein Mäuerchen vor seinem Vorgarten bauen, wenn er nicht die Genehmigung des Bürgermeisters habe. Er dürfe auch kein Haus auf sein Grundstück bauen, wenn er keine Genehmigung des Bürgermeisters habe. Danach seien auch diese Schranken oder besser gesagt Geländer im Boden befestigt worden. Das sei ein Problem das sich stelle, denn wenn jeder so vorgehen würde, dann müssten viele „Emprisen“ von Grundstücken hier in Rümelingen gemacht werden. Da gebe es sehr viele komische Situationen hier in der Ortschaft, besonders in der Großstraße, wo der Bürgersteig zum Teil noch ganz zu der Hausparzelle gehöre. Wenn jetzt jeder ein Geländer um seine Parzelle machen würde, müssten die Leute

zum großen Teil über die Fahrbahn der Großstraße gehen. Er meine, dem könne doch nicht so sein, denn auch wenn im ersten Brief damals geschrieben wurde, den man im April 2014 bekam, dass sie sich aber seit Jahrzehnten um diese Parzellen gekümmert haben, könne er das nicht unbedingt bestätigen, denn er meine, es sei immer die Gemeinde gewesen, die sich um die Bürgersteige gekümmert habe und das Grundstück in Ordnung gehalten habe.

Am Anfang, das müsse er ehrlicherweise sagen, sei ihm persönlich auch nicht bewusst gewesen, dass diese privaten Parzellen noch bis in die Straße reichten, weil er seit seiner Geburt hier in Rümelingen wohne und er kenne die Grundstückslage, so wie sie da sei. Er habe in der Kirchstraße in den 60er Jahren gewohnt. Damals seien bereits Stationierungsfelder dort gewesen und die seien bereits damals öffentlich reglementiert gewesen. In den 80er Jahren seien die gleichen Arbeiten da unten gemacht worden. Da mussten Kanalarbeiten gemacht werden, so wie man das jetzt mache. Da sei nie ein Brief eines Rechtsanwalts an Bürgermeister Zirves gerichtet worden, dass das Privatgelände sei. Es habe auch nie ein Problem mit den Eigentümern des Schuhgeschäfts Zanni damals gegeben. In den 90er Jahren habe Bürgermeister Hoffmann nochmals mit der Reglement-Kommission ein neues Verkehrsreglement gemacht, wo das Stationieren dort auf 90 Minuten reduziert wurde. Da sei auch alles offiziell reglementiert worden. Es sei auch da nicht protestiert worden, dass das ein Privatparkplatz sei. Es sei damals auch gefragt worden, um dort eine Lieferzone zu machen, die dann damals auch da eingezeichnet wurde.

Auch wenn jetzt die Besitzverhältnisse geändert haben, sei das von der Gemeinde gewusst gewesen, dass das ein Raum gewesen sei, der öffentlich genutzt wurde. Früher sei das ja auch der Marktplatz gewesen. Es gebe auch Pläne aus dem Jahr 1904, wo damals auch die Eigentümer diese Grundstücke der Gemeinde im Rahmen einer Konvention überlassen haben. Es sei dem auch so, dass man, wie gesagt, auch damals versucht habe, die Informationen zu geben und man eigentlich auch die Garantie gegeben habe, dass man selbstverständlich immer Stationierungsfelder dort belassen werde. Die Amenagierung, die jetzt so da gemacht war, sei eigentlich nicht vorgesehen, aber man habe eben wegen der Schwierigkeiten festgehalten, dass man den Bürgersteig und den Platz so belasse wie sie waren. Was aber jetzt seit Dezember da geschehen sei, könne man einfach nicht hinnehmen. Er meine, man könne nicht einfach ohne Genehmigung eines Bürgermeisters ein Geländer installieren, auch wenn es Privateigentum sei, besonders in dieser blöden Lage, wo das ein Teil der Straße sei. Wie gesagt, es würde noch komplizierter werden, wenn auch der Nachbar nebenan das machen würde, denn dann wäre die Straße geschlossen. Man sehe fast keinen anderen Weg mehr als diese Option. Jeder mache sich darüber seine Gedanken. Der Schöffenrat sei selbstverständlich bereit, nochmals mit den Leuten zu reden, auch ohne Rechtsanwalt, unter den Bedingungen, die man auch hatte, nämlich, dass der Zugang zu den Parzellen gesichert sei. Für den Schöffenrat sei es aber auch

klar, dass im Vorfeld die Geländer verschwinden müssen. Man sei jetzt 2 Jahre lang ein wenig hingehalten worden und das Resultat, das man vorliegen habe, sei das, was die Gegenpartei auch immer verlangt habe, d. h. man werde jetzt vor vollendete Tatsachen gestellt, die er aber wirklich bedauere.

Er wisse, dass es nicht einfach für alle hier am Tische sei und es gebe niemanden, der gerne vor Gericht gehe, besonders nicht, wenn man Leute kenne oder sogar Ratsmitglieder hier Familie mit ihnen seien. Das mache niemand gerne, aber man sitze hier auch um die Interessen der Gemeinde zu vertreten und man sehe wirklich fast keinen anderen Ausweg mehr, aber man wolle sich auf jeden Fall, diese Option offenlassen und wie gesagt, man werde nochmals das Gespräch mit den Leuten versuchen, aber die Geduld des Schöffensrates sei auch ein wenig am Ende. Seit Dezember 2015 sei man dabei, ihnen zu sagen, sie sollten die Geländer entfernen, aber es geschehe einfach gar nichts. Das sei das, was er dazu zu sagen habe.

Rat Marco Heil bemerkt, der kapitale Punkt, Bürgermeister Haine habe es selber gesagt, sei dass die Besitzverhältnisse geändert haben. Das sei der Punkt, der das Problem bringe. Die Leute hätten eine Akte und darin stehe, dass dieses Grundstück zu den Häusern gehöre. Er wolle das nur als Anmerkung sagen. Daneben wolle er auch sagen, dass er sich bei dem Votum enthalten werde, da er familiär befangen sei. Aus dem Grunde werde er dann da nicht mit abstimmen.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, er verstehe seine Haltung. Er selber sei auch nicht froh, wenn er dies hier machen müsse und er meine auch nicht, dass er persönlich etwas dabei gewinne, wenn er das mache, sondern er habe sehr viel dabei zu verlieren. Leider könne er hier nicht persönlich beschließen, aber er entscheide im Sinne des Schöffensrates und im Interesse der Gemeinde. Es sei nun einmal eine schwierige Situation, die eben vorhanden sei und man sei praktisch auch ein wenig in diese Lage getrieben worden. Er habe es vermeiden wollen, all diese Angelegenheiten, diese Einzelheiten hier vorzubringen, aber draußen würden auch viele Dinge erzählt. Deshalb habe er die Position des Schöffensrates einmal darstellen wollen und den Vorschlag, den man aber trotzdem gemacht habe und dass auch bereits am 28. Juli 2015 dem Schöffensrat gesagt worden sei, man werde sonst vor Gericht verklagt, wenn man hier nicht reagiere.

Rat Marco Heil möchte noch etwas hinzufügen, was er vergessen habe. Es sei absolut zu begrüßen, das habe Bürgermeister jetzt selber gesagt, dass, unabhängig von diesem Votum, hier trotzdem noch versucht werde, sich zu einigen. Das gebe der Angelegenheit trotzdem ein anderes Ausmaß, unabhängig von dem, was hier abgestimmt werde.

Bürgermeister Henri Haine erklärt, dass die Geländer aber dann entfernt werden müssen.

Rätin Carole Marx erklärt die Besitzer des Schuhgeschäftes hätten sie vergangene Woche kontaktiert und sie habe sich

auch die Mühe gegeben, einmal Rücksprache mit ihnen zu nehmen. Die Position des Schöffensrates kenne man schon etwas länger, sie habe sie nur nicht so in allen Einzelheiten gekannt. Sie habe sich gedacht, du gehst zu den Leuten. Es falle ihr auf, dass beide Seiten im Grunde genommen die gleichen Argumente haben. Man werde hingehalten, es werde nicht zugehört, und so weiter und so fort. Sie meine es sei eine lange Angelegenheit. Sie sei einfach der Meinung, dass zwar viel untereinander über Verbote geredet worden sei, aber nicht genug. Sie sei weiterhin der Meinung, dass man sich, gleich wie das nun ausgehe, noch einmal zusammen an einen Tisch setzen sollte, denn der letzte Vorschlag, der am 10.9. gemacht wurde mit dem Plan, der beigelegt habe, da meine sie, dass die Positionen aber sehr nahe beieinander waren. Vom Schöffensrat sei vorgeschlagen worden Lieferzone plus 3 Stationierungsfelder, von der Gegenpartei Lieferzone plus 4 Stationierungsfelder, usw. und ein Grundstückstausch. Ob das nun etwas schwieriger sei, weil der Kanal unter der Lieferzone verlaufe, doch sie könne sich vorstellen, dass es möglich sei, noch ein gütliches Übereinkommen zu finden. Natürlich müsse das Ganze, um nicht noch einmal in eine solche Lage zu kommen, wie man sie jetzt habe, sehr präzise mit dem Zugang geklärt werden. Sie verstehe, dass man hier sei, um das öffentliche Interesse zu vertreten und man müsse auch im öffentlichen Interesse handeln, dass man zu jedem Augenblick an die Versorgungsnetze kommen müsse, damit man zu jedem Zeitpunkt daran arbeiten könne, wenn es vonnöten sei. Sie meine auch nicht, dass es in irgendjemandens Interesse wäre, um da weitere Angelegenheiten zu stoppen oder Steine in den Weg zu legen. Sie wisse, beide Seiten hätten ihre Erfahrungen gemacht, dass dem nicht so war. Sie hoffe, dass jeder etwas dabei hinzugelernt habe. Sie denke nicht, dass man, auf dem Punkt, wo man sei, wo man doch so dicht beieinander liege, vor Gericht gehen müsse. Natürlich, wenn man sich nicht einigen könne, gebe es keine andere Methode. Dann sei ein Gericht da, um die Angelegenheit ein für alle Male zu klären, im Besonderen denke doch jeder, er habe Recht. Deshalb bleibe es dann da, wo die Entscheidung fallen würde. Trotzdem tue sie sich sehr schwer, hier ihre Zustimmung zu geben, um sagen zu können, dass man jetzt vor Gericht ziehe. Es sei wirklich ihr persönlicher Wunsch und sie meine nicht nur der ihrige, aber im großen Ganzen meine sie, sollte man sich wirklich nochmals mit diesen Leuten zusammensetzen, um wirklich ein gütliches Übereinkommen zu finden. So wie das Ganze aussehe, mit der gesamten Ecke, die da erneuert wurde, sei es ein Mehrwert für das gesamte Viertel, mit den Fassaden, die an diesen Häusern erneuert werden und dem Bürgersteig, der erneuert wurde, und so weiter und so fort, da müsste doch aber trotzdem im Sinne des Ganzen eine Vereinbarung zu finden sein, untereinander und auf gütlichem Wege.

Das sei ihre Meinung, die sie dazu habe, und sie sei der Meinung, dass man sich da nochmals zusammensetzen müsse, ehe man vor Gericht gehe.

Rat André Theisen legt dar, es sei immer ein bedauerlicher Vorfall, wenn der Schöffensrat den Gemeinderat fragen müsse,

so wie das im Gemeindegesetz stehe, um ein Gerichtsverfahren gegen einen Bürger zu führen. In diesem Fall handle es sich um das altetablierte Schuhgeschäft Zanni. Er bittet in diesem Falle um Erlaubnis von Seiten der CSV verschiedene Überlegungen und Fakten, die bekannt seien, vorzutragen.

Aus dem Katasterplan gehe eindeutig hervor, dass die Standplätze mit den Häusern, wo Herr Boubel seine Praxis hatte und das Haus daneben, wo Chaussures Zanni seine Schuhe ausgestellt habe, jedes Haus inklusive Parkplatz vor dem Geschäft, jeweils nur eine Katasternummer habe. Es sei nicht zerstückelt worden, als Rümelingen in den Jahren ausgemessen worden sei. Bürgermeister Haine habe jetzt von 1904 gesprochen. Da sei es ganz einfach anders gewesen. Er meine, der Markt wurde da abgehalten und all die Geschäfte, die rund herum waren, ob das Graas, Hoffmann oder Rommelfanger war, diese Häuser hatten dort ihre Stände für den Markt. Es habe noch keine Autos gegeben. Er meine, das sei eine ganz andere Vorgehensweise („approche“). Herr und Madame Heyardt-Marx hätten unter anderem von den Konsorten Zanni ein Haus erworben, mit Standplätzen vor dem Haus, das andere Haus samt Standplätzen bleibe im Besitz der Konsorten Zanni. Die beiden Parteien sagen, dass 7 Standplätze ihr Eigentum sei. Er meine, die Gemeinde habe auch noch einen Platz dort. Direkt beim Haus habe sie eine Lieferzone und er meine, wenn die Kanalisation darunter laufe, wie das jetzt gemacht worden sei, dann sei so etwas auch durch eine Konvention zu regeln.

Am 3. April 2014 habe der Schöfferrat einen Brief an die Familie Zanni geschickt, und gefragt im Rahmen des Projektes der Erneuerung der Batty-Weber- und Henri-Lück-Straße, um die Lage zu regeln, was in der Vergangenheit schon lange hätte gemacht sein müssen. Es sei richtig, die Gemeinde habe auch einen Vorschlag gemacht am 24.06.2014 über ihren Rechtsanwalt und habe den Chaussures Zanni, respektive Heyardt-Marx 2 Standplätze vorgeschlagen. Am 14. Oktober 2014 habe Chaussures Zanni/Heyardt-Marx die Gemeinde wissen lassen, dass sie bereit seien, ein gütliches Übereinkommen zu machen und teilten mit, dass sie 4 Standplätze und eine Lieferzone behalten wollten. Am 2. September 2014 sei nochmals der gleiche Vorschlag vom Rechtsanwalt der Chaussures Zanni/Heyardt-Marx gemacht worden. Er weist die Kollegin und die Kollegen aus dem Schöfferrat darauf hin, dass sie so dicht bei einem gütlichen Übereinkommen gewesen seien, so wie Madame Marx das auch gesagt habe. Er wolle wissen, ob die Fronten denn so verhärtet seien, dass es nicht mehr möglich sei, die Gespräche wieder aufzunehmen. Das könne und dürfe es nicht unter Rümelingern geben.

Er sei sich dessen bewusst, dass es nicht richtig sei. Er habe es der Familie Heyardt-Marx auch gesagt, dass Geländer auf den Standplätzen aufgestellt worden seien, ohne Genehmigung des Bürgermeisters. Das sei ein Fehler, aber wer habe noch nie einen Fehler gemacht.

Die CSV-Fraktion sei der Meinung, dass ein Gerichtsverfahren das allerletzte sei und dass ein schlechter Kompromiss

noch besser sei als ein Gerichtsurteil und deshalb sollte der Schöfferrat nochmals versuchen mit neuen Verhandlungen ein gütliches Übereinkommen zu erreichen, denn dies hier sei ein Geschäft für die Rechtsanwälte.

Die CSV werde auch dagegen stimmen, dass der Schöfferrat mit dieser Angelegenheit vor Gericht gehe. Die CSV halte darauf und bestehe darauf, dass nochmals mit diesen Leuten geredet werde, um da einen Kompromiss, ein gütliches Übereinkommen zu finden.

Bürgermeister Henri Haine möchte wissen, ob es sonst noch eine Stellungnahme gebe.

Rat Edmond Peiffer tut dar, dass er nach den Erklärungen, die diese Angelegenheit anbelangten, sagen müsse, dass es schade sei, dass bis jetzt kein Kompromiss gefunden worden sei, was in der Gemeinde eine schlechte Atmosphäre hervorrufe. Er meine, dass doch aber eine Lösung zu finden sein müsse, um die Besitzverhältnisse über diese Parzellen zu regeln, ehe man sich vor Gericht treffe. Er müsse aber auch dazu sagen, dass es nicht so sein könne, dass von einem Privatmann Arbeiten wie die Erneuerung der Abwasserkanäle und der Versorgungsnetze, die im allgemeinen Interesse seien und für die Verbesserung der Lebensqualität der Bürger gemacht werden müssten, in Frage gestellt oder aufgehoben werden können, oder wie es jetzt gemacht worden sei, ohne sich an die allgemeinen Regeln zu halten und ohne Anfrage der Genehmigungen, Schranken aufzustellen und Standplätze einzuzeichnen. Der Schöfferrat solle doch mit den Geschäftsleuten zusammenkommen, um eine Lösung zu finden. Wenn keine Einigung möglich sei, müssten die Besitzverhältnisse dieser Parzellen über ein Gericht geregelt werden, was in niemandes Interesse sein könne und immer schade sei. Es sei zu hoffen, dass eine Lösung noch gefunden werden könne. Das sei seine Stellungnahme zu dieser Problematik.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm und gibt Rätin Lang-Laux das Wort.

Rätin Francine Lang-Laux möchte auch etwas dazu sagen. Bürgermeister Haine habe das jetzt ganz explizit über lange Minuten hin alles erklärt, was sehr gut sei, weil man das als Ratsmitglied so nicht mitbekommen habe. Da werde sie sich bewusst wie wichtig es eigentlich sei, wenn man es zustande bringe, sofort von Anfang an miteinander zu reden, und zwar konstruktiv miteinander zu reden. Es sei sehr bedauerlich, dass man jetzt in dieser Lage sei. Sie meine, der Knackpunkt sei der gewesen, als der Besitzer beim Zanni gewechselt habe. Sie denke, dass dort der Knackpunkt war. Da seien Angelegenheiten aufgetaucht, von denen der Schöfferrat auch nicht auf dem Laufenden gewesen sei, dass Parzellen so weit in die Straße reichten, wenn sie das alles jetzt richtig verstanden habe. Das seien neue Gegebenheiten, die man natürlich in Betracht ziehen müsse. Das mache der Schöfferrat doch auch. Das geschehe doch auch von der Gemeinde aus. Schade sei, dass dann alles sofort über Rechtsanwälte laufen müsse, aber

dem sei nun mal so. Sie fühle aber hier heraus das Müde sein, weil das doch jetzt schon über 2 Jahre gehe, das Müde sein von Seiten des Schöffennrates, um immer wieder in diese Diskussionen zu gehen, wo man dann auch vielleicht den Eindruck habe, dass man nicht weiterkomme. Sie könne sich von der anderen Seite vorstellen, wo sie mit niemandem geredet habe, das müsse sie schon sagen, aber sie könne sich von der anderen Seite vorstellen, dass das wahrscheinlich ähnlich sei. Natürlich habe man jetzt die Gedanken, dass dies hier nicht günstig sei, dass man das wirklich vermeiden müsse; natürlich aber auch nicht zu jedem Preis. Der Meinung sei sie auch. Von daher sollte man nochmals versuchen, sich zu treffen, um nochmals über diese Angelegenheit zu reden. Sie frage sich jetzt, ob es nicht vielleicht sinnvoll wäre, angesichts der Tatsache, dass bereits ein gewisser Druck vorhanden sei, von beiden Parteien, ein wenig Geld in eine Mediation zu investieren, die alle vielleicht in dieser Angelegenheit weiterbringen könne, dass man wirklich eine Mittelsperson habe, die völlig unbefangen und neutral beide Seiten schaue und eventuell dort Gesichtspunkte zusammenführen könne. Der Ansatz sei eigentlich vorhanden mit der Lieferzone und den 3 Standplätzen, die dann eventuell könnten... Sie meine, es könne doch nur so sein, dass man sich da einige. Der eine gebe dem anderen etwas und der andere gebe dem einen etwas. Es könne doch nur so sein, aber dann sei in dieser Angelegenheit für sie auch ganz klar, dass der Zugang zu den Verteilernetzen garantiert sein müsse, anders könne es doch auch nicht sein, dass dort ein Widerstand möglich sei von Privatleuten.

Ihr Vorschlag wäre der, es sei jetzt so viel Zeit vergangen, es sei jetzt so viel hin und her gegangen, dass die Gemeinde sich auch diese Zeit noch nehmen sollte, die Hand auszustrecken, um den Vorschlag zu machen, wenn man auf den Weg gehen wolle, dass man sich eigentlich damit die Möglichkeit gebe, noch eine Lösung zu finden.

Bürgermeister Henri Haine stimmt dem zu. Er gebe allen Rednern hier Recht, aber man sollte sich dann auch die Option geben, wenn es eben nicht mehr gehe, dass man das dann machen könne, woran man dann nicht vorbeikomme zu machen. Das eine sei die Angelegenheit mit den Besitzverhältnissen und das andere sei die Angelegenheit, eine Straße einfach auf einmal zu schließen. Das könne der Gemeinde aber blühen, wenn die Nachbarn davor auch auf diese Idee kommen und meinten, das sei doch ihr Eigentum. Er wolle aber noch einmal daran erinnern, dass die Gemeinde nicht mit dem Rechtsanwalt gekommen sei. Das sei im April die Gegenpartei gewesen. Man habe bekanntlich zuerst einmal ein Gespräch mit ihnen gehabt, wo man ihnen auch dargelegt habe, was an Arbeiten kommen werde und dass man auch diese „Empirien“ machen könne. Danach sei aber so gemacht worden, als ob nie ein Vorschlag gemacht worden sei. Er wolle das aber auch klar sagen. Es seien doch auch verschiedene Leute der Majorität kontaktiert worden. Wenn er das so zurückbehalte, was diesen Leuten gesagt worden sei, müsse er zur Schlussfolgerung kommen, dass er, Bürgermeister Haine, eigentlich ein Lügner sei, denn anscheinend hätte der Schöfferrat nie

einen konkreten Vorschlag gemacht, wobei man aber konkrete Vorschläge gemacht habe. Man müsse aber feststellen, dass man immer wieder auf die gleiche Situation zurückkomme und für ihn sei der Knackpunkt, die Art und Weise wie man die Benutzung des Grundstücks sehe und auch den Zugang zu diesem Grundstück. Er wisse auch, dass im September da nochmals „à titre confidentiel“ von der anderen Partei dieser Vorschlag mit der Lieferzone und den 4 Standplätzen gemacht worden sei, aber da habe wieder sehr klar im Schreiben gestanden, „l'utilisation du parking sera strictement privé et échappera à la règlementation de la voie publique de la Commune“. Das sei aber immer gewesen, gleich was man vorgeschlagen habe und gleich was man geredet habe. Da frage er sich, wie man da einen Kompromiss finden wolle, wenn das immer die Haltung sei. Es sei effektiv immer so weitergegangen mit Rechtsanwaltsbriefen und man sei immer wieder am Ausgangspunkt gelandet. Schlussendlich sei eigentlich das geschehen, was auch immer so sicherlich in den Köpfen der Gegenpartei war; das sei ihr Grundstück und somit könnten sie das und das machen. Er stelle fest, dass die Gemeinde eigentlich nichts anderes gemacht habe, als ihre Verteilernetze zu erneuern und einen neuen Belag dort zu machen. Er stelle aber fest, dass im Laufe der 2 Jahre sehr viel Angelegenheiten geschehen seien, und effektiv kein Kompromiss gefunden wurde. Die Gemeinde sei nicht die Partei, die mit dem Rechtsanwalt gekommen sei, Die Gemeinde sei auch nicht die, die im Juli 2015 gedroht habe, sonst würde man vor Gericht gehen und die Gemeinde sei auch nicht diejenige, die Geländer dahin gesetzt habe. Man könnte auch Geländer dahin setzen, denn man habe auch eine Grenze da, dann könnte überhaupt niemand mehr auf diesen Parkplatz fahren. Das habe man aber nicht gemacht.

Er meine aber auch, dass die Leute draußen verstehen müssten, selbst wenn man sage, man müsste einen Kompromiss finden, man solle sich zusammensetzen. Man stelle aber fest, dass da der Wille offensichtlich in den beiden letzten Jahren nicht vorhanden war. Er sei auch gerne bereit, nochmals zu versuchen, mit den Leuten zu reden. Das sei klar, aber er meine nicht, dass man das vorgesehene Votum heute nicht machen sollte. Diese Option sollte man sich aber offenlassen, weil er sehe, dass in den letzten Tagen, eben dadurch dass der Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde, aber auch gewisse Reaktionen wieder gekommen seien. Vielleicht sei das ja auch positiv, so Bürgermeister Haine. Er sage auch hier, dass man die Leute nicht vor Gericht nehme, wenn bis Ende April diese Geländer verschwunden seien, denn das sei doch halt mal die erste Phase, die zu klären sei, nämlich eine Straße einfach mit Geländern abzuschließen. Die zweite Phase sei dann, die Besitzverhältnisse zu klären und das Angebot des Schöffennrates sei immer gewesen – das habe der Rechtsanwalt doch auch geschrieben – dass man sich zusammensetze, wenn die Arbeiten abgeschlossen seien, und kläre dann ein für allemal die Besitzverhältnisse mit bestimmten Modalitäten, die aber dann, bitte schön, von der Gegenpartei angenommen werden. Er wiederhole nochmals, dass auch in den 80er Jahren dort alles aufgerissen worden war und es sei kein Rechtsanwaltsbrief eingetroffen und in den 90er Jahren sei ein

neues Verkehrsreglement geschaffen worden, um die öffentlichen Standplätze, die bereits seit 100 Jahren dort bestehen zu regeln. Er wisse auch, dass vor 100 Jahren nicht so viele Autos da waren, aber in den 90er Jahren waren deren sicherlich schon viele vorhanden. Da habe niemand ein Problem bei dieser Regelung gesehen und eben, die Besitzer hätten doch sicherlich schon mehr als einmal in diesen 100 Jahren gewechselt, es habe aber nie ein Problem gegeben. Auch die neuen Besitzer wüssten doch aber, wie die Lage sei, denn vorher habe nie „Parking privé“ da gestanden. Es habe nie da gestanden „Parking privé – terrain privé“. Eine Servitude sei doch hier aber offensichtlich, sie sei nicht „non apparente“. Nicht die Gemeinde habe nach und nach Angelegenheiten gemacht. Man habe Vorschläge gemacht. Er verstehe auch, dass man meine, das sei aber jetzt sein Grundstück und man wolle das aber privat nutzen. Vor 100 Jahren sei das noch nicht der Fall gewesen. Auch jetzt wieder habe die Gemeinde dort öffentliche Gelder investiert, um die Bürgersteige zu erneuern, nicht die Privatleute. Das seien 45.000 Euro, allein für diese kleine Parzelle. Man könne hier auch sagen, der Schöfferrat solle nochmals große Anstrengungen machen, um mit diesen Leuten zu reden und was die Besitzverhältnisse anbelange, eine Übereinkunft zu finden, aber man wolle sich heute auch die Option geben, dass man auch etwas weiter gehen könne, wenn man dann wieder in 3 Monaten am Ausgangspunkt sei, wo man jetzt bereits seit 2 Jahren sei.

Er sei der Meinung, es sei alles gesagt worden und er schlage jetzt vor, das Votum vorzunehmen.

**** Mit 7 Ja-Stimmen (LSAP+KP+CSV-Rätin Francine Lang-Laux) gegen 2 Nein-Stimmen (CSV) und 1 Enthaltung (Rat Heil, LSAP) genehmigt der Gemeinderat dem Schöfferrat vor Gericht aufzutreten.**

Rätin Carole Marx hat den Gemeinderat während der Diskussion verlassen und hat nicht am Votum teilgenommen. Rat Marco Heil verließ den Gemeinderat nach dem Votum.

Bürgermeister Henri Haine erklärt nach dem Votum, dass er die Idee von der Mediation nicht so schlecht finde. Man müsse nur zusehen, die richtige Person zu finden.

PUNKT 12 DER TAGESORDNUNG

Schaffung von Arbeiterposten; (Besprechung und Beschlussfassung);

Beschluss des Gemeinderates

Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die Schaffung von 5 Arbeiterposten in der Laufbahn A, 3 davon im Reinigungsdienst.

DISKUSSION

Bürgermeister Henri Haine weist darauf hin, dass Raumpflegerinnen in den Ruhestand getreten seien und dass man noch immer die etwas chaotischen Zustände von früher habe, weil da diese Posten nie richtig geschaffen wurden. Deshalb schlage man jetzt vor, dass, jedes Mal, wo einer in den Ruhestand trete, und man den dann ersetze oder meine, ihn ersetzen zu müssen, dass man dann einen Posten schaffe, damit klar sei, dass auch auf diesen Posten eine Person komme. Hier habe man Vollzeitposten, aber normalerweise bekämen sie aber auch einen Kontrakt wie die anderen Raumpflegerinnen. Dafür seien 3 Posten vorgesehen. Dann schlage man auch 2 Posten des „salaré à tâche manuelle dans la carrière A ouvrier“ Da gebe er dann auch noch mehr Präzisionen. Man wolle den Dienst da verstärken. Einer der Posten betreffe Karin Trombini. Da wolle er nachher noch ein wenig erklären.

Rat Jean Copette bemerkt, das bedeute von einer Laufbahn in die andere.

Bürgermeister Henri Haine stimmt dem zu, damit diese Person andere Angelegenheiten machen könne. Wie gesagt, es seien auch 3 oder 4 Damen in den Ruhestand getreten und da müsse man diesen Dienst auch wieder verstärken. Daraufhin komme dann auch die Umorganisation mit Madame Trombini.

Rat André Theisen tut dar, er habe gemeint das Raumpflegepersonal würde einer Firma unterstehen.

Bürgermeister Henri Haine verneint dies. Man habe nur mit einer Firma einen Kontrakt, dass die die gesamte Gestion der Raumpflegerinnen mache und sich um das Bestellen von Material kümmere. Es sei dem nun so, als man den Pförtner eingestellt habe, habe man gesagt, dass der sich in einer ersten Phase um das Raumpflegepersonal in der Schule und um die Schulen kümmern könnte und dann habe man auch mit Madame Trombini geredet, damit sie die Aufgaben der Firma übernehme, so dass man diese Firma dann nicht mehr benötige.

Rat André Theisen möchte nur darauf hinweisen, dass, wenn man Personal einstelle – er habe das bereits öfters gesagt – dass man auch Personen mit einer leichten Behinderung einstellen sollte. Man hatte früher 2 solche Personen hier

arbeiten, er wolle keine Namen nennen, jeder kenne sie, die wunderbare Arbeit leisteten und die auch in dem Statut waren. Soweit er informiert sei und sehe, habe man hier in Rümelingen nur eine Person im Dienst, die in diesem Statut sei. Man sollte sich vielleicht auch überlegen, dass man auch in die Richtung gehe, denn das werde doch auch zu 80% vom Staat subventioniert.

Bürgermeister Henri Haine dankt ihm und möchte wissen, ob es noch andere Anmerkungen gebe, ansonsten man zum Votum übergehen könne.

**** Einstimmig genehmigt der Gemeinderat die Schaffung von 5 Arbeiterposten in der Laufbahn A, 3 davon im Reinigungsdienst.**

PUNKT 13 DER TAGESORDNUNG **Fragen an den Schöfferrat;**

Bürgermeister Henri Haine bemerkt, dass man doch sicherlich jetzt nicht noch Fragen habe.

Rat André Theisen weist auf einen Artikel in der Presse hin, in dem angeregt werde, den Rufbusdienst im Kayltal so zu organisieren, dass der gesamte Dienst durch einen Bus abgedeckt werde. Er möchte wissen, ob die diesbezüglichen Verhandlungen gescheitert seien oder...

Bürgermeister Henri Haine erwidert ihm, er wisse nicht, wer diesen Artikel geschrieben habe und wie der dazu komme. Er wisse nur, dass der Schöfferrat ab und zu Treffen mit dem Kayler Schöfferrat habe und effektiv auch da vorgeschlagen habe, zuzusehen, ob man vielleicht im Kayltal einen Busdienst organisieren könnte. Angesichts der Tatsache, dass die Rümelingen jetzt bereits bis nach Tetingen zum Supermarkt gefahren werden, hätten die Kayler Kollegen sich überlegt, ob sie das ihren Leuten nicht auch anbieten sollten, weil man z. B. auch hier im Club Senior zusammenarbeite. Da sollte dann geprüft werden, wie die verschiedenen Dienste funktionieren und unter welchen Bedingungen man gemeinsam sowas im Kayltal verwirklichen könnte. Interessiert seien die beiden Schöffenräte, um das eventuell so machen zu können, aber weiter sei die Angelegenheit noch nicht gediehen. Sowieso hätten die Kayler einen anderen Bus-Betreiber als Rümelingen. Es sei auch noch nicht ganz klar gewesen, ob die einzelnen Dienste bestehen bleiben und ob daneben noch etwas Gemeinsames komme oder ob man geradewegs einen gemeinsamen Busdienst verwirkliche. Das solle noch geprüft werden, aber selbstverständlich sei von den Kayler Kollegen bemerkt worden, man hätte hier in Rümelingen noch immer den Euro und bei ihnen sei das gratis. Jetzt bleibe noch zu beschließen, ob man im gesamten Kayltal diesen Euro abverlange oder ob der Dienst gratis sei. Wenn man einen gemeinsamen Vorschlag vorliegen habe, werde der dann auch in jedem Gemeinderat genehmigt. Man habe damals den Preis eines Euros eingeführt, weil man

der Meinung gewesen sei, wenigstens eine kleine Einnahme da zu verzeichnen. Es seien 6 bis 7.000 Euro, die man dabei im Jahr einnehme, um den Leuten draußen zu verstehen zu geben, dass ein solcher Dienst, der die Gemeinde doch aber um die 78.000 Euro im Jahr zu stehen komme, nicht unbedingt gratis sein müsse. Nun gut, so Bürgermeister Haine, man sterbe auch nicht, wenn das dann konkret werden sollte, und wenn die Kayler darauf pochen, sterbe man auch noch nicht davon, diesen Dienst im Kayltal gratis anzubieten.

Rat André Theisen tut dar, dann habe er noch eine andere Frage betreffend die Vignetten. Man habe das bekanntlich votiert und da habe man ihn gefragt. In der Großstraße seien 2 Zonen, die ungeraden und die geraden Hausnummern. Da habe eine Person ihn gefragt, wie das denn möglich sei, wenn er z. B. sein Haus auf der ungeraden Seite habe und auf der anderen Seite sei ein Stationierungsfeld frei, was er dann machen könne mit seiner Vignette betreffend den „Parking résidentiel“.

Bürgermeister Henri Haine antwortet, dass der das machen könne, was man jetzt schon theoretisch da machen könne. Er könne 90 Minuten da stationieren.

Schöffe Guy Kirsch weist darauf hin, dass die Vignette nicht in der Großstraße benutzt werden könne. Die gelte da nicht, nur in den entsprechenden Zonen sei sie gültig.

Bürgermeister Henri Haine legt dar, dass jede Straßenseite der Großstraße zu einer Zone gehöre. Diejenigen mit der Vignette der Zone A könnten in der Zone A stationieren und auf der Seite der Großstraße, die zu der Zone A gehöre und umgekehrt für die Zone B.

Schöffe Guy Kirsch verneint dies. Das stimme nicht. Die Vignette gelte nicht für die Großstraße. Seines Wissens nach gelte die Vignette nur in der Zone. Er habe jetzt Bürgermeister Haine widersprochen, aber seinem Wissen nach gelte die Vignette nur in der Zone. Schöffin Biasini habe das Reglement da vorliegen. Sie könne ihm sagen, ob er Recht habe oder nicht.

Bürgermeister Henri Haine erinnert daran, dass man doch eine Informationsversammlung machen werde, ehe das Reglement umgesetzt werde. Man werde das mit der Vignette genau überprüfen und dann bekämen die Leute die notwendigen Präzisionen, aber es stimme effektiv, in der Großstraße bleibe die 90 Minuten-Regelung.

Schöffe Guy Kirsch stimmt dem zu, und fügt noch hinzu, dass man aber eine Parkscheibe benutzen müsse.

Rat André Theisen bemerkt, er habe noch eine andere Angelegenheit. Das sei der Weg in „Wuedert“ hinter dem Hause Breistroff. Er habe im Budget 2016 nachgeschaut und da habe man keinen Euro vorgesehen, um diesen Weg in Stand zu setzen. Das sei doch eine außergewöhnliche Ausgabe.

Bürgermeister Henri Haine betont, dass man da ein Budget votiert habe.

Rat André Theisen antwortet, dass Bürgermeister Haine ihm aber zeigen müsse, wo das stehe.

Bürgermeister Henri Haine erwidert, er werde das für die nächste Sitzung nachschauen und ihm dann sagen, wo das stehe.

Rat André Theisen dankt ihm.

PUNKT 14 DER TAGESORDNUNG

Verschiedene Korrespondenz

Im Dossier lagen:

- TICE: Berichte und Deliberationen der Komiteesitzungen des Syndikats vom 10. November und 14. Dezember 2015;
- SICONA-WESTEN: Bericht über die Komiteesitzung vom 13. November 2015;
Budget 2016;
- SIDOR: Protokoll der Komiteesitzung vom 15. Februar 2016;

In geheimer Sitzung:

PUNKT 15 DER TAGESORDNUNG

Demission eines Funktionärs;

Beschluss des Gemeinderates

Der Gemeinderat genehmigt die Demission von Gemeindesekretärin Renée Gallo-Holcher.

PUNKT 16 DER TAGESORDNUNG

Ernennung eines Vertreters für den Gemeindesekretär;

Beschluss des Gemeinderates

Der Gemeinderat ernennt Herrn Yves Noesen zum Vertreter des Gemeindesekretärs bis zur Ernennung eines neuen Gemeindesekretärs.

PUNKT 17 DER TAGESORDNUNG

Ernennung eines Gemeindeagenten;

Beschluss des Gemeinderates

Der Gemeinderat ernennt mangels geeigneten Kandidaten keinen Gemeindeagenten (Péchert).

PUNKT 18 DER TAGESORDNUNG

Definitive Ernennung eines Funktionärs;

Beschluss des Gemeinderates

Fräulein Paule Koroglanoglou, Funktionärin in der Gemeindekasse, erhält ihre definitive Ernennung.

Séance du conseil communal du vendredi, 15 avril 2016

Début de la séance: 8.30 heures

Fin de la séance: 12.05 heures

Durée de la séance: 3 h 35 min

Présents:

M. Henri HAINE, bourgmestre (POSL);

Mme Viviane BIASINI (POSL) et M. Guy KIRSCH (POSL), échevins ainsi que les conseillers M. André THEISEN (PCS), Mme Carole MARX (POSL), MM. Marco HEIL (POSL), Kevin ZECHES (POSL), Gérard JEITZ (POSL), Jean COPETTE (PCS), Edmond PEIFFER (PCL) et Mme Francine LANG-LAUX (PCS).

Secrétaire communal ff.:

M. Yves NOESEN

Urne:

M. Guy KIRSCH, échevin (POSL)

**** Le rapport du secrétaire ff. sur la séance du mardi, 2 février 2016 est approuvé avec 10 voix et une abstention (M. Jean COPETTE, PCS)**

En séance publique:

1. Avis concernant le projet d'aménagement abrégé 2015-2024 pour les forêts communales

Le conseil communal approuve unanimement cet avis.

(Pour les détails, consulter les graphiques de la partie allemande aux pages 5 à 10)

(La conseillère Francine LANG-LAUX (PCS) n'a pas participé au vote.

2. Déclaration d'intention «Capitale Européenne de la Culture 2022»

Avec 8 voix (POSL+PCL) et 3 abstentions (PCS) le conseil approuve cette déclaration d'intention. (voir page 41)

3. Approbation de subsides ordinaires et extraordinaires pour les associations locales

Le conseil communal approuve unanimement la liste des subsides ordinaires qui suit:

Subsides ordinaires pour 2015

1) Article 3/320/648110/99001/P

- Sapeurs-Pompiers 495 €

Total 495 €

2) Article 3/120/648110/99001

- Croix Rouge, section locale 847 €

Total 847 €

3) Article 3/229/648120/99001

- Amiperas, section locale 425 €

Total 425 €

4) Article 3/140/648110/99001

- Harmonie Municipale 8.500 €

- Minettsdäpp 1.050 €

- Cercle Symphonique 1.520 €

- Chorale Ste Cécile 950 €

- Photo-Club Rëmeleng 125 €

- De Minettsdäpp „Kultur Am Süden” 440 €

- Theaterfrënn Keeldall 1.000 €

- Rëmelenger Theaterfrënn 500 €

Total 14.085 €

5) Article 3/825/64821/99001/P

- Société de gymnastique “L'Etoile” 1.900 €

- Boxing-Club 400 €

- Vélo-Club “L'Hirondelle” 780 €

- Handball-Club “Espérance” 880 €

- Tennis-Club Rëmeleng-Keeldall 440 €

- Société de jeux de quilles „Roude Fiels” 250 €

- Billard-Club 350 €

- Société du champ de tir 450 €

- Football-Club U.S. Rumelange 2.300 €

- Fëschler-Club „Keeldall” 125 €

- Makréil aus dem Minett 1984 250 €

- Bow-Club „Kiowa” 420 €

- Rouden Däpp 200 €

- Kickerclub Playboy 200 €

Total 8.945 €

6) Article 3/410/648110/99001/P

- Ligue du Coin de Terre et du Foyer 400 €

Total 400 €

7) Article 3/120/648110/99001

- Elterevereenegung 450 €

- Fraen- a Mammeveräin Rëmeleng 300 €

- Foyer de la Femme, section locale 475 €

- Union des Femmes, section locale 250 €

- Amitiés françaises „Keeldall” 143 €

- ADRAD (Radio-Amateurs) 250 €

- Lëtzebuerger Dampbunnclub Rëmeleng 300 €

- Déiereschutz Hand an Hand Asbl 125 €

Total 2.293 €

8) Article 3/790/648330/99001

Toutes les associations rumelangeaises organisant des colonies de vacances pour enfants reçoivent 50,- € par enfant participant.

Montant total des subsides 27.490 €



Déclaration d'intention « Capitale Européenne de la Culture 2022 »

Par la présente, le collège des bourgmestre et échevins de la Ville de Rumelange confirme que par délibération du 15 avril 2016, le conseil communal a décidé de soutenir la candidature de la Ville d'Esch-sur Alzette pour devenir Capitale Européenne de la Culture 2022.

La Ville souhaite devenir partenaire de l'année Capitale Européenne de la Culture 2022, et s'engage à proposer, en concertation et en collaboration avec l'association porteuse, des manifestations sur son territoire.

Par délibération du 8 avril 2016, le collège des bourgmestre et échevins a nommé Monsieur Henri Haine, bourgmestre ; (tél : 56 31 21 - 201 ; e-mail : henri.haine@rumelange.lu) comme personne de contact de l'association qui porte la candidature, pour tous les échanges relatifs à la Capitale Européenne de la Culture 2022.

Dans l'hypothèse où la candidature de la Ville d'Esch-sur-Alzette sera retenue par la Commission Européenne, la Ville d'Esch en informera la personne de contact désignée à l'alinéa précédent en vue de l'établissement d'une convention qui précisera les relations, tant culturellement qu'administrativement et budgétairement, entre la Ville de Rumelange et l'association porteuse.

Cet engagement est pris sous réserve de l'approbation par le conseil communal, d'un bilan financier à annexer à la convention susmentionnée.

Cachet de l'Administration Communale

Le Collège des Bourgmestre et Echevins



Administration communale de Rumelange

2, pl. G.-D. Charlotte
L-3710 Rumelange
T: +352 56 31 21 - 1
F: +352 56 57 04
secretariat@rumelange.lu
www.rumelange.lu


Henri Haine, bourgmestre


Viviane Biasini, échevin


Guy Kirsch, échevin

BCCE IBAN LU30 0019 7601 0090 8000
CCPL IBAN LU14 1111 0003 2130 0000
BILL IBAN LU42 0023 1420 0140 0000

Subsides extraordinaires

Le collège échevinal propose l'allocation d'un subside extraordinaire au montant de 2.500 Euros chaque fois aux sociétés centenaires «Harmonie Municipale de Rumelange» et «Tennis Club Rëmeleng-Keeldall».

Unanimité du conseil également pour ces 2 subsides extraordinaires.

4. Approbation d'un subside extraordinaire à vocation humanitaire

Le conseil communal approuve unanimement l'allocation d'un subside à vocation humanitaire au montant de 2.500 Euros à l'Association „Catch a Smile a.s.b.l.“ pour son aide précieuse aux réfugiés.

5. Approbation de compromis

Le compromis de vente concernant la maison sise 3, rue d'Esch est évacué à l'unanimité. (avec 10 voix, le conseiller Marco Heil [POSL] n'ayant pas participé au vote)

CIGL Rumelange asbl
19976101696

Budget global pour l'exercice 2016

Charges / dépenses

| Frais relatifs aux bénéficiaires | | Projets MTEESS | Autres activités |
|----------------------------------|--|------------------|------------------|
| 1 | Salaires + cotisations patronales des personnes encadrées | 824 788 | 0 |
| 2 | Autres frais relatifs aux bénéficiaires encadrées | 4 661 | 0 |
| | | 829 449 | 0 |
| Frais directs d'encadrement | | Projets MTEESS | Autres activités |
| 3 | <u>Personnel interne à la structure</u> Salaires + cotisations patronales | 316 306 | 0 |
| 4 | <u>Intervenants externes</u> Honoraires | 39 454 | 0 |
| | | 355 761 | 0 |
| Autres frais de fonctionnement | | Projets MTEESS | Autres activités |
| 5 | Achat de fournitures pour les besoins de l'encadrement | 53 744 | 0 |
| 6 | Frais relatif au matériel technique | 48 528 | 0 |
| 7 | Frais relatif au matériel de transport | 56 009 | 0 |
| 8 | Personnel administratif (refacturation partielle) | 243 384 | 0 |
| 9 | Autres frais de fonctionnement | 64 850 | 0 |
| | | 466 516 | 0 |
| Total des charges | | 1 651 725 | 0 |

Produits / recettes

| Recettes | | Projets MTEESS | Autres activités |
|----------|----------------------------------|----------------|------------------|
| 10 | Recettes provenant des activités | 152 657 | 0 |
| 11 | Subventions | 1 499 638 | 0 |
| | | 1 652 296 | 0 |

6. Approbation de contrats de bail

- a) Appartements sis 87, Grand-rue:
Le conseil communal approuve les contrats de bail avec
 - Madame Suzanne Kremer et
 - Monsieur Walter Slaby.
- b) Terrain au lieu-dit „Hutbiert“ d'une contenance de 0,80 are:
Unanimité également pour ce contrat de bail avec Monsieur José Vieira de Barros.
- c) Avenants au contrat de bail pour une chambre à l'ancien Hôtel Penning:
Ces avenants au contrat de bail avec
 - Madame Véronique Kemp et
 - Monsieur Joe Handtschoewercker sont approuvés à l'unanimité.
- d) Appartements sis 5, rue d'Esch:
Ces contrats de bail avec Monsieur Edmond Peiffer et Madame Chantal Louis d'une part, et Monsieur Robert Peiffer d'autre part, sont approuvés unanimement.
(Le conseiller Edmond Peiffer (PCL) n'a pas pu participer à ce vote.)

7. Approbation de conventions

Les conventions qui suivent sont évacuées à l'unanimité:

- a) Convention avec l'Asbl «Den Cent Buttek» (L'échevine Biasini n'a pas participé à ce vote.)
- b) Convention 2016 avec l'Office social Käl/Téiteng-Rëmeleng
(Le conseiller Copette n'a pas participé à ce vote.)
- c) Convention avec le club cycliste «Vélo-Union Esch Asbl»
(Les conseillers Zeches et Copette n'ont pas participé à ce vote.)
- d) Convention avec ArcelorMittal concernant le prêt temporaire de main-d'oeuvre.

8. Approbation du plan d'action local (PAL) pour l'exercice 2016 du CIGL

Le conseil communal évacue unanimement ce point de l'ordre de jour. (Budget voir page 42)

9. Confirmation de règlements temporaires de circulation

Le conseil communal approuve unanimement deux règlements temporaires de circulation. (Veuillez trouver le texte intégral de ces règlements aux pages 44 à 47)

10. Approbation de titres de recettes

Le conseil communal approuve unanimement des titres de recettes au montant de 1.389.638,40 euros.

11. Ester en justice

Avec 7 voix (POSL+PCL+la conseillère du PCS Francine Lang-Laux) contre 2 voix (PCS) et 1 abstention (conseiller Marco Heil, POSL) le conseil donne l'autorisation au collège échevinal d'ester en justice.

La conseillère Carole Marx a quitté le conseil pendant la séance et n'a pas participé au vote. Le conseiller Marco Heil a quitté la séance après ce vote.

12. Création de postes de salarié à tâche manuelle

Le conseil communal décide unanimement de créer 5 postes de salarié à tâche manuelle:

- 2 postes dans la carrière A ouvrier et
- 3 postes dans la carrière A ouvrier au service de nettoyage.

13. Questions au collège échevinal

Diverses questions, critiques ou suggestions ont été adressées au collège échevinal de la part de

Monsieur André Theisen

- au sujet d'un article paru dans la presse concernant le Flexibus;
- au sujet des vignettes distribuées en relation avec le parking résidentiel dans la Grand-rue;
- au sujet du crédit budgétaire pour la réfection du chemin sis au lieu-dit „Lannebiert“.

14. Correspondance diverse

- TICE: Rapports et délibérations des réunions du Comité du Syndicat des 10 novembre et 14 décembre 2015;
- SICONA-QUEST: Rapport de la séance du comité du 13 novembre 2015; Budget 2016;
- SIDOR: Procès-verbal de la réunion du comité du 15 février 2016.

En séance à huis clos:

15. Démission d'un fonctionnaire

Le conseil communal approuve la démission de Madame Renée Gallo-Holcher, secrétaire communale.

16. Désignation d'un remplaçant pour le secrétaire communal

Le conseil communal nomme Monsieur Yves Noesen au poste de remplaçant du secrétaire communal pour la période pendant laquelle ce poste reste sans titulaire.

17. Nomination d'un agent municipal

Faute de candidat adéquat, le conseil ne nomme pas d'agent municipal (Pécher).

18. Nomination définitive d'un fonctionnaire

Mademoiselle Paule Koroglanoglou, fonctionnaire à la recette communale, obtient sa nomination définitive.





VILLE DE RUMELANGE

n° 6.835

Objet:

Règlement
temporaire de la
circulation à
l'occasion des
travaux de réfection
de la façade au
numéro
18 Grand-Rue à
L-3730 Rumelange

EXTRAIT
du registre aux délibérations
du collège échevinal

Séance du 25 mars 2016

Présents: M. Haine, bourgmestre, Mme Blasini et M. Kirsch, échevins ;
Mme Renée GALLO-HOLCHER, secrétaire

Le collège échevinal,

Date de la demande d'autorisation: 21 mars 2016

Emplacement: 18, Grand-Rue et Rue des Artisans

Nature des travaux: réfection de la façade

Début des travaux: mardi, le 29 mars 2016 à 8h00

Fin des travaux: mardi, le 19 avril 2016 à 18h00

Considérant que l'entreprise « BATILUXCREPI s.à r.l. » procédera à des travaux de réfection de la façade au numéro 19, Grand-Rue (croisement avec la Rue des Artisans);
Considérant qu'il y a lieu de prendre à cette occasion toutes les mesures nécessaires afin de garantir le libre écoulement de la circulation dans l'intérêt de la sécurité publique;

Vu la loi modifiée du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques ;

Vu l'arrêté grand-ducal modifié du 23 novembre 1955 portant règlement de la circulation sur toutes les voies publiques ;

Vu le titre XI, article 3, du décret du 16-24 août 1790 sur l'organisation judiciaire ;

Vu l'article 29 et l'article 58 de la loi communale du 13 décembre 1988 ;

Vu la loi du 31 mai 1999 concernant la création d'un corps de police grand-ducale et d'une inspection générale de la police ;

Vu le règlement communal de circulation modifié du 24 mars 1999 ;

Vu que le présent règlement sera soumis pour confirmation au conseil communal dans la prochaine séance ;

Après délibération;

a r r ê t e

à l'unanimité

à partir du mardi, 29 mars 2016 7h30 jusqu'au mercredi, 20 avril 2016 10h00 et en dérogation de notre règlement général de circulation:

Article 1^{er}.- L'interdiction d'accès aux piétons (C,3g) dans la Rue des Artisans sur la partie du trottoir entre le bâtiment n°18 Grand-Rue et le bâtiment n°3 rue des Artisans ;

Article 2.- La présente réglementation est signalée en conformité du Code de la Route ;

Article 3.- Les infractions aux dispositions du présent règlement seront punies conformément à l'article 7 modifié de la loi du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques, tel que cet article a été amendé par la loi du 13 juin 1994 relative au régime des peines ;

Une copie sera envoyée au commissaire de la police grand-ducale de Rumelange pour information.

- En séance, date qu'en tête. * - Suivent les signatures.
Pour extrait conforme.

Le secrétaire,



Le bourgmestre,



VILLE DE RUMELANGE

numéro :
6'830

Objet:

Règlement
temporaire de la
circulation à
l'occasion des
travaux de réfection
du trottoir dans la
Rue des Prés à
L-3744 Rumelange

EXTRAIT du registre aux délibérations du collège échevinal

Séance du 19 février 2016

Présents: M. Haine, bourgmestre, Mme Biasini et M. Kirsch, échevins ;
Mme Renée GALLO-HOLCHER, secrétaire

Le collège échevinal,

Date de la demande d'autorisation: 17 février 2016

Date de l'autorisation y relative: 19 février 2016

Emplacement: Rue des Prés à Rumelange

Nature des travaux: réfection du trottoir dans la rue des Prés

Début des travaux: lundi, le 22 février 2016 à 7h30

Fin des travaux: jeudi, le 3 mars 2016 à 18h00

Considérant que l'entreprise « EOS s.à r.l. » procédera à des travaux de réfection du trottoir dans la rue des Prés (aux abords de l'immeuble sis 10-12 place G.-D. Charlotte à L-3710 Rumelange);

Considérant qu'il y a lieu de prendre à cette occasion toutes les mesures nécessaires afin de garantir le libre écoulement de la circulation dans l'intérêt de la sécurité publique;

Vu la loi modifiée du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques ;

Vu l'arrêté grand-ducal modifié du 23 novembre 1955 portant règlement de la circulation sur toutes les voies publiques ;

Vu le titre XI, article 3, du décret du 16-24 août 1790 sur l'organisation judiciaire ;

Vu l'article 29 et l'article 58 de la loi communale du 13 décembre 1988 ;

Vu la loi du 31 mai 1999 concernant la création d'un corps de police grand-ducale et d'une inspection générale de la police ;

Vu le règlement communal de circulation modifié du 24 mars 1999 ;

Vu que le présent règlement sera soumis pour confirmation au conseil communal dans la prochaine séance ;

Après délibération;

arrête

à l'unanimité

à partir du lundi, 22 février 2016 7h30 jusqu'au jeudi, 3 mars 2016 18h00 et en dérogation de notre règlement général de circulation:

Article 1^{er}.-

L'interdiction d'accès aux piétons (C,3g) sur la partie du trottoir entre l'entrée principale de l'immeuble et le côté longeant la rue des Prés ;

Article 2.-

Stationnement interdit (C,18) dans la Rue des Prés, à côté de l'entrée du parking se trouvant en face de la maison des jeunes (tous les emplacements) ;

Article 3.-

La présente réglementation est signalée en conformité du Code de la Route ;

Article 4.-

Les infractions aux dispositions du présent règlement seront punies conformément à l'article 7 modifié de la loi du 14 février 1955 concernant la réglementation de la circulation sur toutes les voies publiques, tel que cet article a été amendé par la loi du 13 juin 1994 relative au régime des peines ;

Une copie sera envoyée au commissaire de la police grand-ducale de Rumelange pour information.

- En séance, date qu'en tête. * - Suivent les signatures.

Pour extrait conforme.

Le secrétaire,



Le bourgmestre,

CERTIFICAT DE PUBLICATION

Le soussigné bourgmestre de la ville de Rumelange certifie par la présente que la décision du collège échevinal du 19 février 2016 portant réglementation à caractère temporaire de la circulation à l'occasion des travaux de réfection du trottoir dans la Rue des Prés à L-3744 Rumelange a été dûment publiée conformément à l'article 82 de la loi communale du 13 décembre 1988, aujourd'hui aux lieux et de la manière usités.

Rumelange, le 19 février 2016

Pour le collège échevinal,

Le secrétaire,



Le président,





www.rumelange.lu